



11

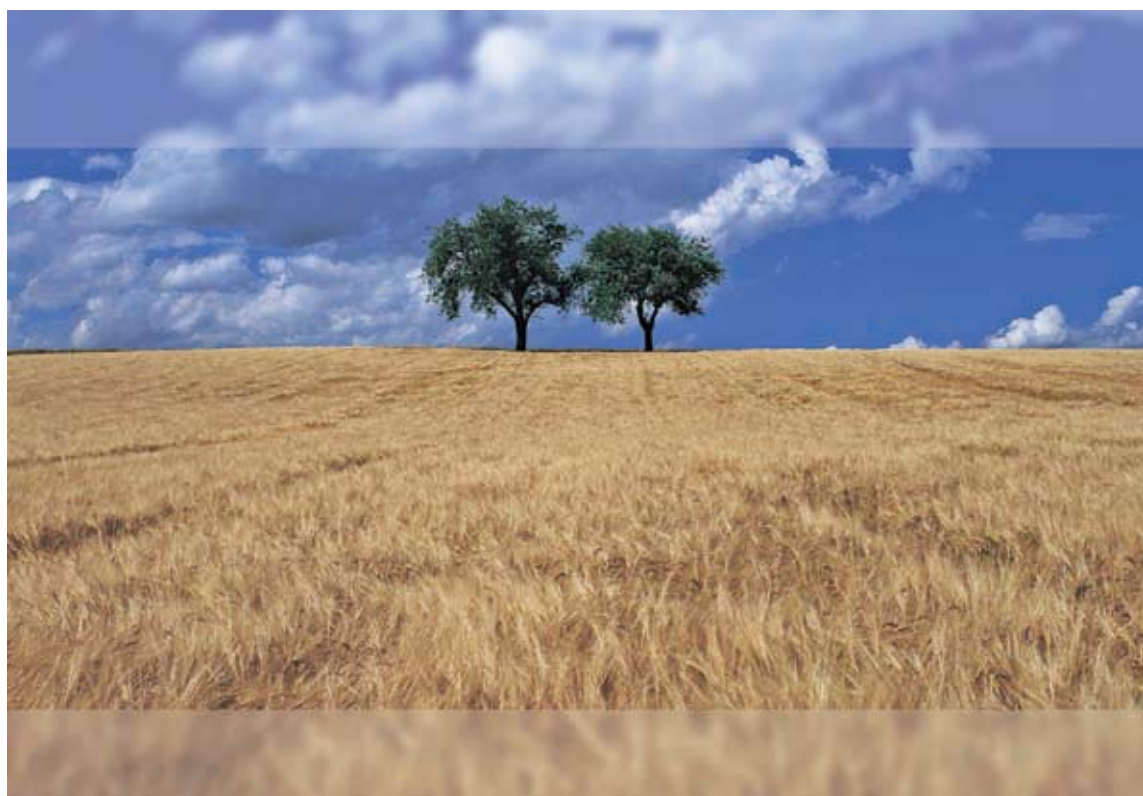
2007

Statistische Monatshefte


Aus dem Inhalt:

Ernte

CO₂-Ausstoß 2004



Statistik nutzen



Fotonachweis

Titelfoto: BASF AG

Die Getreideernte litt in diesem Jahr unter der Trockenheit im April. Nach den vorläufigen Ergebnissen ernteten die Landwirte knapp 1,3 Mill. t Getreide. Im Vergleich zur durchschnittlichen Erntemenge der sechs Jahre von 2001 bis 2006 waren das fast 8% weniger.

Autorenfoto: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	763
Feldfruchternte 2007 – Trockenheit im April beeinträchtigt Getreideernte	777
Energiebedingter CO ₂ -Ausstoß 2004	785
Daten zur Konjunktur	794
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	819
Neuerscheinungen	829

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

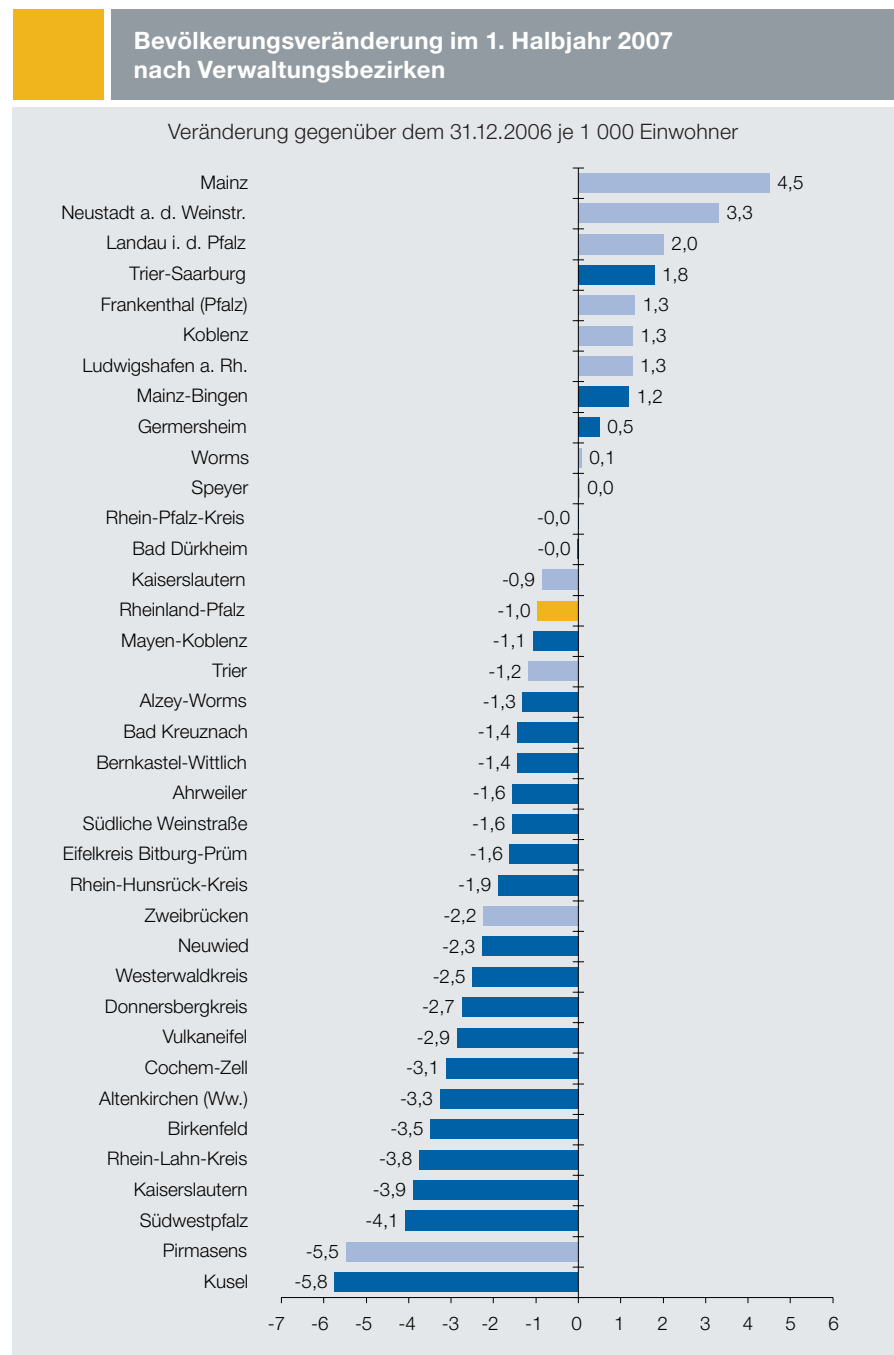
Fast 4 000 Einwohner weniger

Bevölkerungszahl im ersten Halbjahr weiter rückläufig

Die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz sinkt weiter. Am 30. Juni 2007 lebten 4 048 926 Menschen im Land, das waren 3 934 weniger als am 31. Dezember 2006. Das leichte Plus beim Wanderungssaldo – im ersten Halbjahr zogen 44 333 Menschen nach Rheinland-Pfalz, 42 059 verließen das Land – konnte die negative Entwicklung bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht mehr ausgleichen. In den ersten sechs Monaten wurden 14 892 Kinder geboren, 21 114 Menschen starben. Auch in der Zukunft wird die Zahl der Gestorbenen größer sein als die der Geborenen; der Wanderungsüberschuss geht seit einigen Jahren tendenziell zurück. Von Ende der 1980er-Jahre bis zum Jahr 2004 war die Bevölkerungszahl gestiegen, hauptsächlich wegen hoher Wanderungsüberschüsse. Seit dem Jahr 2005 ist ein rückläufiger Trend zu verzeichnen.

In drei der 24 Landkreise stiegen die Einwohnerzahlen leicht, in zwei Kreisen lagen sie auf dem Niveau von Dezember 2006. Die übrigen 19 Landkreise verloren Einwohner. Den relativ größten Zuwachs hatte der Landkreis Trier-Saarburg mit einem Bevölkerungsplus von 1,8 Personen je 1 000 Einwohner, der relativ größte Rückgang errechnet sich für den Landkreis Kusel (–5,8 Personen je 1 000 Einwohner).

Sechs der zwölf kreisfreien Städte hatten mehr Einwohner als Ende 2006, in zwei Städten blieb die Be-



völkerungszahl nahezu unverändert. In vier Städten sanken die Einwohnerzahlen. Die relativ größte Zunahme wies die Landeshauptstadt Mainz aus (+4,5 Personen je 1 000 Einwohner), in Pirmasens sank die Einwohnerzahl am stärksten (–5,5 Personen je 1 000 Einwohner).

Erwerbstätigkeit im zweiten Quartal weiter gestiegen

Unternehmensnahe Dienstleistungen legten am stärksten zu

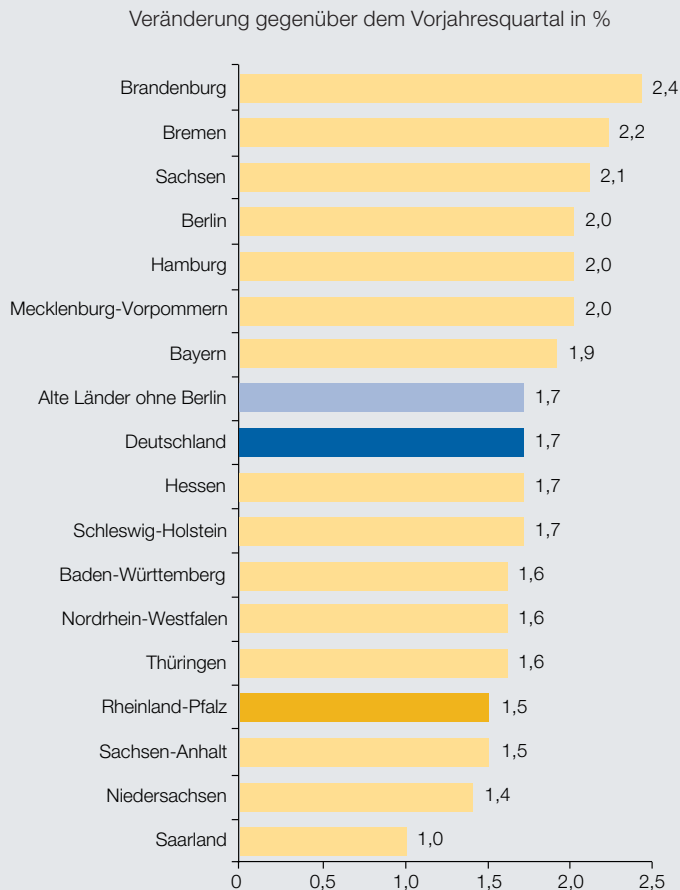
Die positive konjunkturelle Entwicklung wirkt sich weiterhin günstig auf die Beschäftigung aus. Im zweiten

Quartal 2007 hatten 1,817 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren 26 600 bzw. 1,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7% zu, im Bundesdurchschnitt lag der Beschäftigungszuwachs ebenfalls bei 1,7%. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.

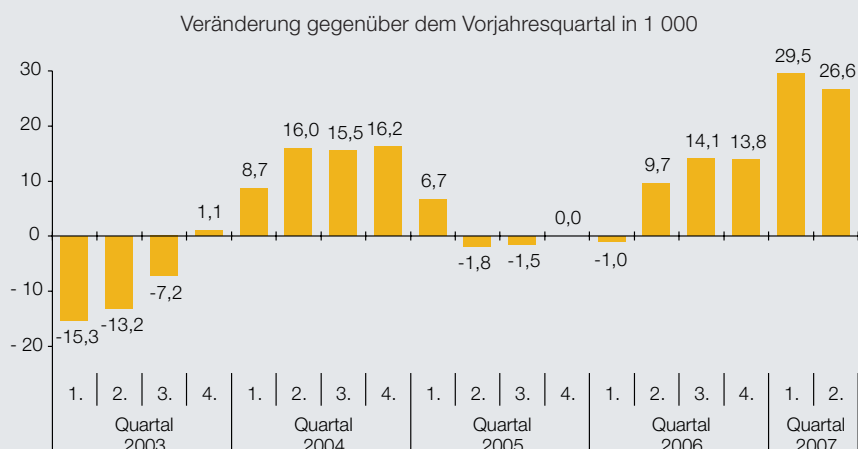
Wie auch im Bundesdurchschnitt verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz im zweiten Quartal 2007 nicht ganz so günstig wie im ersten Vierteljahr, für das – gefördert durch die milde Witterung – ein Beschäftigtenanstieg um 1,7% gegenüber dem Vorjahresquartal registriert wurde.

Beschäftigungszuwächse gab es in allen Wirtschaftsbereichen. Ein Großteil des Anstiegs kam aus dem Dienstleistungssektor; im Vorjahresvergleich erhöhte sich hier die Zahl der Erwerbstätigen um 18 600 bzw. 1,5%. Der kräftigste Zuwachs war im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zu verzeichnen; hier stieg die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 3,6%. Mit +1,1% war der Anstieg im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ wie schon im ersten Quartal deutlich stärker als in den beiden Vorjahren. Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern, dem größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, betrug der Anstieg 0,9%.

Erwerbstätige am Arbeitsort im 2. Quartal 2007 nach Ländern



Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2003–2007

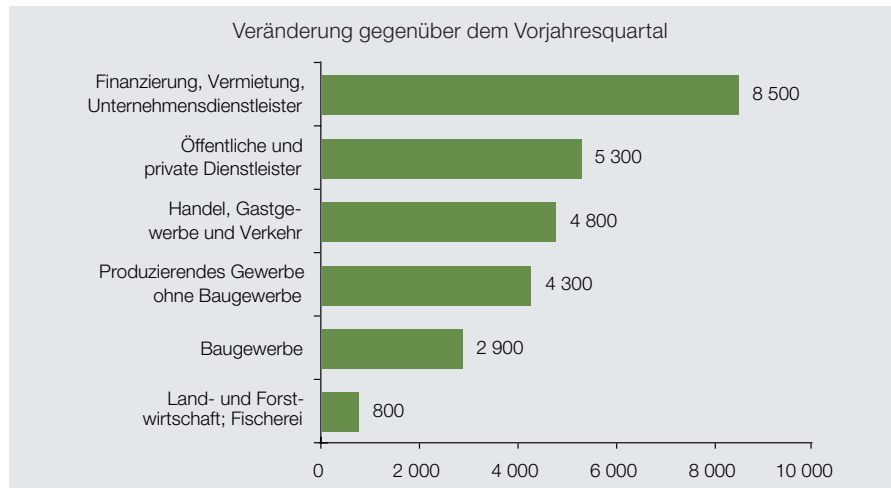


Auch im produzierenden Gewerbe hat es im zweiten Quartal einen Beschäftigungszuwachs gegeben, nämlich um insgesamt 7 200 Personen bzw. 1,6%. Nach einem jahrelangen Arbeitsplatzabbau steigt die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe seit dem dritten Vierteljahr 2006 wieder. Im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe war im zweiten Vierteljahr ein Anstieg um 1,2% zu verzeichnen, und im Baugewerbe nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 2,8% zu. In der Land- und Forstwirtschaft waren knapp 800 Personen bzw. 1,5% mehr tätig als im zweiten Quartal 2006.

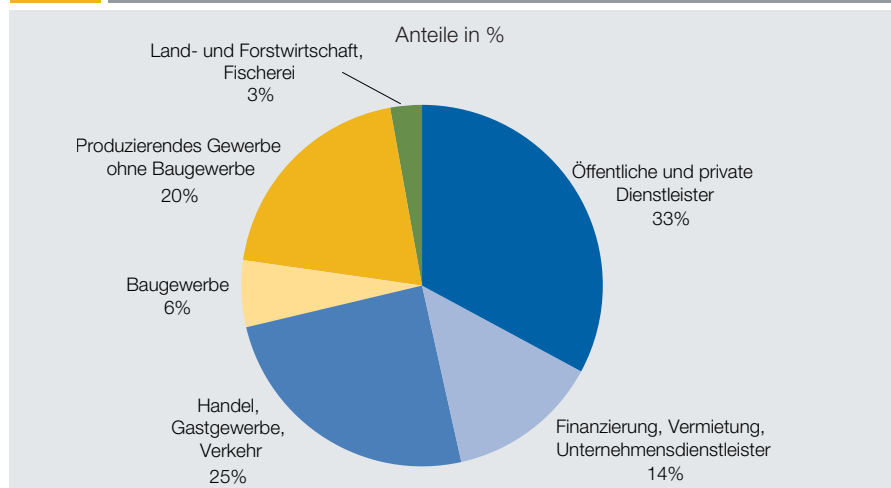
Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Zahl aller Erwerbstätigen nach dem Inlands-konzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Die Ergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom 21. August 2007.

Erwerbstätige am Arbeitsort im 2. Quartal 2007 nach Wirtschaftsbereichen



Erwerbstätige im 2. Quartal 2007 nach Wirtschaftsbereichen



Industrie erhält auch im August mehr Aufträge

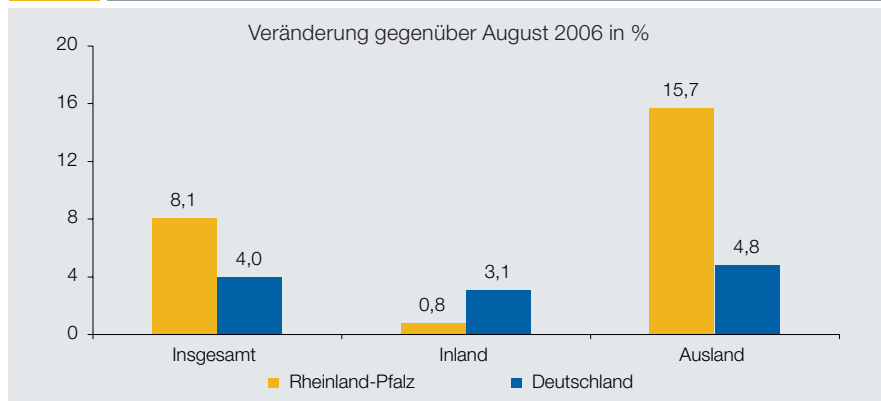
Kräftiger Anstieg der Auslandsbestellungen im Fahrzeugbau

Die Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie nahmen im August 2007 preisbereinigt um 8,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat zu. Vor allem die Bestellungen aus dem Ausland sorg-

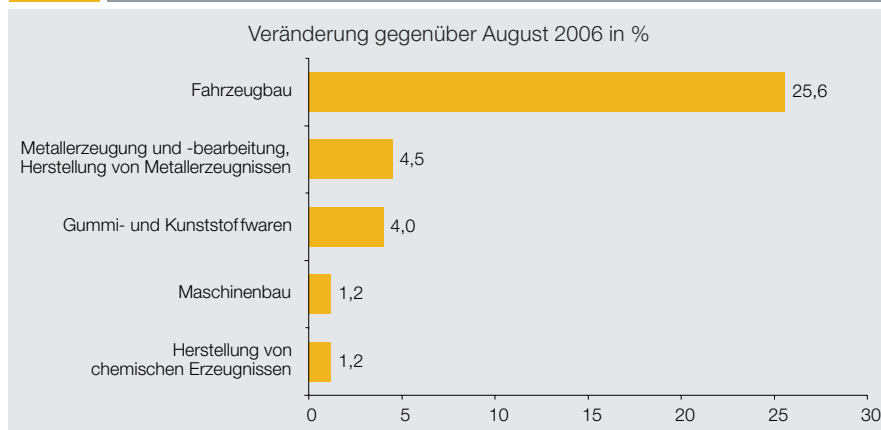
ten mit einem Zuwachs von 15,7% gegenüber August 2006 für diese gute Entwicklung. Die Inlandsbestellungen legten knapp 1% zu.

Das Ordervolumen war im August 2007 bundesweit um 4% höher als im August vorigen Jahres. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich um 4,8%, die aus dem Inland um 3,1%.

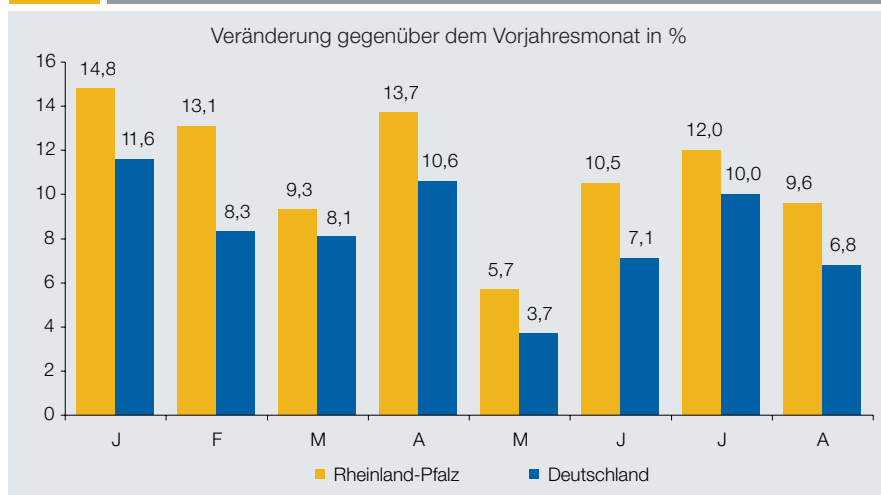
Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im August 2007



Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe im August 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Umsätze im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2007



Der Fahrzeugbau konnte sein gutes Auslandsgeschäft fortsetzen und steigerte sein Gesamtordervolumen gegenüber August 2006 um 25,6%. In der Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ erhöhte sich der Auftragseingang um 4,5%. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren profitierten ebenfalls von höheren Auslandsordern und legten insgesamt um 4% zu. Der Maschinenbau und die Hersteller chemischer Erzeugnisse meldeten jeweils einen leichten Anstieg von 1,2%.

Industrie erzielte in den ersten acht Monaten knapp 11% mehr Umsatz

Von Januar bis August 2007 erzielten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe Umsätze von knapp 50,3 Mrd. Euro. Dies ist ein Zuwachs von 10,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bundesweit beliefen sich die Industrieumsätze auf mehr als 1 036 Mrd. Euro, dies entspricht einer Zunahme von 8,2%. Der Auslandsumsatz stieg in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz um 12,7% und in Deutschland um 10,8%. Die Inlandsumsätze legten in Rheinland-Pfalz um 9,2% und deutschlandweit um 6,1% zu. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie erhöhte sich gegenüber August 2006 in Rheinland-Pfalz um 2,6% und bundesweit um 1,9%.

Der Maschinenbau erwies sich mit einer Umsatzsteigerung von fast 23% als starker Motor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Bundesweit er-

reichte diese Branche einen Zuwachs von 16,3%. Einen Umsatzzuwachs von 12,4% meldete die ebenfalls bedeutende Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“. Der Fahrzeugbau sowie die Hersteller chemischer Erzeugnisse erzielten Umsatzzuwächse von 9,4% bzw. 7,7%.

Im August 2007 wurden in Rheinland-Pfalz Umsätze von 6,2 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies entspricht einer Steigerung von 9,6% gegenüber August 2006. Ins Ausland wurden Waren im Wert von nahezu 3,1 Mrd. Euro geliefert; daraus errechnet sich eine Exportquote von 49,6%. Umsätze von fast 1,5 Mrd. Euro wurden mit den Ländern der Eurozone getätigt. Die Inlandsumsätze beliefen sich auf 3,1 Mrd. Euro.

Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 1 030 Betriebe. Seit Januar 2007 werden nach den Festlegungen des Ersten Mittelstandsentlastungsgesetzes nur noch Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen befragt; bislang lag die Grenze bei 20 Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz wurden dadurch rund 1 000 Betriebe entlastet. Um die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des Vorjahres zu gewährleisten, wurden entsprechende Rückrechnungen vorgenommen.

Fast 7 Mill. hl Weinmost geerntet

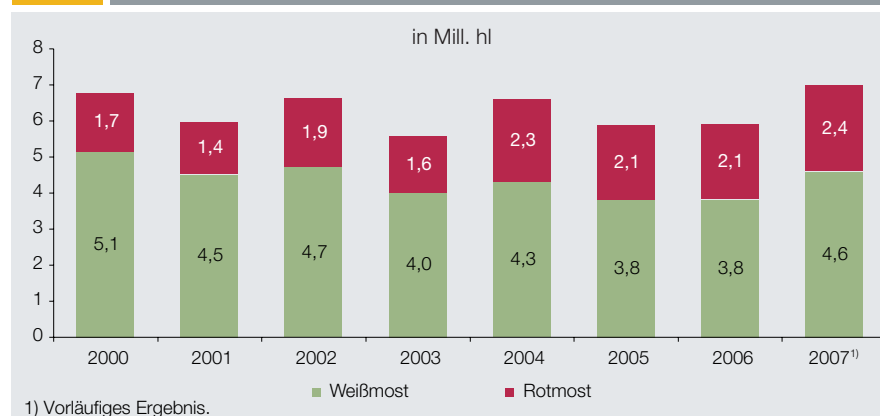
Früher Lesebeginn wegen sommerlicher Temperaturen im Frühjahr

Die rheinland-pfälzischen Winzer ernten in diesem Jahr voraussichtlich fast 7 Mill. hl Weinmost. Diese Bilanz ergeben die Meldungen der ehrenamtlichen Ernteberichterstatler kurz vor Abschluss der Lese. Die Erntemenge liegt damit um 18,2% über

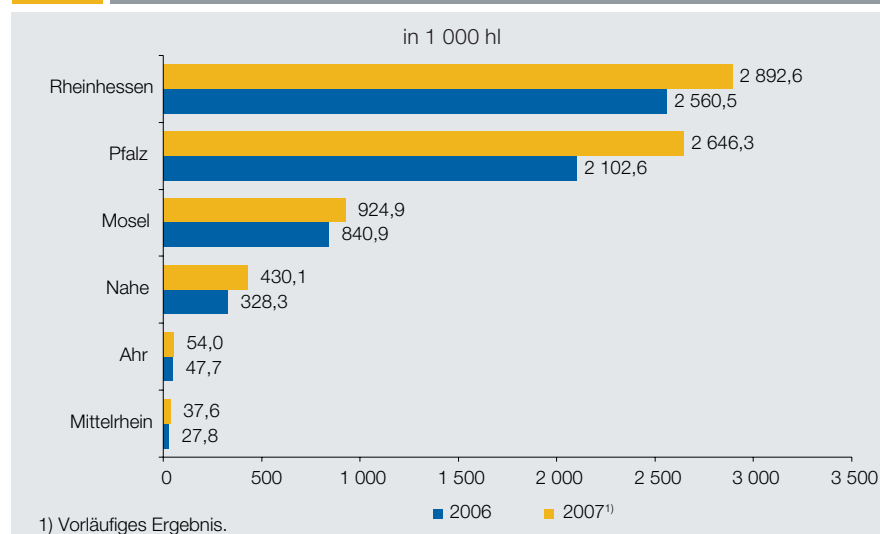
der des Vorjahres und um 8,8% über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Auf Weißmost entfallen 4,6 Mill., auf Rotmost 2,4 Mill. hl.

Während im vergangenen Jahr die Ernte innerhalb kürzester Zeit eingebracht werden musste, stand dieses Jahr ein langer Lesezeitraum zur Verfügung. So begann die Lese bereits Ende August und konnte dann entsprechend der Reifeentwicklung

Weinmosternte 1997–2007



Weinmosternte 2006 und 2007 nach Anbaugebieten

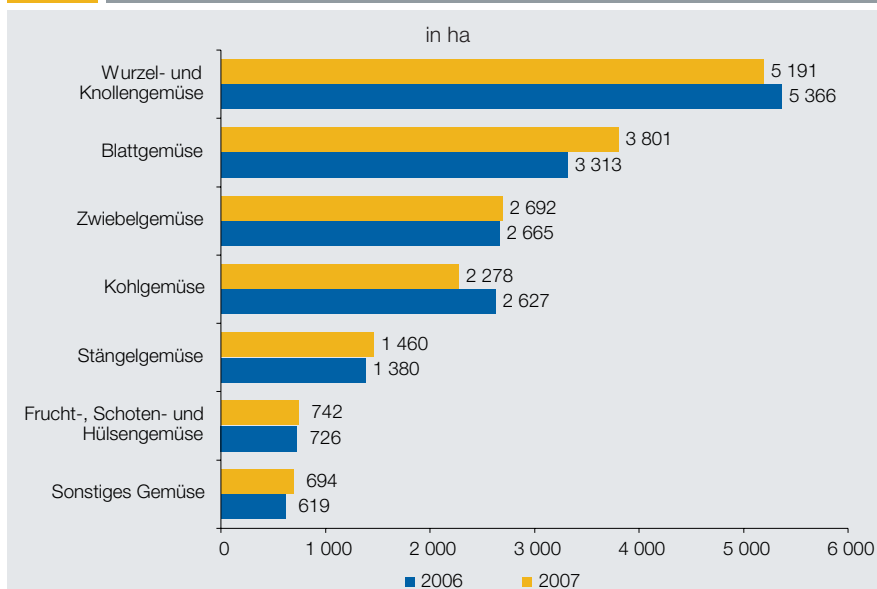


der Trauben fortgesetzt werden. Der Grund für den ungewöhnlich frühen Beginn waren die sommerlichen Temperaturen im März und April, die einen erheblichen Vegetationsvorsprung brachten. Wegen der aus Sicht der Winzer günstigen Septemberwitterung mit kühlen Nächten blieben die Trauben gesund und ermöglichten eine optimale Lese. Die Schäden aufgrund von Sonnenbrand im August haben sich offenbar nicht so stark auf den Ertrag ausgewirkt wie zunächst befürchtet; die Schätzungen der Weinbauexperten im August waren von lediglich 6,3 Mill. hl ausgegangen.

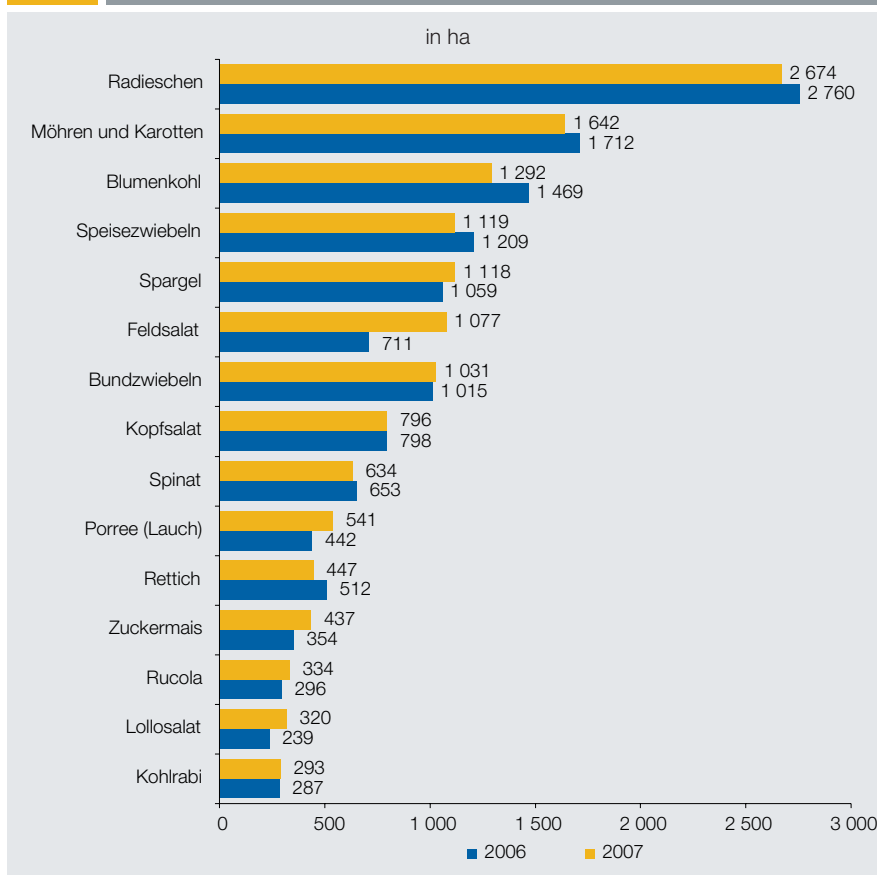
Die einzelnen Sorten haben sich mengenmäßig unterschiedlich entwickelt. Riesling, die Sorte mit der größten Anbaufläche, legt gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel auf 1,5 Mill. hl zu. Die Dornfelder-Menge steigt dagegen nur um 4,8% auf 995 Mill. hl. Die Erntemenge von Müller-Thurgau beläuft sich auf 1 Mill. hl und wird damit das Vorjahresniveau wegen der rückläufigen Anbaufläche wahrscheinlich nicht ganz erreichen.

Mit 2,9 Mill. hl entfällt die größte Erntemenge auf das Anbaugebiet Rheinhessen; gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs um 12,9%. Es folgt die Pfalz mit 2,6 Mill. hl (+25,9%). An der Mosel liegt die Erntemenge bei 925 000 hl (+10%). Eine größere Menge weist noch die Nahe mit 430 000 hl (+31%) auf. In den kleinsten Anbaugebieten im Land, Ahr und Mittelrhein, werden 54 000 bzw. 38 000 hl geerntet.

**Gemüseanbauflächen 2006 und 2007
nach Gemüseartengruppen**



**Anbauflächen auf dem Freiland 2006 und 2007
nach ausgewählten Gemüsearten**



Anbaufläche für Gemüse auf neuem Höchststand

Blattgemüse wird bei den Kunden immer beliebter

Die Anbaufläche für Gemüse ist in diesem Jahr auf einen neuen Rekordwert ausgeweitet worden. Auf 16 900 ha wurde Gemüse angebaut; das war gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 1%. Im Jahr 1992 hatte die Anbaufläche mit rund 8 700 ha gerade einmal gut die Hälfte des diesjährigen Wertes erreicht.

Eine besonders große Zunahme gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Blattgemüse, zu dem Salate und Spinat gehören. Die Fläche wuchs um knapp 15% auf 3 800 ha. Demgegenüber wurde der Anbau von Wurzel- und Knollengemüse, wie z. B. Radieschen und Möhren, um 3,3% eingeschränkt. Auf diese Gemüsearten entfiel mit 5 200 ha aber nach wie vor die größte Anbaufläche. Um 13% auf 2 300 ha deutlich eingeschränkt wurde auch die Erzeugung von Kohlgemüse. Diese Entwicklung dürfte auf ein geändertes Konsumverhalten zurückzuführen sein. Während sich Salate bei Verbrauchern einer steigenden Beliebtheit erfreuen und ständig neue Züchtungen auf den Markt kommen, verliert das klassische Kohlgemüse an Bedeutung. Stängelgemüse – im Wesentlichen Spargel und Rhabarber – legte um 5,8% auf 1 460 ha zu.

In Rheinland-Pfalz wird zwar eine große Vielfalt von Gemüsearten angebaut, die Masse des Anbaus kon-

zentriert sich aber auf wenige Arten. So nahmen 2007 nur neun Arten zusammen etwa zwei Drittel der Anbaufläche ein. Fast 16% des Anbaus entfielen auf Radieschen (2 670 ha; –3,1%), gefolgt von Möhren und Karotten (1 640 ha; –4,1%). Blumenkohl, die wichtigste Kohlart, wurde um 12,1% auf lediglich noch 1 300 ha eingeschränkt. Auch Brokkoli, der zum Kohlgemüse zählt, wurde im Anbau reduziert. Er wuchs nur noch auf 221 ha (–43,5%). Demgegenüber konnte Feldsalat eine Flächenausweitung um 51,5% auf 1 080 ha verzeichnen. Lollo Salat legte um 34,2% auf 320 ha zu. Weitere bedeutende Gemüsearten waren mit je rund 1 120 ha Anbaufläche Speisezwiebeln (–7,5%) und Spargel (–5,6%). Auf über 1 000 ha erstreckt sich auch die Anbaufläche für Bundzwiebeln (+1,6%).

In der als Stichprobe durchgeführten Gemüseanbauerhebung 2007 wur-

den bei rund 480 landwirtschaftlichen Betrieben die Anbauverhältnisse für Gemüse erfragt. Die Anbaufläche umfasst auch die Mehrfachnutzung einer Fläche (Grundfläche) durch Vor-, Zwischen- und Nachkulturen.

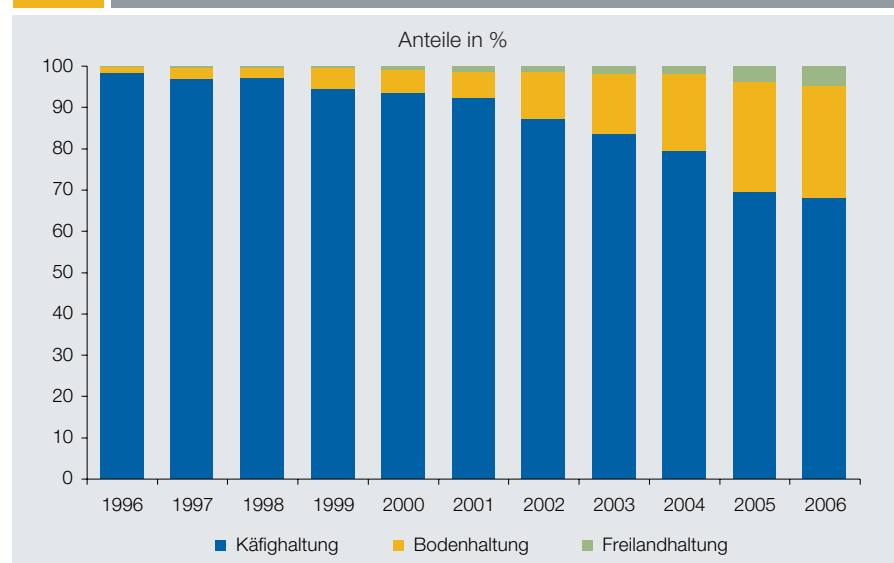
Weitere Informationen zur Ernte lesen Sie im Beitrag „Getreideernte litt unter Trockenheit im April“ auf Seite 777 in diesem Heft.

Boden- und Freilandhaltung gewinnen an Bedeutung

Anteil der Legebatterien nahm binnen zehn Jahren um 30 Prozentpunkte ab

Der Anteil der Käfighaltung von Legehennen geht zurück. Im vergangenen Jahr wurden 68% der insgesamt 627 000 Haltungsplätze in Form von Käfigen vorgehalten; zehn Jahre zuvor waren es noch mehr als 98% gewesen. Im Jahr 2006 entfielen 27%

Haltungskapazität für Legehennen 1996–2006 nach Haltungsformen



der Kapazität auf die Bodenhaltung (1996: 1,5%), die Freilandhaltung erreichte einen Anteil von 4,8% (1996: 0,3%). Die Zunahme der alternativen Haltungsformen dürfte maßgeblich auf die Diskussionen um das Verbot der Käfighaltung zurückzuführen sein. Nach der derzeitigen Rechtslage ist seit dem 1. Januar dieses Jahres die Haltung von Legehennen in Käfigen (Legebatterien) verboten. Sofern ein Betrieb über ein verbindliches Betriebs- und Umbaukonzept verfügt, ist die Haltung der Legehennen in Käfigen bis zum 31. Dezember 2008 gestattet. Für die sogenannten ausgestalteten Käfige gelten längere Übergangsfristen.

Die Angaben beziehen sich auf Betriebe mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen. Im vergangenen Jahr gab es 46 Betriebe dieser Art; dort wurden knapp 120 Mill. Eier produziert. Im Jahr 1990 erzeugten 86 Betriebe rund 236 Mill. Eier, also fast die doppelte Menge des Jahres 2006.

Mehr Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Zahl der Menschen, die staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten, ist im Jahr 2006 gestiegen. Am Jahresende gab es 31 834 Empfängerinnen und Empfänger, das waren rund 1 500 bzw. 5% mehr als ein Jahr zuvor.

Personen, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um den

grundsätzlichen Bedarf für den Lebensunterhalt zu sichern, haben Anspruch auf Grundsicherung, wenn sie entweder das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zwischen 18 und 65 Jahre alt und in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind. Diese neue soziale Leistung wurde Anfang 2003 in erster Linie mit dem Ziel eingeführt, der sogenannten verschämten Armut entgegenzuwirken. Vor allem ältere Menschen machten Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, da sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchteten. Bei der Grundsicherung werden Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern grundsätzlich nicht berücksichtigt.

In 46% der Fälle nahmen im Jahr 2006 Empfänger im Alter zwischen 18 und 65 Jahren die Leistungen wegen Erwerbsminderung in Anspruch, in knapp 54% der Fälle wurde Armut im Alter gelindert. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter wurden hauptsächlich Frauen gewährt (68%), während Leistungen wegen Erwerbsminderung etwas häufiger von Männern beansprucht wurden (54%). Der Anteil der Ausländer an den Empfängern lag bei gut 13%. Drei Viertel dieses Personenkreises waren 65 Jahre oder älter.

Regional betrachtet zeigen sich große Unterschiede. In den Landkreisen waren im Durchschnitt acht Leistungsempfänger auf 1 000 Einwohner ab 18 Jahre zu verzeichnen, in den kreisfreien Städten hingegen 13. Die größte Empfängerichte hatte

mit 18,4 Personen je 1 000 Volljährige die Stadt Koblenz, die geringste mit 4,4 Leistungsempfängern der Landkreis Alzey-Worms. Je Einwohner ab 18 Jahre wurden in den kreisfreien Städten rechnerisch 71 Euro und in den Landkreisen 23 Euro aufgewendet. Die höchsten Ausgaben je volljährigen Einwohner musste mit 96 Euro die Stadt Trier tätigen, die niedrigsten waren mit 21 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis zu verzeichnen.

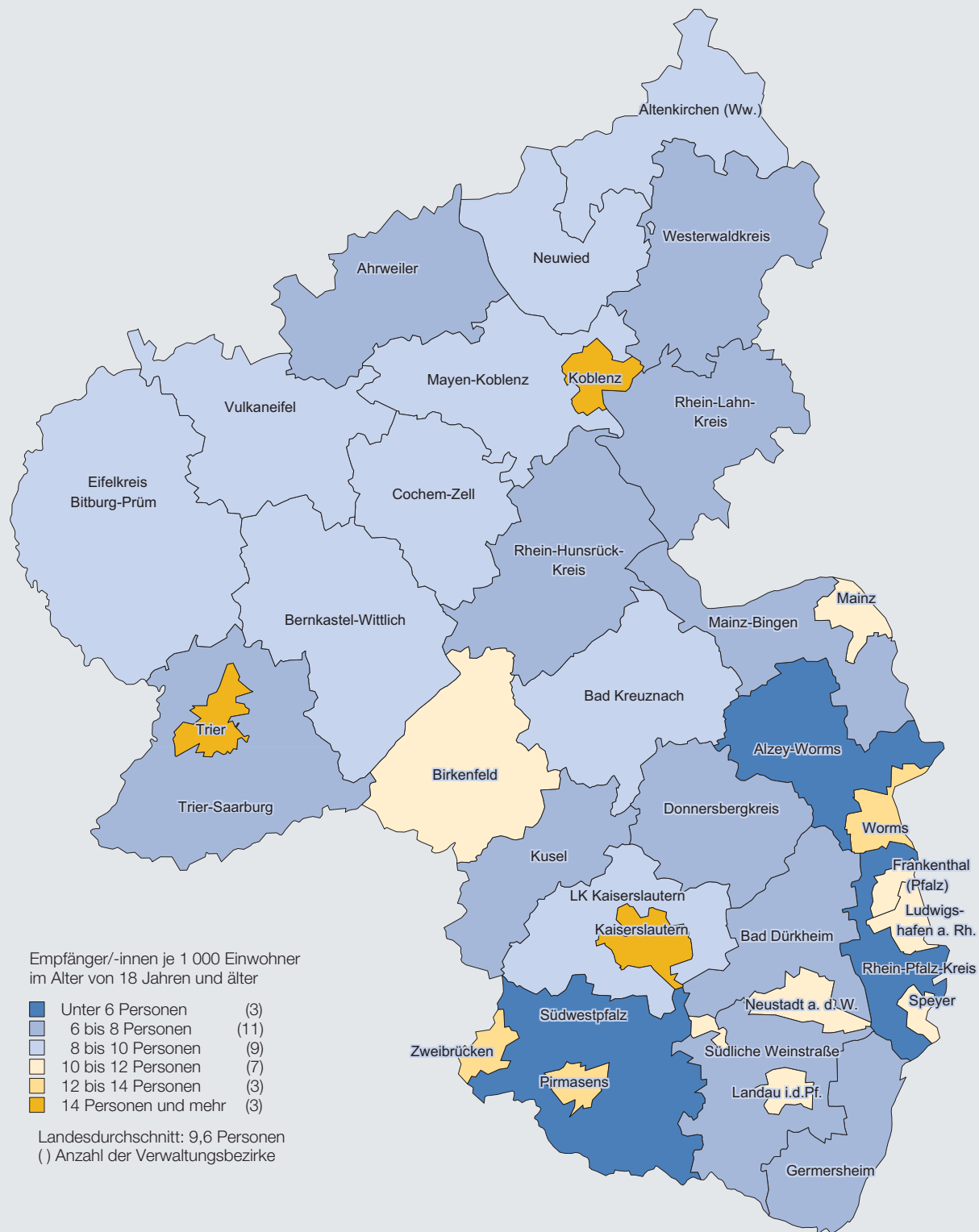
Die Daten stammen aus der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe. Die Angaben erhält das Statistische Landesamt von den kreisfreien Städten und Landkreisen sowie dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.

Erwachsenenbildung erfährt großen Zuspruch

Volkshochschulen größter Anbieter

Mehr als 785 000 Personen besuchten im Jahr 2006 die Weiterbildungskurse, die von den rheinland-pfälzischen Volkshochschulen und den anderen im Lande anerkannten Organisationen der Erwachsenenbildung angeboten wurden. Diese Träger der Weiterbildung organisierten in der Summe annähernd 47 500 Veranstaltungen. Die Zahl der Kursteilnehmer ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9% gestiegen; gleichzeitig wurden von den Einrich-

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



tungen 2,7% mehr Kurse, Seminare und Workshops angeboten. Die von den anerkannten Trägern der Weiterbildung organisierten Maßnahmen werden traditionell stark von Frauen besucht: Nur rund ein Viertel der Teilnehmenden an den Bildungsveranstaltungen waren Männer (204 000).

Mit gut 781 400 Unterrichtsstunden bestritten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weiterbildungseinrichtungen im Jahr 2006 knapp 60 000 Stunden bzw. 8,3% mehr als im Jahr zuvor. Die mit Abstand meisten Weiterbildungsstunden entfielen auf die Volkshochschulen (74%). Es folgten das Bildungswerk des Landessportbundes (7,4%), die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (6,7%) und die Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (5,1%). Unter der Regie der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung wurden 3,4% der insgesamt angebotenen Unter-

richtseinheiten von Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“ 1,9% und von den Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“ 1,2% der Weiterbildungsstunden organisiert.

Veranstaltungen mit Themenschwerpunkt „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ waren besonders stark gefragt. An entsprechenden Kursen nahmen insgesamt 212 000 Interessierte teil; von diesen waren 86% Frauen. Auf Rang zwei folgten Maßnahmen aus dem Bereich „Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung“ mit 121 000 Teilnehmenden. Auch hier dominierten die Frauen mit einem Anteil von 73%. Die Angebote aus den Bereichen „Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde“ mit knapp 94 000, „Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung“ mit knapp 73 000 sowie „Sprachen“ mit gut 72 000 Bildungshungrigen wurden ebenfalls stark frequentiert. Auch bei

diesen Themenfeldern stellten Frauen jeweils mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden.

Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 2006 insgesamt knapp 8 Mill. Euro zur Förderung der Weiterbildung in den Haushalt ein. Hiervon entfielen 7,9 Mill. Euro auf Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und 100 000 Euro auf Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Leichter Anstieg der Hebesätze für Grundsteuer A Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer unverändert

Im Jahr 2006 war ein leichter Anstieg bei den Hebesätzen für die Grundsteuer A, die von den Kommunen auf landwirtschaftliche Grundstücke erhoben wird, zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten 218 Kommunen die Hebesätze für diese Form der Grundsteuer. Im Landesdurchschnitt kam es zu einem Anstieg um einen Prozentpunkt auf 285%. Bei den Hebesätzen der Grundsteuer B, die auf bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude erhoben wird, sowie der Gewerbesteuer ergaben sich in den landesweiten Durchschnittssätzen keine Änderungen. Die Hebesätze betrugen im Jahr 2006 unverändert 338 bzw. 369%. Die Hebesätze für die genannten Realsteuern legt der Gemeinderat im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften fest.

**Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2006
nach Sachgebieten und Geschlecht**

Sachgebiet	Insgesamt	Männer		Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl	%
Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	93 912	27 777	29,6	66 135	70,4
Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	65 755	25 162	38,3	40 593	61,7
Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	72 859	16 956	23,3	55 903	76,7
Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	57 907	10 711	18,5	47 196	81,5
Sprachen	72 247	22 234	30,8	50 013	69,2
Wirtschaft, kaufmännische Praxis	36 383	16 991	46,7	19 392	53,3
Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	31 005	12 459	40,2	18 546	59,8
Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	121 078	33 131	27,4	87 947	72,6
Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	212 026	29 814	14,1	182 212	85,9
Nachholen von Schulabschlüssen	3 605	2 039	56,6	1 566	43,4
Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	18 766	6 505	34,7	12 261	65,3
Insgesamt	785 543	203 779	25,9	581 764	74,1

Die höchsten Hebesätze – sowohl für die Grundsteuern A und B als auch für die Gewerbesteuer – wurden in der acht Einwohner zählenden Gemeinde Dierfeld (Verbandsgemeinde Manderscheid) mit einem Hebesatz von jeweils 900 festgelegt; Dierfeld ist die kleinste Gemeinde des Landes. Die Stadt Ingelheim am Rhein senkte ihre Hebesätze; hier kommen mit 135 bzw. 160% die niedrigsten Sätze für die Grundsteuer A und B zur Anwendung. Bei der Gewerbesteuer wurde der niedrigste Hebesatz mit 300% für die Gemeinde Vielbach im Westerwaldkreis registriert.

Die Entwicklung der Hebesätze verlief im Jahr 2006 in den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen sehr unterschiedlich. In den kreisfreien Städten haben sich die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer durchschnittlich auf 377 bzw. 397% erhöht. Sie lagen damit jeweils über dem Landesdurchschnitt. Bei der Grundsteuer A blieb der Durchschnittsbesatz der kreisfreien Städte unverändert bei 285%, was rechnerisch dem Landeswert entspricht. Anhebungen der Hebesätze waren in Kaiserslautern für alle Realsteuerarten, in Pirmasens für die Grundsteuern A und B sowie in Zweibrücken für die Gewerbesteuer zu verzeichnen. Als einzige Stadt senkte Landau den Gewerbesteuerhebesatz.

Für die kreisangehörigen Gemeinden wurde für die Grundsteuer A eine Erhöhung der Hebesätze um einen

Prozentpunkt errechnet. Der Durchschnittsbesatz entspricht damit dem Landesmittel. Für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer ergibt sich ein Rückgang auf 320% bzw. 351%.

Kommunen nahmen im ersten Halbjahr 4,1% mehr ein

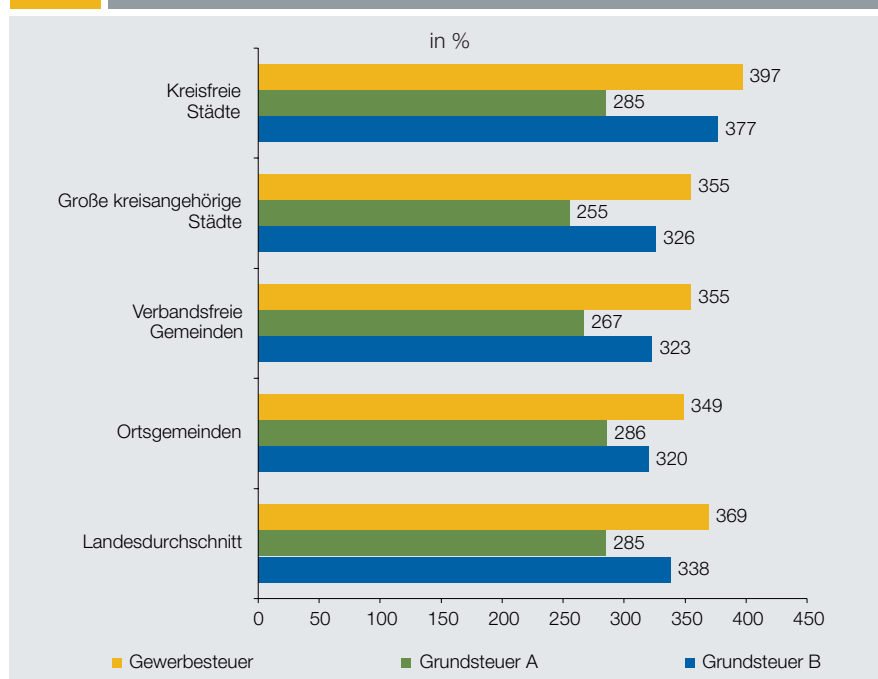
Ausgaben stiegen im gleichen Ausmaß

Im ersten Halbjahr 2007 erhöhten sich die Einnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Knapp 3,5 Mrd. Euro flossen in die Kassen der Gemeinden und Gemeindeverbände, das waren 4,1% mehr als in der Zeit von Januar bis Juni 2006. Der Anstieg fiel damit in

Rheinland-Pfalz geringer aus als im gesamten Bundesgebiet. Dort wurde im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 6,1% registriert.

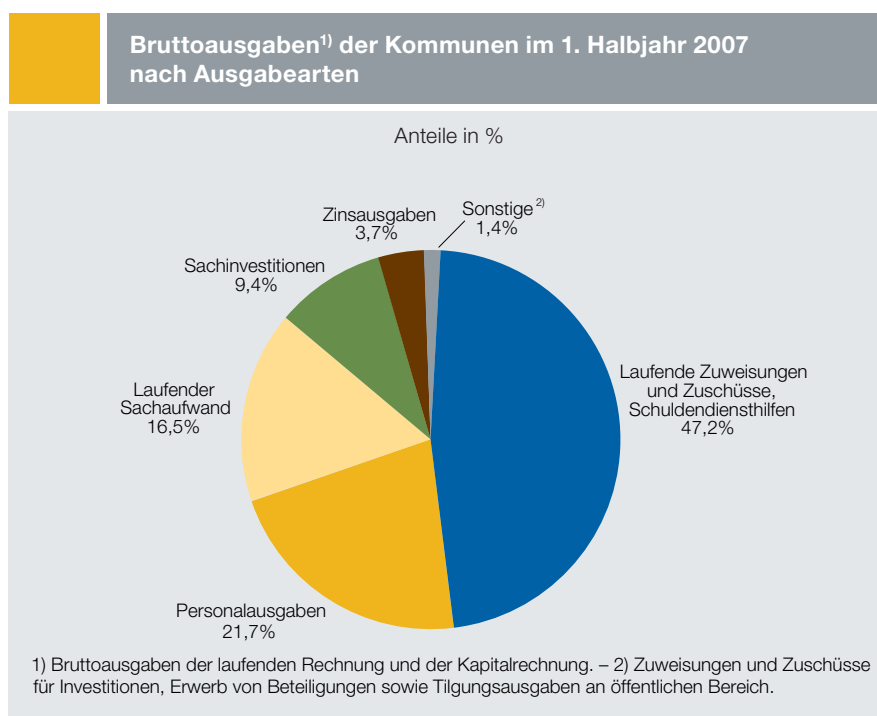
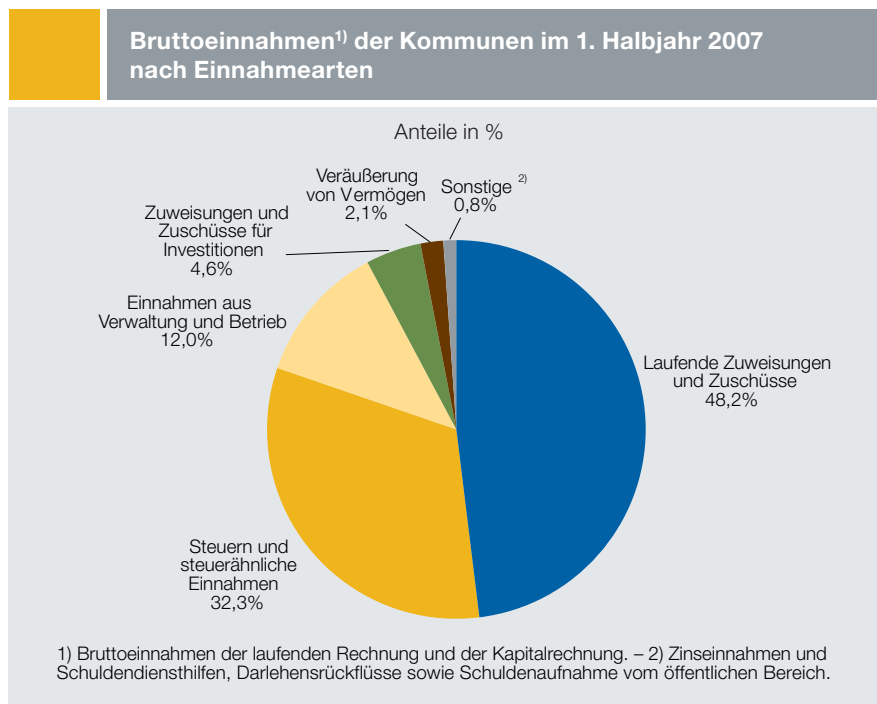
Mit insgesamt knapp 1,4 Mrd. Euro waren die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen eine der wichtigsten Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte. Sie nahmen im ersten Halbjahr 2007 um 5,2% zu, konnten aber mit der bundesweiten Entwicklung (+11,1%) nicht Schritt halten. Die gleichwohl positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz basiert zum einen auf höhere Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer (+6,7%), zum anderen auf höhere Anteile an den Gemeinschaftssteuern (+6,4%). Neben den Steuereinnahmen stellen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen und

Durchschnittliche Realsteuerhebesätze 2006 nach Steuerarten und Gebietskörperschaftsgruppen



anderen Bereichen das zweite wichtige Finanzierungsinstrument für die Gemeinden und Gemeindeverbände dar. Auch diese nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zu und betrugen insgesamt rund 2 Mrd. Euro. Größte Posten waren neben den Zuweisungen des Landes (1,1 Mrd. Euro) die Zahlungsströme zwischen den Kommunen (Zuweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände: 785,6 Mill. Euro). Ebenso erhöhten sich die sogenannten Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (+11,2%), wobei hier insbesondere bei den Einnahmen aus Gewinnbeteiligungen und Konzessionsabgaben von Energieversorgungsunternehmen ein Zuwachs von 25,3% verzeichnet werden konnte. Rückläufig waren auf der Einnahmeseite dagegen u. a. die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, die gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 12,8% sanken.

Den Einnahmen standen Ausgaben in Höhe von 3,6 Mrd. Euro gegenüber, was einer Steigerung um 4,1% entspricht; im Bundesgebiet haben sich die kommunalen Ausgaben nur um 2,4% erhöht. Zur Ausgabensteigerung in Rheinland-Pfalz hat u. a. die Zunahme der laufenden Sachaufwendungen um 13,3% beigetragen. Darüber hinaus erhöhten die Kommunen ihre Ausgaben für Sachinvestitionen, d. h. für Baumaßnahmen und den Erwerb von Grund- und Sachvermögen, um 4,9%. Dennoch konnten auch Einsparungen auf der Ausgabenseite registriert werden. Dies betraf insbesondere die von



den Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährten Zuweisungen und

Zuschüsse für Investitionen, die sich um 26,2% reduzierten.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Oktober 2007

Im Oktober stieg die Jahresteuerrate für Rheinland-Pfalz auf 2,5%, den dritthöchsten Wert im gesamten Zeitraum seit Januar 2000. Maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt waren die Hauptgruppen Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie Verkehr mit einem Preisanstieg von jeweils 4,9% gegenüber Oktober 2006.

Innerhalb der Hauptgruppe Verkehr machten sich vor allem die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Kraftstoffpreise (+10,6%) bemerkbar. Bei den Nahrungsmitteln waren bei Milch und Milcherzeugnissen wie frischer Vollmilch (+30,1%), Speisequark (+27,5%) und Butter (+51,2%) hohe Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahresmonat festzustellen. Zudem

stiegen die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse um 4,1%, für Fische und Fischwaren um 4,4%, für Obst um 5,2% und für Gemüse um 4%. Vergleichsweise moderat entwickelten sich hingegen die Preise für Fleisch und Fleischwaren; Schweinebraten war sogar günstiger als vor einem Jahr (–1,6%).

Auch der Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber September 2007 (+0,3%) ist – neben höheren Preisen für Bekleidung und Schuhe (+1,3%) – auf die Entwicklung bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+1,4%) zurückzuführen. Erheblich verteuert haben sich beispielsweise H-Milch (+13,8%) und Sahne (+17,8%).

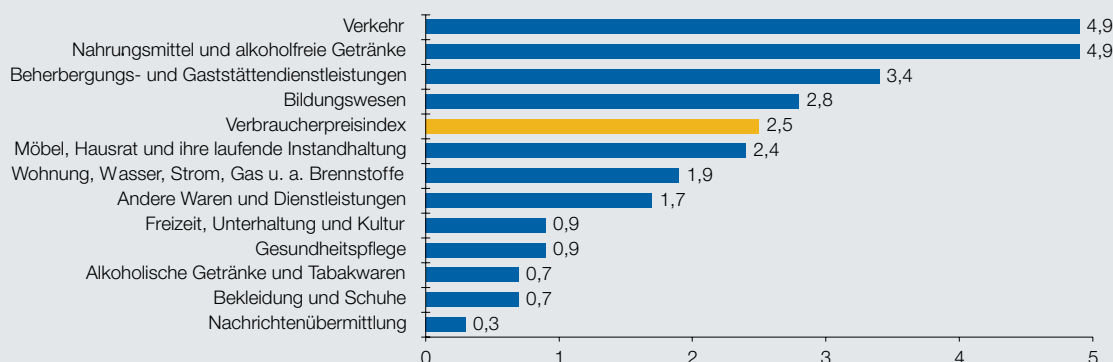
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

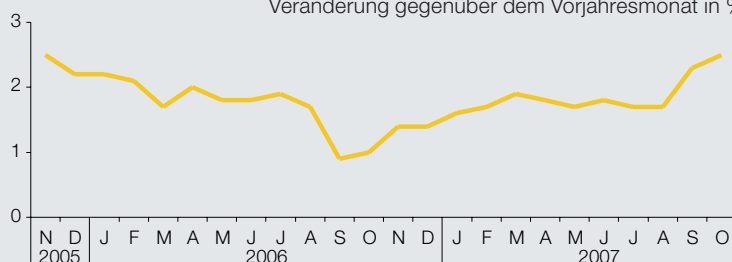
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 18 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Oktober 2007

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Oktober 2006 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Oktober 2007

Verbraucherpreisindex: +2,5%

Ausgewählte Preisentwicklungen:

Vollmilch: +30,1%

Schweinebraten: –1,6%

Aus der amtlichen Statistik

Gesundheitsberichterstattung jetzt im Internet

Ministerin Dreyer und Präsident Berres starteten neues Angebot

Einen schnellen und aktuellen Überblick über die gesundheitliche Situation und Versorgung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung bietet die Gesundheitsberichterstattung, die jetzt auch im Internet verfügbar ist. Gesundheitsministerin Malu Dreyer und der Präsident des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres, stellten das neue Angebot in Mainz vor. Es umfasse Informationen zur Bevölkerungsstruktur, zum Gesundheitszustand der Menschen, zu Einrichtungen und Beschäftigten im Gesundheitswesen und zur Inanspruchnahme von Leistungen und sei damit auch eine wichtige Grundlage für die Gesundheitspolitik des Landes, so die Ministerin. Ein weiterer Vorteil sei, dass durch den Einsatz des flexiblen Landesinformationssystems auch viele Daten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte angeboten werden können und alle Ergebnisse erst zum Zeitpunkt des Datenabrufs mit den aktuellsten Zahlen erstellt werden. Bislang wurden Gesundheitsberichte turnusmäßig als Publikation herausgegeben.

Eine Hauptaufgabe der Gesundheitsberichterstattung in Rheinland-Pfalz bestehe darin, Informationen über die gesundheitliche Situation und Versorgung der Bevölkerung zusammenzuführen und aufzubereiten, so die Ministerin. Anhand von Indikatoren könnten verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens wie beispielsweise Bevölkerungsdaten, Gesundheitszustand der Bevölkerung, medizinische Einrichtungen, Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen, Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens dargestellt werden. Datenquellen für die verschiedenen Gesundheitsindikatoren sind Angaben aus unterschiedlichen Statistiken wie zum Beispiel dem Krebsregister Rheinland-Pfalz. Neben der Aufbereitung statistischer Basisdaten liege ein Schwerpunkt der Gesundheitsberichterstattung auf der Analyse spezieller Versorgungsbereiche.

Die Gesundheitsberichterstattung im Internet speise sich direkt aus dem Landesinformationssystem LIS, der Datenbank des Statistischen Landesamtes, so Präsident Berres. Sie stehe damit auf derselben Plattform wie die Online-Datenbank und „Meine Heimat“, die seit gut zwei Jahren wichtige Bestandteile des Internetauftritts des Statistischen Landesamtes seien. In anderthalb Jahren Entwicklungszeit sei ein Informationsmedium entstanden, das vor allem auch ein Service für Landkreise und kreisfreie Städte sei, die dadurch eine gute Grundlage für die eigene Planung erhielten. Die Daten seien, wo immer möglich, auf Landes- und auf Kreisebene verfügbar und könnten in Form von Tabellen, Grafiken und Karten dargestellt werden. Eine Exportfunktion ermögliche das Weiterverarbeiten beispielsweise in Tabellenkalkulationsprogrammen. Da das Angebot auf dem Landesinformationssystem basiere, sei eine rasche Aktualisierung der vorhandenen und eine schnelle Ergänzung der noch ausstehenden Indikatoren möglich.

Zur Weiterentwicklung der Onlineberichterstattung sei zukünftig eine schrittweise Erweiterung der Datenbank geplant. So sollten spezifische Daten zur Kindergesundheit aus den Schuleingangsuntersuchungen und weitere Daten zu umweltbezogenen Gesundheitsindikatoren einfließen. Seitens des Umweltministeriums ist weiterhin geplant, Indikatoren des Themenfeldes „Gesundheitsrisiken aus der Umwelt“ nach und nach mit dort erhobenen Daten zu hinterlegen.

Mit dem jetzt vorgestellten Internet-Angebot stehe ein modernes und flexibles System der Datenaufbereitung und -fortschreibung zur Verfügung, so Dreyer und Berres.

Die Gesundheitsberichterstattung erreichen Sie im Internet unter: <http://www.infothek.statistik.rlp.de/lis/gbe/>

Feldfruchternte 2007

Trockenheit im April beeinträchtigt Getreideernte

Von Jörg Breitenfeld

Die Getreideernte hat in diesem Jahr unter der Trockenheit im April deutlich gelitten. Nach den vorläufigen Ergebnissen¹⁾ ernteten die Landwirte in Rheinland-Pfalz knapp 1,3 Mill. t Getreide und damit 8,4% weniger als im vergangenen Jahr. Die geringe Erntemenge des Trockenjahres 2003 wurde aber um 3,1% übertroffen. In Deutschland drosten die Landwirte 37 Mill. t Getreide (–8%). Die mit Abstand wichtigste Getreideart ist Winterweizen, der auf über 106 000 ha (44% der rheinland-pfälzischen Getreidefläche) stand. Der Ertrag lag im Durchschnitt bei 64 dt/ha²⁾ (–9,6%). Der Sommergerstenanbau (56 200 ha) konnte sich mit +3,6% gegenüber dem Vorjahr leicht erholen. Der Ertrag fiel mit 41 dt/ha ein Fünftel geringer aus.

Vegetation mit deutlichem Vorsprung

Gute Wetterbedingungen für die Aussaat

Die Aussaat der Winterungen, wie z. B. Winterraps, Wintergerste und Winterweizen, erfolgte im Herbst 2006 unter überwiegend trockenen Wetterbedingungen und bei milden Temperaturen. Die Saaten liefen zügig auf, da genügend Feuchtigkeit in den Böden vorhanden war und die Krume aufgrund der freundlichen Witterung nicht auskühlte. Auch die folgenden Monate blieben ungewöhnlich mild, da kaum winterliche Abschnitte zu verzeichnen waren. Der Deutsche Wetterdienst ermittelte eine positive Abweichung von 4°C zum vieljährigen Durchschnitt.³⁾ Der Winter 2006/2007 gilt als der wärmste seit Beginn der regelmäßigen Wetteraufzeichnungen.

Auch das Frühjahr zeichnete sich durch überdurchschnittliche Temperaturen aus und die Sommerungen (z. B. Sommergerste, Kartoffeln und Zuckerrüben) konnten im Gegensatz zum Vorjahr früh bestellt werden. Während der April 2007 als der wärmste, sonnenscheinreichste und niederschlagsärmste seit Beginn der regelmäßigen Messungen gilt, fielen im Mai überdurchschnittliche Niederschlagsmengen. Nach den bisherigen Wetteraufzeichnungen waren in keinem anderen Jahr mehr Niederschläge im Mai gefallen. Für Rheinland-Pfalz und das Saarland errechnete der Deutsche Wetterdienst im April eine Niederschlagsmenge von 1 l pro m².⁴⁾ Der langjährige Durchschnitt liegt bei 56 l pro m². Die Niederschläge im Mai füllten die oberen Bodenschichten wieder auf und verbesserten die Wachstumsbedingungen deutlich. Allerdings waren die Voraussetzungen für den ersten Silageschnitt und die Heuwerbung wegen der vielen Niederschläge ungünstig.

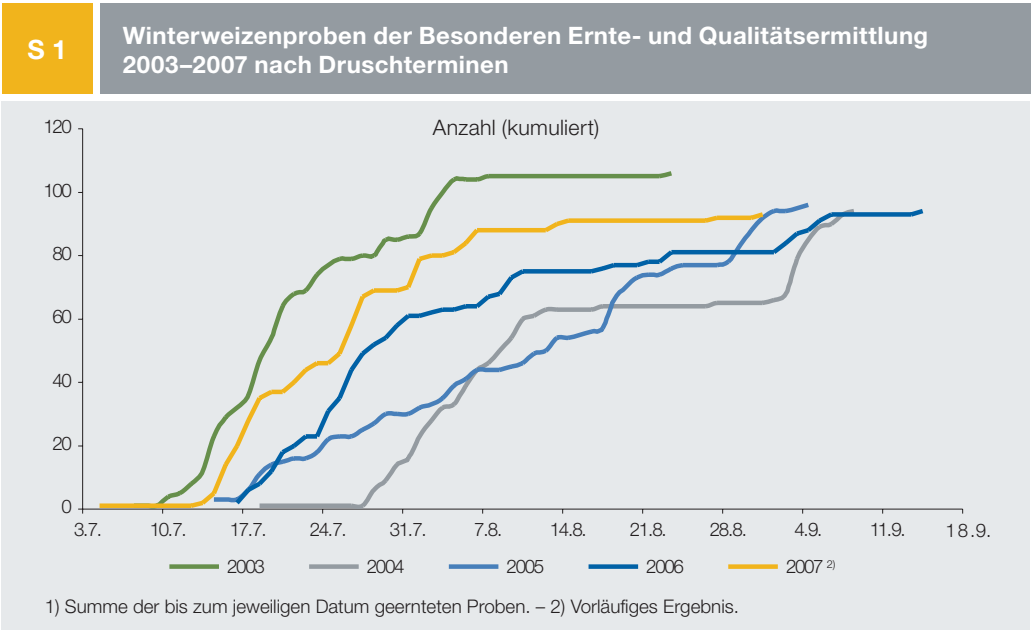
April und Mai mit Wetterextremen

1) Berücksichtigt sind die bis Ende September vorliegenden Ergebnisse.

2) 1 Dezitonne = 100 Kilogramm.

3) Vgl. Deutscher Wetterdienst: Die Witterung und phänologische Entwicklung im ungewöhnlich milden Winter 2006/07. http://www.agrowetter.de/Neuigkeiten/winter2006_07.html [21. März 2007]

4) Vgl. Deutscher Wetterdienst: Die außergewöhnliche Trockenheit im April 2007. <http://www.agrowetter.de/Neuigkeiten/apriltrockenheit07.htm> [24. Mai 2007]



Nasser Sommer
bei leicht über-
durchschnittlichen
Temperaturen

Früher
Erntebeginn

Der Sommer 2007 wies im Allgemeinen überdurchschnittliche Niederschlagsmengen auf. Von den Temperaturen her war er im Vergleich zu den Mittelwerten der Messreihe von 1961 bis 1990 etwas zu warm. Als Folge des milden Winters hatte die Vegetation im Frühjahr und Sommer einen teilweise deutlichen Vorsprung von mehreren Wochen gegenüber dem Wachstumsstand früherer Jahre. Die erste Wintergerste wurde bereits Mitte Juni und damit etwa 14 Tage eher gedroschen als in den Jahren zuvor.

Die Ernte musste dann aber immer wieder wegen der häufigen Niederschläge unterbrochen werden, und es kam zu einer verstärkten Lagerbildung in den Beständen. Das Erntegut konnte so nicht immer zum optimalen Zeitpunkt geerntet werden, was zu Ertrags- und Qualitätseinbußen führte. Trotz dieser ungünstigen Bedingungen konnte das Getreide zumeist trocken geerntet werden. Die Winterweizenernte setzte ebenfalls früher als üblich ein. Im weiteren Fortgang blieb sie aber hinter dem Ernteverlauf des Trockenjahres 2003 zurück. Gegenüber den

Vorjahren lag sie allerdings teilweise deutlich früher und war im Wesentlichen bereits Anfang August abgeschlossen.

Im Schnitt konnte das Getreide mit einem Wassergehalt von weniger als 14% eingebracht werden. Bei einem Wassergehalt von 14% und darunter kann Getreide problemlos gelagert werden. Im Vorjahr war das Getreide allerdings wesentlich trockener geerntet worden.

T 1

Feuchtigkeitsgehalt der Proben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2007 nach Getreidearten

Jahr	Winterweizen	Roggen	Triticale	Wintergerste	Sommergerste
	%				
2000	14,4	13,2	.	14,8	14,6
2001	12,2	12,8	.	13,5	13,1
2002	13,2	13,6	12,6	13,9	13,7
2003	12,0	11,8	12,1	13,0	12,0
2004	13,5	12,8	13,5	13,2	13,0
2005	13,8	14,2	14,5	12,5	13,4
2006	13,2	11,7	12,5	11,8	11,8
2007 ¹⁾	13,3	13,3	14,2	13,7	13,6

1) Vorläufiges Ergebnis.

Getreideernte deutlich im Minus

Kleinere
Erntemenge
trotz größerer
Anbaufläche

Die rheinland-pfälzischen Landwirte drohen diesen Sommer nach vorläufigen Berechnungen knapp 1,3 Mill. t Getreide. Trotz einer Ausweitung der Getreidefläche um 5,5% auf 239 100 ha blieb die Erntemenge um 8,4% unter der des Vorjahres. Im Vergleich zur durchschnittlichen Erntemenge der sechs Jahre von 2001 bis 2006 waren es 7,9% weniger. Die Ernte des Trockenjahres 2003 wurde aber noch um 3,1% übertroffen. Eine wesentliche Ursache für die trotz gestiegener Getreidefläche geringere Erntemenge war die Trockenheit im April. Da den Getreidepflanzen Wasser fehlte, konnten sie insbesondere auf den leichteren Böden nicht genügend Ähren ausbilden. Dementsprechend gab es hier auch die größten Ertragsrückgänge. Die bundesweite Getreideernte lag – bei einer um 1,6% reduzierten Anbaufläche – mit 37 Mill. t um 8% unter dem Vorjahreswert.

Der durchschnittliche Hektarertrag für Getreide unterschritt 2007 in Rheinland-Pfalz mit 54 dt/ha den Wert aus dem Vorjahr

um über 13%. Der mehrjährige Mittelwert von 58 dt/ha wurde um 7,8% verfehlt. In Deutschland konnten die Landwirte im Schnitt knapp 60 dt/ha ernten (–6,6%). Dieser geringere Rückgang ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Hektarertrag bundesweit bereits im Jahr 2006 mit 64 dt/ha unterdurchschnittlich ausgefallen war. Im Gegensatz dazu hatte Rheinland-Pfalz 2006 den mehrjährigen Durchschnitt deutlich übertroffen.

8 dt weniger
von einem
Hektar geerntet

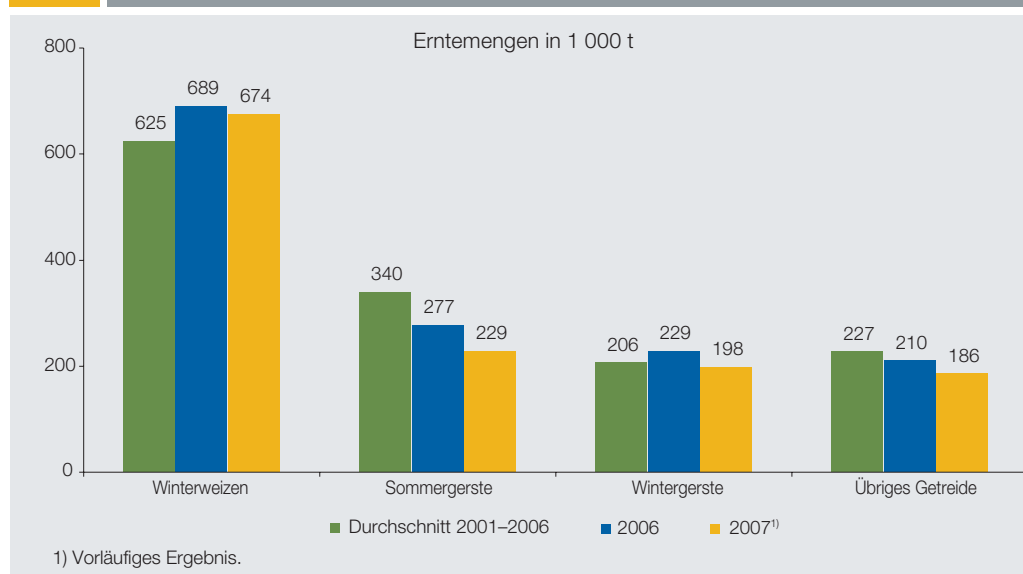
Winterweizen auf 44% der Getreidefläche

Winterweizen ist aufgrund seiner hohen Erträge seit Jahren die wirtschaftlichste und dadurch die führende Getreideart in Rheinland-Pfalz. Seine Anbaufläche wurde in diesem Jahr um 8,2% auf 106 100 ha ausgeweitet; damit entfielen 2007 rund 44% der Anbaufläche für Getreide auf Winterweizen. Wegen der Trockenheit im April ernteten die Landwirte durchschnittlich nur 64 dt von einem Hektar. Im vergangenen Jahr waren es 70 dt/ha gewesen.

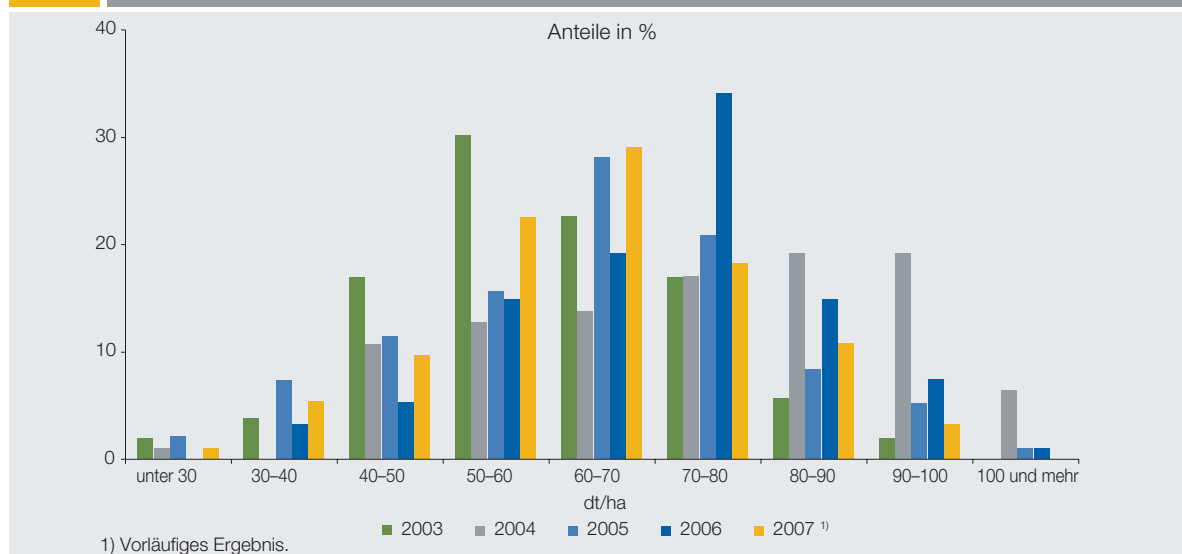
64 dt/ha
Winterweizen
geerntet

S 2

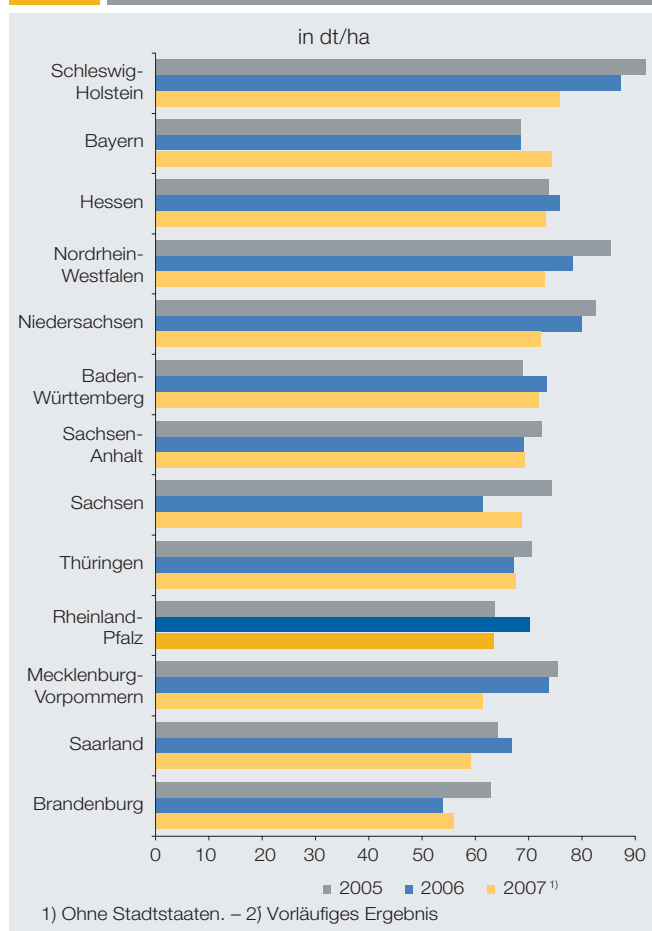
Getreideernte 2006 und 2007 nach Getreidearten



S 3

Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung
2003–2007 nach Ertragsklassen

S 4

Winterweizenerträge 2005–2007
nach Ländern¹⁾

Die Auswirkungen der Trockenheit zeigen sich auch in der Verteilung der Proben aus der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) auf die Ertragsklassen. Im Gegensatz zum Vorjahr lag der Modalwert mit 29% in der Ertragsklasse 60 bis 70 dt/ha; gefolgt von der Ertragsklasse 50 bis 60 dt/ha. Im Jahr 2006 wies die Ertragsklasse 70 bis 80 dt/ha vor der Ertragsklasse 60 bis 70 dt/ha den relativ größten Anteil auf. Im Trockenjahr 2003 lag der häufigste Wert in der Ertragsklasse 50 bis 60 dt/ha.

Die Erntemenge von Winterweizen ging gleichwohl wegen der Flächenausdehnung nur um 2,2% zurück. Der mehrjährige Durchschnitt wurde sogar um 7,9% übertroffen. Bundesweit war der Winterweizenanbau rückläufig (–2,9%). Er beansprucht mit 48% aber immer noch fast jeden zweiten Hektar der Getreidefläche. Ertraglich kam Winterweizen auf 70 dt/ha (–3,5%). In Deutschland wurden damit insgesamt 20,7 Mill. t Winterweizen geerntet. Die rheinland-pfälzischen Landwirte hatten hieran einen Anteil von 3,3%.

Weniger Winterweizen

Deutschland: Im Norden Ertragsrückgang – im Süden Anstieg

Ein Vergleich der Hektarerträge zwischen den Ländern zeigt, dass die Auswirkungen der Trockenheit im April völlig unterschiedlich waren. So gab es in Mecklenburg-Vorpommern (61 dt/ha) und Schleswig-Holstein (76 dt/ha) im Vergleich zum Vorjahr mit –17 bzw. –13% die größten Ertragsrückgänge. Demgegenüber wurden in Sachsen (+12%) und Bayern (+8,6%) die Hektarerträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Gute Qualitäten beim Winterweizen

Gute Weizenqualitäten

Neben der Ertragsermittlung gehört auch die Beurteilung der technologischen Qualitätsparameter von Winterweizen zu den Zielen der BEE (siehe Textkasten). Dazu werden u. a. die Fallzahlen ermittelt. Fast 97% der untersuchten Proben wiesen Fallzahlen von 220 und mehr Sekunden auf. Im Vorjahr lag der Anteil bei 88%. In den letzten Jahren gab es nur im Trockenjahr 2003 einen noch höheren Wert. Wegen der bereits beschriebenen Probleme während der Ernte erreichte ein größerer Teil der Proben allerdings nur mittlere Fallzahlen von 220 bis 300 Sekunden. Mit etwa einem Drittel lag deren Anteil deutlich höher als im Vorjahr (6,8%). In Deutschland belief sich der Anteil der qualitativ schlechten Weizenpartien 2007 auf knapp 14%.

Proteingehalt etwa auf Vorjahresniveau

Neben der Fallzahl wird beim Winterweizen auch der Proteingehalt ermittelt. Mit 13,2% lag er in diesem Jahr geringfügig über dem Wert des Vorjahres. Schon 2003 und 2005 hat der Proteingehalt die Marke von 13% überschritten. Eine Erklärung hierfür könnte der verstärkte Anbau von Sorten sein, die über ein höheres Potenzial zur Eiweißbildung verfügen.

Ein weiteres Merkmal, das im Rahmen der BEE ermittelt wird, ist die angebaute

Info

Qualitätsbestimmung bei Brotgetreide

Für die Herstellung von Backwaren muss Getreide bestimmte Qualitätskriterien erfüllen. Eine schnelle und einfache Methode zur Beurteilung der Qualität von Weizen und Roggen ist die Ermittlung der Fallzahl. Die Fallzahl ist ein Maß für die Aktivität des Enzyms Alpha-Amylase, das bei der Keimung Stärke in Zucker umwandelt. Die Stärke im Getreide ist wichtig für die gewollte sogenannte „Verkleisterung“ des Teigs. Je größer die Alpha-Amylase-Aktivität, desto kleiner ist die Fallzahl. Alpha-Amylase wird vermehrt gebildet, wenn es während der Reife- und Erntezeit zu kalt oder zu feucht ist. So weisen oft Partien mit Auswuchs (d. h., Getreidekörner keimen noch vor der Ernte auf dem Halm) zu niedrige Fallzahlwerte auf.

Für die Herstellung von Backwaren geeignete Handelspartien von Weizen müssen Fallzahlen von über 220 Sekunden und solche von Roggen über 120 Sekunden aufweisen. Ideal sind bei Weizenmehl Fallzahlen von 250 bis 300 Sekunden und bei Roggenmehl von 150 bis 180 Sekunden.

Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE)

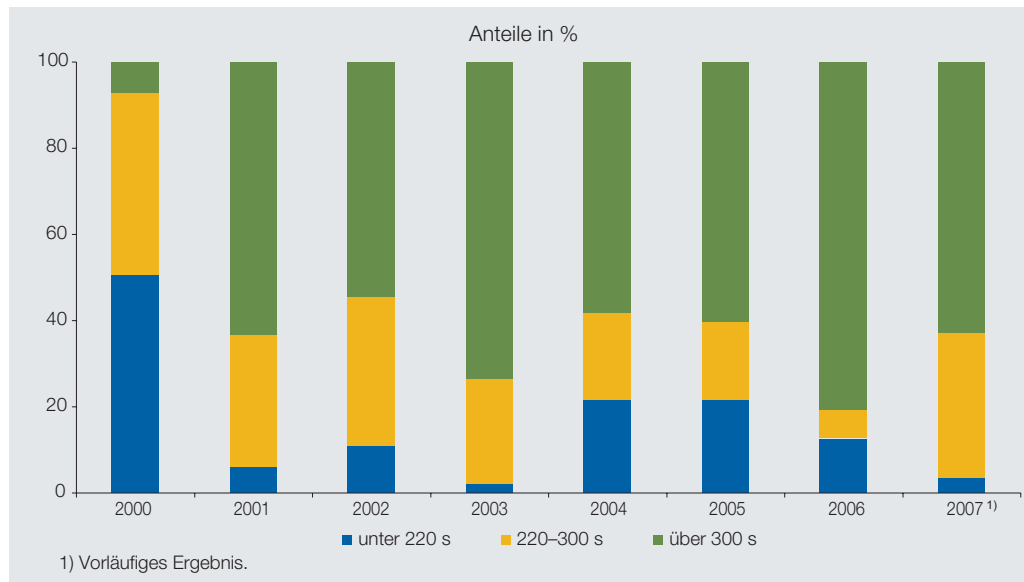
Für die BEE werden landesweit 500 Getreide- und Rapsfelder repräsentativ ausgewählt. Der Landwirt verwiegt direkt nach dem Drusch des Probefeldes das Erntegut und nimmt eine Probe. Die Proben werden von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer (LUFA) und der Bundesanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL) untersucht. Parameter sind u. a. Wassergehalt, Auswuchs, Fallzahl und Proteingehalt. Die Ernteerträge bilden die Grundlage zur Schätzung der Erntemengen. In Rheinland-Pfalz sind die Getreidearten Winterweizen, Roggen, Triticale, Winter- und Sommergerste sowie die Ölfrucht Winterraps erfasst. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird die Erntemenge auf einen Wassergehalt von 14% bezogen.

In die BEE werden ferner die mittelfrühen und späten Kartoffeln einbezogen. Dazu werden auf 80 Kartoffelfeldern Proberodungen durchgeführt.

Getreidesorte. Das Sortenspektrum beim Winterweizen bestimmten wie im Vorjahr die drei Sorten Cubus (30%), Tommi (17%) und Dekan (17%).

S 5

Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2007 nach Fallzahlklassen



Sommergerstenanbau stabilisiert

Sommergerstenanbau hat sich stabilisiert

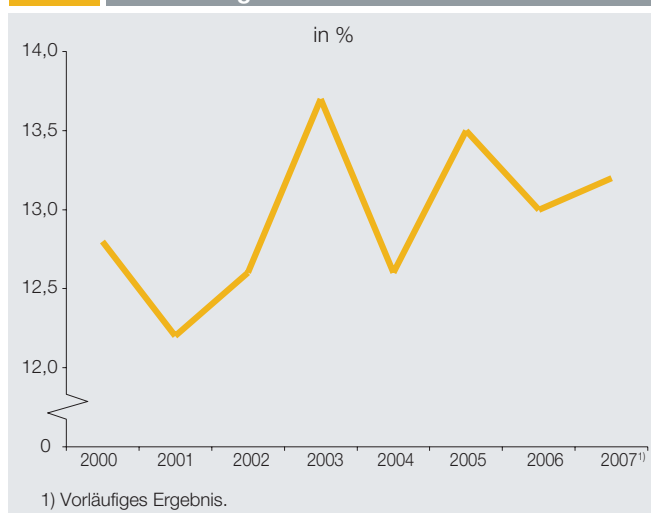
Größere Bedeutung in den Anbauplänen der rheinland-pfälzischen Landwirte hat noch die Sommergerste, die vielfach als Braugerste an die Malzindustrie vermarktet wird. Sie kann nur über diesen Absatzweg wirtschaftlich mit dem Winterweizen mithalten. Nach dem Einbruch der Anbaufläche

im Vorjahr legte die Sommergerste wieder leicht auf 56 200 ha zu (+3,6%). Der aktuelle Hektarertrag lag mit nur 41 dt rund 10 dt unter dem Vorjahreswert. Der deutliche Ertragsrückgang von über 20% ist darauf zurückzuführen, dass die Sommergerste erst im Frühjahr ausgesät wird und daher besonders unter der Apriltrokenheit litt. Die Bestände liefen vielfach ungleichmäßig auf und konnten im weiteren Vegetationsverlauf den Rückstand nicht mehr aufholen.

Sommergerste: ein Fünftel weniger Ertrag

S 6

Proteingehalt der Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2007



Die Mälzereien stellen an die Qualität des Rohstoffs Braugerste bestimmte Anforderungen. So sollte der Eiweißgehalt nicht wesentlich über 11% und der Vollkornanteil um 90% liegen. Verlangt werden zudem sortenreine Partien. Die untersuchten BEE-Proben wiesen im Durchschnitt einen Eiweißgehalt von 12,5% und einen Vollkornanteil von 87% auf. Damit erfüllte nur ein Teil der Sommergerste ohne größere Aufbereitungsschritte die Qualitätsansprüche. Die übrige – soweit als Braugerste vermarktete – Sommergerste muss erst entsprechend aufbereitet werden.

Braemer neue
Leitsorte im
Braugersten-
anbau

War vor einigen Jahren Scarlett die Standardsorte im Braugerstenanbau, so hat jetzt Braemer die Funktion der Leitsorte übernommen. Im Jahr 2007 entfielen 63% der Proben auf diese Sorte. Das bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr um 18 Prozentpunkte. Eine gewisse Bedeutung hat außerdem noch Auriga (17%).

Im bundesweiten Vergleich kommt dem Sommergerstenanbau in Rheinland-Pfalz eine relativ hohe Bedeutung zu. Während 2007 im Land rund 24% der Getreidefläche auf Sommergerste entfielen, waren es deutschlandweit nur 8%. In keinem anderen Bundesland gibt es einen höheren Anteil. Über ein größeres Anbauareal verfügten nur Baden-Württemberg und Bayern, wo 18 bzw. 13% der Getreidefläche mit Sommergerste bestellt waren. Im Durchschnitt erzielten die Landwirte in Deutschland einen Ertrag von knapp 43 dt/ha und droschen rund 2,1 Mill. t Sommergerste.

Wintergerste, Triticale und Roggen mit steigenden Anbauflächen

Wintergerste
mit Flächen-
zunahme

Neben der Sommergerste kommt der Wintergerste in den letzten Jahren wieder eine steigende Bedeutung zu. So wuchs die Anbaufläche im Jahr 2007 um 7,8% auf 38 400 ha. Die Wintergerste brachte mit 52 dt/ha jedoch fast ein Fünftel weniger Ertrag als im Vorjahr. Die Erntemenge lag mit 197 700 t rund 14% unter dem Wert von 2006 und 3,9% unter dem sechsjährigen Durchschnitt.

Triticale und
Roggen mit
Ertragseinbußen

Der Anbau von Triticale (15 000 ha) und Roggen (10 600 ha) wurde ebenfalls ausgeweitet. Die Flächenzunahme ist u. a. auf die Verwendung der Pflanzen in Biogasanlagen zurückzuführen. Dazu wird die ganze Pflanze im Stadium der Teigreife geerntet. Da ein gesonderter Nachweis dieser Nut-

zung nicht möglich ist, gehen die Flächen mit in die Berechnung der Körnerernte ein. Wie bei den anderen Getreidearten auch, konnten die Erträge des Vorjahres nicht erreicht werden. Roggen erbrachte mit 50 dt/ha eine um 10% geringere Flächenleistung. Bei Triticale ging der Ertrag um 11% zurück; durchschnittlich wurden 53 dt/ha erzielt. Hafer (6 800 ha) ist in Rheinland-Pfalz heute von eher geringer Bedeutung. Der Ertrag (36 dt/ha) lag mit -17% ebenfalls deutlich unter dem Wert von 2006.

Winterraps weiter im Aufwind

Mittlerweile wird auf 10% des Ackerlandes Winterraps angebaut; damit nähert sich diese Fruchtart dem bundesweiten Anteil von 13% an. Die Anbaufläche nahm um 9,1% auf 40 800 ha zu. Ursache für den steigenden Anbau ist die Nachfrage nach Raps beispielsweise zur Erzeugung von Biodiesel. In den Flächenangaben ist auch der Anbau von Winterraps auf stillgelegten Flächen enthalten. In der Vergangenheit wurden in der EU große Überschüsse an Getreide produziert, die nicht vermarktet werden konnten. Deshalb wurde das System der Preisstützung auf eine flächenbezogene Förderung umgestellt. Wenn ein Landwirt die Förderung in Anspruch nimmt, muss er einen Teil seiner Flächen aus der Bewirtschaftung nehmen (stilllegen). Er kann aber auf den stillgelegten Flächen beispielsweise Raps anbauen, um ihn als Rohstoff für die Herstellung von Biodiesel zu vermarkten.

Winterraps
ersetzt fossile
Rohstoffe

Wie das Getreide weist auch der Winterraps einen Ertragsrückgang auf. Er brachte noch 35 dt/ha (-10%). Wegen der Zunahme der Anbaufläche erreichte die Erntemenge mit 142 000 t dennoch fast das Vorjahresergebnis von 144 900 t. Der Ölgehalt der untersuchten Proben betrug im Durchschnitt 44% und übertraf damit den Vorjahreswert um

Erntemenge
auf Vorjahres-
niveau

einen Prozentpunkt. Die wichtigsten Raps-sorten waren Oase mit einem Anteil von 18% sowie NK-Flair (16%) und Express (11%).

Kartoffelernte auf Vorjahresniveau

Knapp ein
Viertel der
deutschen
Frühkartoffeln
aus Rheinland-
Pfalz

Wie im Vorjahr wurden auf 8 400 ha Kartoffeln angebaut, wobei der Frühkartoffelanbau (3 400 ha) mit –3% leicht rückläufig war. Der Anteil der Frühkartoffeln an der gesamten Kartoffelfläche des Landes lag bei 40%; dieser Wert wurde in keinem anderen Bundesland auch nur annähernd erreicht. Zurückzuführen ist dies auf die günstigen klimatischen Verhältnisse in der Vorderpfalz, die ein frühes Pflanzen der Kartoffeln ermöglichen. Hierdurch können die Frühkartoffeln zeitig gerodet und vor anderen Anbauregionen zu attraktiven Preisen auf den Markt gebracht werden. Frühkartoffeln, die teilweise als regionale Spezialität unter dem Namen „Pfälzer Grumbeere“ vermarktet werden, brachten im Jahr 2007 mit 345 dt/ha einen Ertrag, der um fast 13% über dem langjährigen Durchschnittswert (307 dt/ha) lag. Gegenüber dem Vorjahr wurde noch ein Plus von 5,5% erreicht. Die deutsche Ernte von 507 500 t stammte zu fast einem Viertel aus Rheinland-Pfalz (117 600 t).

Der Anbau von mittelfrühen und späten Kartoffeln erfolgte auf 5 000 ha. Der Ertrag lag mit 380 dt/ha über dem Niveau des Vorjahres. Der sechsjährige Durchschnitt wurde um 15% übertroffen. Bundesweit wurden 426 dt/ha geerntet. Die gesamte Ernte der mittelfrühen und späten Kartoffeln betrug in Rheinland-Pfalz 193 000 t, das waren 1,7% der in Deutschland erzeugten Menge.

5) Bei Redaktionsschluss lagen noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

Silomaisfläche erneut ausgeweitet

Die seit Jahren zu beobachtende Zunahme des Silomaisanbaus setzte sich auch im Jahr 2007 fort. Die Fläche stieg im Vergleich zum Vorjahr um 7,8% auf 22 200 ha. Die Ausweitung ist auf die wachsende Zahl von Biogasanlagen zurückzuführen, da Silomais unter den heimischen klimatischen Bedingungen zurzeit die höchste Gasausbeute je Hektar liefert. Aber auch andere Feldfutterpflanzen, wie Klee und Klee-gras, profitieren mit steigenden Anbauflächen von dem Boom.

Silomaisfläche
erneut ausge-
weitert

Die Aussaat von Silomais erfolgt üblicherweise Ende April bis Anfang Mai. Da es die Witterungsbedingungen im April zuließen, wurde er dieses Jahr früher gelegt. Wegen der Trockenheit lief ein Teil der Flächen aber erst nach den Niederschlägen Anfang Mai auf. Ertragsschätzungen für Silomais lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, dass eine gute bis sehr gute Ernte eingebracht wird.

Die übrigen Feldfutterpflanzen und das Grünland lieferten trockenheitsbedingt zunächst nur unterdurchschnittliche Erträge. Im weiteren Verlauf konnten aber gute Erträge erreicht werden, sodass insgesamt eine leicht überdurchschnittliche Erntemenge⁵⁾ erwartet wird.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agrar-in-genieur, leitet das Referat Land-wirtschaft, Umwelt.

Energiebedingter CO₂-Ausstoß 2004



Von Gerd Kramer

Aus den Jahresenergiebilanzen lässt sich das Aufkommen an Kohlendioxid (CO₂) ermitteln, welches bei der Verbrennung fossiler Rohstoffe frei wird. Der Umfang der frei werdenden Emissionen ist eng gekoppelt an den Energieverbrauch, d. h. an die Art des Energieträgers und die Höhe des Brennstoffeinsatzes an gebundenem Kohlenstoff. Schon aufgrund der unbestrittenen Bedeutung, die das Kohlendioxidmolekül im Gesamtgefüge der Treibhausgase für den natürlichen Strahlungs- bzw. Wärmehaushalt der Erde hat, sind Kenntnisse von den emittierten Mengen nötig. Daten zum energiebedingten Ausstoß an Kohlendioxid werden noch wichtiger, sollten sich die derzeit diskutierten Hypothesen zum anthropogen verursachten Klimawandel bestätigen.

Bundesweit vergleichbare CO₂-Bilanzen

Die Energiebilanz 2004 liefert die aktuellen Zahlen zum Energieverbrauch in Rheinland-Pfalz. Die in diesem Jahr erstmals vom Statistischen Landesamt bilanzierten Daten stehen seit August der Öffentlichkeit zur Verfügung. Der 7. Energiebericht des Landes¹⁾ greift in wesentlichen Aussagen zum Stand und zur Entwicklung des Energieverbrauchs im Land auf die Bilanzdaten zurück. Auch die mit dem Verbrauch (Verbrennung) der fossilen Energieträger frei gewordenen Mengen an CO₂ wurden im Rahmen der Energieflussrechnungen der Energiebilanz ermittelt. Nach der bundesweit festgelegten Methodik des Länderarbeitskreises Energiebilanzen²⁾ (LAK) berechnen die statistischen

Landesämter (mit Ausnahme von Niedersachsen) den jährlichen energiebedingten Ausstoß an CO₂.

Emissionen 2004 auf dem niedrigsten Stand seit 1990

Im Jahr 2004 gelangten 26,4 Mill. t CO₂ aus rheinland-pfälzischen Quellen in die Atmosphäre. Dieser Eckwert stammt aus der CO₂-Quellenbilanz, die sich aus dem Primärenergieverbrauch ergibt (siehe Textkasten „Info“).

26,4 Mill. t CO₂

Zeitreihen liegen ab 1990³⁾ vor. Im Jahr 2004 wurde der tiefste Stand im 15-jährigen Zeitraum erreicht; gegenüber 1990 (27,4 Mill. t) wurden 3,5% weniger CO₂ emittiert. Im Vergleich zur Situation Mitte der 1990er-Jahre – als das Emissionsniveau noch bei mehr als 31 Mill. t CO₂ jährlich lag – sind die Mengen demnach deutlich zurückgegangen.

Wichtigste energetische Ressource, aber auch größte Emissionsquelle im Land sind nach wie vor die Rohstoffe auf Erdölbasis.

1) Siehe Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz: http://www.mufv.rlp.de/fileadmin/img/inhalte/klima/Endfassung_7_Energiebericht.pdf.

2) Siehe im Internet: <http://www.lak-energiebilanzen.de>.

3) Auch international ist 1990 ein wichtiges Bezugsjahr. Deutschland verpflichtete sich 1997 im Rahmen des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung der CO₂-Emissionen im Zeitraum von 1990 bis 2005 um 25%.

Energiebedingte CO₂-Emissionen

Den Berechnungen liegen die Energiebilanzen als umfassende und vollständige Darstellung des Energieverbrauchs zugrunde. Daneben werden spezifische, auf den Heizwert eines Energieträgers bezogene, CO₂-Faktoren verwendet. Diese werden, differenziert nach Energieträgern und Einsatzbereichen, vom Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt. In die Berechnungen gehen ausschließlich die Emissionen der fossilen Energieträger Kohle, Gas und Mineralöl sowie von deren kohlenstoffhaltigen Produkten ein. Die Kernenergie sowie erneuerbare Energieträger werden dagegen nicht einbezogen. Auch der nichtenergetische Verbrauch von Energieträgern bleibt unberücksichtigt.

Über die Hälfte des CO₂ aus der Verbrennung von Erdölprodukten

Über 56% der Gesamtemissionen an CO₂ gehen auf sie zurück. Maßgeblich bewirkten der Sektor Verkehr (9,8 Mill. t CO₂) über die getankten Kraftstoffe und die Haushalte bzw. die übrigen Verbraucher (4,6 Mill. t CO₂) über die Heizölbezüge diesen hohen Anteil. Unter dem Strich wurden 2004 (14,9 Mill. t) deutlich geringere CO₂-Mengen

aus Mineralölen frei als zehn Jahre zuvor (17,5 Mill. t). Gegenüber 1990 (15,7 Mill. t) kann dagegen kaum von einer wesentlichen Minderung gesprochen werden.

Die Emissionen aus Erdgas (10,7 Mill. t CO₂) machten 2004 knapp 41% des Gesamtausstoßes aus. Der Vergleich zu 1990 zeigt, dass Kohle massiv durch Erdgas ersetzt wurde. Werden die beiden Energieträger zusammen betrachtet, so ist auch hier keine nennenswerte Reduzierung der Emissionen festzustellen. Die Kohle hat nur noch eine geringe Bedeutung, und zwar sowohl im Umwandlungsbereich, d. h. zur Erzeugung von elektrischem Strom und Wärme, als auch im Endverbrauchsbereich, d. h. in Industrieheizungsanlagen und in den Haushalten. Auf 1 t CO₂ aus Kohle kamen zuletzt rund 17 t aus Erdgas.

Weniger Kohle – mehr Erdgas

Nur rund 15% der Emissionen (3,9 Mill. t CO₂) in der Quellenbilanz stammen aus dem Umwandlungsbereich. Der Brennstoffeinsatz für die heimische Stromerzeugung (2,9 Mill. t CO₂) macht dabei den größten Teil

Heimischer Strom vor allem aus Erdgas

T 1

CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾ 2004 nach Energieträgern und Emittentensektoren

Emittentensektor	Insgesamt	Kohle	Mineralöl, Mineralölprodukte	Erdgas	Sonstige Energieträger
	1 000 t				
Umwandlungsbereich	3 931	202	48	3 625	56
Wärme- und Kälteanlagen (ohne KWK ²⁾)	1 267	-	0	1 216	50
Heizkraftwerke der allgemeinen Versorgung (nur KWK ²⁾)	1 787	97	0	1 685	6
Industriekraftwerke	501	8	26	466	-
Heizwerke	350	97	7	246	-
sonstige Energieerzeuger ³⁾	27	-	14	12	-
Endenergieverbrauchsbereich	22 501	442	14 857	7 121	81
Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	3 878	367	479	2 951	81
Verkehr	9 805	-	9 802	4	-
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher	8 818	75	4 577	4 166	-
Insgesamt	26 432	644	14 905	10 746	137

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. – 2) Kraft-Wärme-Kopplung. – 3) Einschließlich Verbrauch in der Energiegewinnung und in den Umwandlungsbereichen sowie Fackelverluste.

aus; etwa 1,0 Mill. t CO₂ gehen auf Energieträger zurück, die für die Wärmeerzeugung eingesetzt werden. Der Anteil der Erdgasemissionen liegt mittlerweile bei 92%, im Jahr 1990 waren es erst 33%.

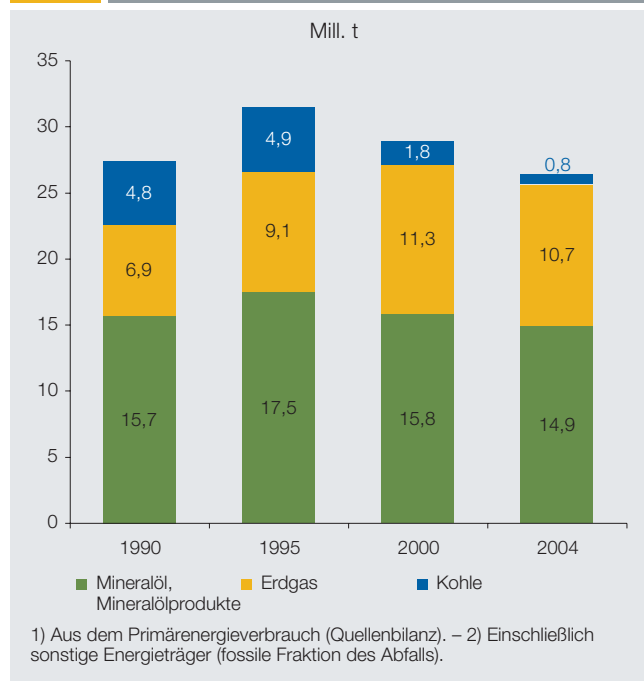
Unterdurchschnittlicher CO₂-Ausstoß aus heimischer Stromerzeugung

11% der Emissionen aus heimischer Stromerzeugung

Rheinland-Pfalz gehört zu den Bundesländern mit einem geringen Anteil des Umwandlungsbereichs. Bezogen auf den Anteil der Emissionen aus der Stromerzeugung in der Quellenbilanz rangiert Rheinland-Pfalz mit knapp 11% im unteren Drittel der Rangfolge. Niedrige Anteile sind typisch für Länder mit geringer eigener Stromerzeugung (bzw. hohen Importquoten an Strom) oder für solche, die ihren Strom CO₂-neutral (z. B. aus Kernenergie oder aus erneuerbaren

S 1

CO₂-Emissionen¹⁾ 1990–2004 nach Energieträgern



T 2

CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2004 nach Ländern

Land	CO ₂ -Emissionen aus dem					
	Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) ¹⁾	Umwandlungsbereich			Endenergieverbrauchsbereich	
		zusammen	darunter		zusammen	Anteil am Primärenergieverbrauch
			Stromerzeugung	Anteil am Primärenergieverbrauch		
		1 000 t		%	1 000 t	%
Baden-Württemberg	74 863	22 670	16 893	22,6	52 193	69,7
Bayern ²⁾	83 783	14 699	8 445	10,1	69 084	82,5
Berlin	20 382	8 020	7 037	34,5	12 361	60,7
Brandenburg	58 659	44 531	39 878	68,0	14 128	24,1
Bremen ²⁾	14 608	6 661	6 185	42,3	7 947	54,4
Hamburg	11 590	3 012	1 103	9,5	8 577	74,0
Hessen ³⁾	54 897	9 086	6 801	12,4	45 810	83,4
Mecklenburg-Vorpommern	10 961	4 209	3 357	30,6	6 752	61,6
Niedersachsen	70 019	23 617	18 139	25,9	46 402	66,3
Nordrhein-Westfalen	291 555	180 403	167 259	57,4	111 152	38,1
Rheinland-Pfalz	26 432	3 931	2 878	10,9	22 501	85,1
Saarland ³⁾	22 964	11 291	10 092	43,9	11 673	50,8
Sachsen	48 692	32 549	27 785	57,1	16 143	33,2
Sachsen-Anhalt	27 145	14 239	.	.	12 906	47,5
Schleswig-Holstein	20 592	6 172	3 365	16,3	14 420	70,0
Thüringen	11 812	1 760	979	8,3	10 053	85,1
Insgesamt	848 953	386 849	.	.	462 102	54,4

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. – 2) Werte für 2003. – 3) Werte für 2002. Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2007

Info

CO₂ aus der Quellenbilanz

Bei der Quellenbilanz handelt es sich um eine auf den Primärenergieverbrauch eines Landes bezogene Darstellung der Emissionen, unterteilt nach den Emissionsquellen Umwandlungsbereich und Endenergieverbrauch. Unberücksichtigt bleiben dabei die mit dem Importstrom zusammenhängenden Emissionen. Dagegen werden die Emissionen, die auf die Erzeugung des exportierten Stroms zurückzuführen sind, in vollem Umfang nachgewiesen.

Die Quellenbilanz ermöglicht Aussagen über die Gesamtmenge des im Land emittierten Kohlendioxids; wegen des Stromaußenhandels sind jedoch keine direkten Rückschlüsse auf das Verbrauchsverhalten der Endenergieverbraucher und den dadurch verursachten Beitrag zu den CO₂-Emissionen eines Landes möglich.

CO₂ aus der Verursacherbilanz

Bei der Verursacherbilanz handelt es sich um eine auf den Endenergieverbrauch eines Landes bezogene Darstellung der Emissionen. Im Unterschied zur Quellenbilanz werden hierbei die Emissionen des Umwandlungsbereichs nicht als solche ausgewiesen, sondern nach dem Verursacherprinzip den sie verursachenden Endverbrauchersektoren zugeordnet. Beim Energieträger Strom erfolgt die Anrechnung der dem Endverbrauch zuzurechnenden Emissionsmenge auf der Grundlage des Brennstoffverbrauchs aller Stromerzeugungsanlagen in Deutschland. Der hierzu benötigte Faktor (Generalfaktor) ergibt sich als Quotient aus der Summe der CO₂-Emissionen aller deutschen Stromerzeugungsanlagen, soweit sie für den inländischen Verbrauch produzieren, und der Summe des inländischen Stromendverbrauchs.

Aufgrund der teilweise modellhaften Berechnungsmethode ist ein direkter Zusammenhang mit den tatsächlich in einem Land angefallenen Emissionen, die in der Quellenbilanz dargestellt werden, nicht gegeben.

Energieträgern) erzeugen. Umgekehrt belegen hohe Anteile im Umwandlungs- bzw. Stromerzeugungsbereich die Tendenz zu Stromexporten und/oder CO₂-intensiver Stromerzeugung (z. B. aus Braunkohle). Die 2,9 Mill. t CO₂ in Rheinland-Pfalz entsprechen nur knapp 1% des gesamtdeutschen CO₂-Ausstoßes aus der Stromerzeugung. Da aber im Jahr 2004 etwa 4,8% des deutschen Stromverbrauchs auf Rheinland-Pfalz entfielen, sind auch die damit verbundenen Emissionen zu berücksichtigen. Dies zahlenmäßig nachzuweisen ist u. a. Ziel der CO₂-Verursacherbilanz.

Hoher Emissionsanteil aus dem Endenergieverbrauch von elektrischem Strom

Die Verursacherbilanz (siehe Textkasten „Info“) verändert und erweitert die quellenbezogene Sichtweise um zwei wichtige Aspekte. Zum einen wird ein Wechsel von der Ebene des Primärenergieverbrauchs zum Endenergieverbrauch vollzogen. Zum anderen wird mit der Bewertung der Emissionen aus dem externen Bezug der sekundären Energieträger Strom und Fernwärme einem in Umweltbilanzen ganz entscheidenden Grundsatz – dem Verursacherprinzip – ansatzweise Rechnung getragen. So ist bei dem Strom für rheinland-pfälzische Verbraucher, der laut Energiebilanz zu knapp zwei Dritteln (der Fernwärmeanteil liegt bei null) aus Stromimporten stammt, mit zusätzlichen Emissionen aus der Stromerzeugung in Kraftwerken außerhalb des Landes zu rechnen.

Mit 15 Mill. t wird das CO₂-Konto des Landes in der Verursacherbilanz zusätzlich belastet, sodass insgesamt 41,5 Mill. t CO₂ zu Buche

Strom stammt laut Energiebilanz zu zwei Dritteln aus Importen

Importstrom treibt die CO₂-Bilanz in die Höhe

T 3

CO₂-Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz)¹⁾ 2004 nach Energieträgern und Emittentensektoren

Emittentensektor	Insgesamt	Kohle	Mineralöl, Mineralölprodukte					Erdgas	Elektrischer Strom	Sonstige Energieträger ³⁾
			zusammen	Ottokraftstoffe	Dieselmotorstoffe	Heizöl leicht	Sonstige ²⁾			
	1 000 t									
Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	13 519	367	480	-	1	294	185	2 953	9 618	101
Verkehr insgesamt	10 133	-	9 802	4 997	4 388	-	417	4	328	-
Schienenverkehr	394	-	65	-	65	-	-	-	328	-
Straßenverkehr	9 270	-	9 266	4 993	4 270	-	3	4	-	-
Luftverkehr	417	-	417	4	-	-	414	-	-	-
Küsten- und Binnenschifffahrt	52	-	52	-	52	-	-	-	-	-
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher	17 808	75	4 577	35	264	4 130	149	4 166	7 984	1 006
Insgesamt	41 460	442	14 858	5 032	4 653	4 424	750	7 122	17 929	1 107

1) Bewertung des Stromverbrauchs mit einem einheitlichen nationalen Faktor auf Basis der Emissionen. – 2) Fluggastkraftstoff, Flüssiggas, schweres Heizöl, Petrolkoks, andere Mineralölprodukte. – 3) Fernwärme, fossile Fraktion des Abfalls.

stehen.⁴⁾ Die fast 18 Mill. t CO₂ aus dem Stromverbrauch heben den Stromanteil in der Verursacherbilanz auf 43% an. Entsprechend geringer als in der Quellenbilanz fallen die Anteile der Mineralöle (36%) und des Erdgases (17%) aus.

Haushalte und Kleinverbraucher emittieren am meisten

Unter den Emittentensektoren sind die Haushalte und Kleinverbraucher die Gruppe, die das meiste CO₂ ausstößt. Zu den direkten Emissionen aus der Beheizung und Warmwasserbereitung über die Energieträger Heizöl und Erdgas (4,1 bzw. 4,2 Mill. t CO₂) kommen die indirekten, strombedingten CO₂-Mengen von fast 8 Mill. t hinzu. Insgesamt ergibt sich eine Summe von 17,8 Mill. t CO₂, das sind 43% des Gesamtausstoßes nach der Verursacherbilanz. Der industrielle Sektor ist mit 13,5 Mill. t für jede dritte Tonne CO₂

verantwortlich, wobei mit 9,6 Mill. t CO₂ der Verbrauch von Elektrizität in den Betrieben am emissionswirksamsten ist.

Der Sektor Verkehr (10,1 Mill. t CO₂) verursachte 2004 fast ein Viertel (24,4%) der Emissionen. Gegenüber 1990 (7,8 Mill. t CO₂) stieg sein Anteil um sechs Prozentpunkte, während der Anteil der Industrie im gleichen Ausmaß zurückging. Auf den Straßenverkehr entfielen aus dem Verbrauch von Benzin (5 Mill. t CO₂) bzw. Diesel (4,3 Mill. t CO₂) über 90% des gesamten Verkehrssektors. Demgegenüber erscheint der Ausstoß aus dem Fahrstrom- bzw. Dieselerverbrauch des Schienenverkehrs (0,4 Mill. t CO₂) und aus dem Kerosinverbrauch (Flugturbinenkraftstoff) der Flugzeuge⁵⁾ (0,4 Mill. t CO₂) fast vernachlässigbar.

Verkehrswachstum bleibt nicht folgenlos

In Rheinland Pfalz erzeugter Strom ist „sauberer“

Wegen der Bedeutung des Stromverbrauchs für den CO₂-Ausstoß in Rheinland-Pfalz und im Hinblick auf Minderungsstrategien ist eine nähere Betrachtung der Stromerzeu-

4) Aufgrund des hohen bundeseinheitlichen Emissionsfaktors (Generalfaktor), mit dem der rheinland-pfälzische Endenergieverbrauch an Strom in der Verursacherbilanz bewertet wird, ergeben sich rund 3,5 Mill. t CO₂ mehr, als wenn nur die Stromimporte allein mit diesem Faktor bewertet würden. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit von Länderergebnissen aus der Verursacherbilanz ist die Verwendung eines bundeseinheitlichen Faktors sinnvoll. Da dies aber teilweise als unzulässige Verzerrung angesehen wird, veröffentlichen nicht alle Bundesländer Verursacherbilanzen.

5) Hinsichtlich der Klimawirksamkeit des in großen Höhen ausgestoßenen Kohlendioxids wird der Flugverkehr nicht gesondert bewertet.

Energieträger zur Stromerzeugung bestimmt CO_2 -Emission

gung sinnvoll. Neben der Verringerung des Stromverbrauchs durch Effizienzsteigerungen im Nutzenergiebereich der Endverbraucher sind erzeugerseitige Veränderungen der zweite Ansatzpunkt zur Minderung der CO_2 -Emissionen. Hier beeinflussen die Art des Energieträgers zur Stromerzeugung und der Wirkungsgrad der Kraftwerke, in denen fossile Energieträger verstromt werden, den Umfang der CO_2 -Emissionen. Diese beiden Komponenten bestimmen die Höhe des für die Verursacherbilanz verwendeten spezifischen Emissionsfaktors (Generalfaktor, siehe Textkasten „Info“). Durch Multiplikation des spezifischen Emissionsfaktors mit der in der Energiebilanz ausgewiesenen Menge ergibt sich der CO_2 -Ausstoß des Stromendverbrauchs.

Emissionsfaktor geeigneter Indikator für klimaverträglich produzierten Strom

Je niedriger der spezifische Emissionsfaktor (in g je kWh oder kg je GJ⁶⁾) ist, desto geringer sind die CO_2 -Emissionen aus der Stromerzeugung. Insofern ist der Emissionsfaktor an sich bereits als geeigneter Indikator für die Klimaverträglichkeit der Stromerzeugung anzusehen. Nach der Methodik

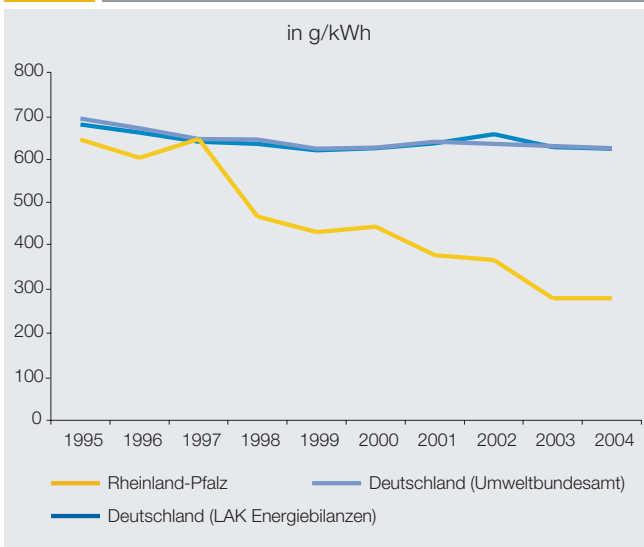
des Umweltbundesamtes (UBA)⁷⁾ wird der Emissionsfaktor für den deutschen Strommix berechnet. Für die Länderberechnungen des verursacherbilanzbezogenen CO_2 -Ausstoßes wird der entsprechende Faktor vom LAK Energiebilanzen vorgegeben. Die Ergebnisse aus den beiden Quellen weichen geringfügig voneinander ab, dies ist aber für den Vergleich der rheinland-pfälzischen Verhältnisse mit dem Bundesdurchschnitt vernachlässigbar.

In Anlehnung an die Methodik des UBA ergibt sich für Rheinland-Pfalz 2004 ein geringerer spezifischer CO_2 -Ausstoß als bundesweit. Mit 280 g CO_2 je in Rheinland-Pfalz erzeugter Kilowattstunde Strom werden die Referenzwerte des UBA (626 g je kWh) bzw. des LAK Energiebilanzen (625 g je kWh) deutlich unterschritten. Der zeitliche Verlauf in den letzten zehn Jahren zeigt, dass die Abweichung zwischen Deutschland und Rheinland-Pfalz immer größer geworden ist. Seit 1997, als der rheinland-pfälzische spezifische Emissionsfaktor noch dem bundesdeutschen Niveau entsprach (647 g je kWh), ging diese Kennzahl in Deutschland geringfügig (-3,2%), in Rheinland-Pfalz aber deutlich (-57%) zurück. Damit ist die rheinland-pfälzische Stromerzeugung hinsichtlich ihres CO_2 -Ausstoßes wesentlich effizienter geworden. Wurden 1997 aus der Nettostromerzeugung⁸⁾ von 6,7 Mrd. kWh noch 4,5 Mill. t CO_2 freigesetzt, waren es 2004 dank des Umstiegs von emissi-

Je rheinland-pfälzische Kilowattstunde nur halb so viel CO_2 wie bundesweit

S 2

Spezifische CO_2 -Emissionen aus der Stromerzeugung 1995–2004

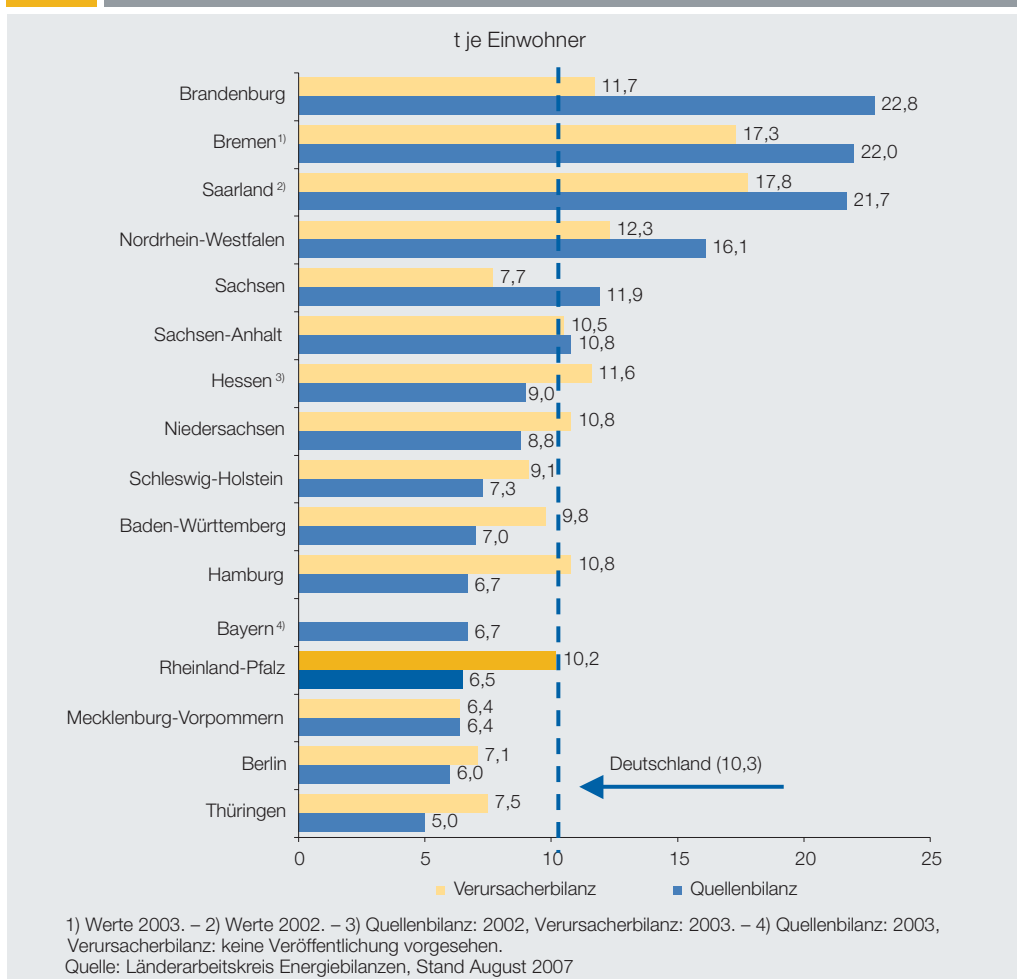


6) Eine Kilowattstunde (kWh) entspricht 3 600 Kilojoule bzw. 0,0036 Gigajoule (GJ).

7) Siehe dazu: Machat, Marcus und Werner, Kathrin: Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix. Umweltbundesamt 01/07.

8) Die Nettostromerzeugung errechnet sich aus der Bruttostromerzeugung abzüglich des Kraftwerkseigenverbrauchs, der Leitungsverluste und – nicht in Rheinland-Pfalz vorkommend – abzüglich des Pumpstromverbrauchs der Wasserkraftwerke.

S 3

CO₂-Emissionen 2004 nach Ländern

onsreichen fossilen Energieträgern (Kohle, Dieselmotortreibstoff) auf die emissionsärmere Variante Erdgas und wegen des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger (vor allem Windkraft) nur noch 2,9 Mill. t CO₂ aus 10,3 Mrd. kWh.

von nur noch 31,6 Mill. t CO₂. Gegenüber dem auf dem deutschen Strommix basierenden Wert in der Verursacherbilanz 2004 (41,5 Mill. t CO₂) wäre das ein Rückgang von knapp einem Viertel. Diese überschlägigen Rechnungen verdeutlichen den starken Einfluss der Art der Stromerzeugung und der dazu eingesetzten Energieträger auf den CO₂-Ausstoß.

Stromerzeugung
mit großem Min-
derungspotenzial
für CO₂

Würde der gesamte Stromverbrauch des Landes 2004 mit dem klimafreundlichen spezifischen Emissionsfaktor bzw. Strommix des Landes bewertet, so könnten theoretisch knapp 9,9 Mill. t CO₂ eingespart werden. Rechnerisch ergäbe sich damit ein Gesamtausstoß nach der Verursacherbilanz

Hoher Zuschlag an CO₂ aus der Verursacherbilanz

Werden die jeweiligen Gesamtemissionen aus Quellen-⁹⁾ bzw. Verursacherbilanz auf die Einwohnerzahl bezogen, so sind

9) Der quellenbilanzbezogene Pro-Kopf-Ausstoß ist Indikator Nr. 1 im Bundesländer-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung (BLAK-NE).

Vergleiche zwischen den Bundesländern möglich. Hierbei ist anzumerken, dass die Bezugswerte stark von den strukturellen Gegebenheiten der Energieerzeugung beeinflusst werden und Rückschlüsse auf verbraucherhaltensbedingte Emissionen der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern nicht direkt möglich sind. Eine überdurchschnittliche Stromerzeugung aus emissionsreichen Energieträgern (z. B. Braunkohleverstromung) oder ein hoher Anteil an energieintensiven Betrieben der Grundstoffindustrie treiben den Pro-Kopf-Ausstoß eines Landes in der Quellenbilanz nach oben, wie auch emissionsarme Energieträger in der Stromerzeugung oder vergleichsweise wenig Energie verbrauchende Unternehmen der Hochtechnologie ihn nach unten ziehen. Insgesamt wird aber deutlich (siehe Schaubild 3), dass das verursacherbilanzbezogene Rechenmodell – indem es die Strombezüge und -lieferungen über die

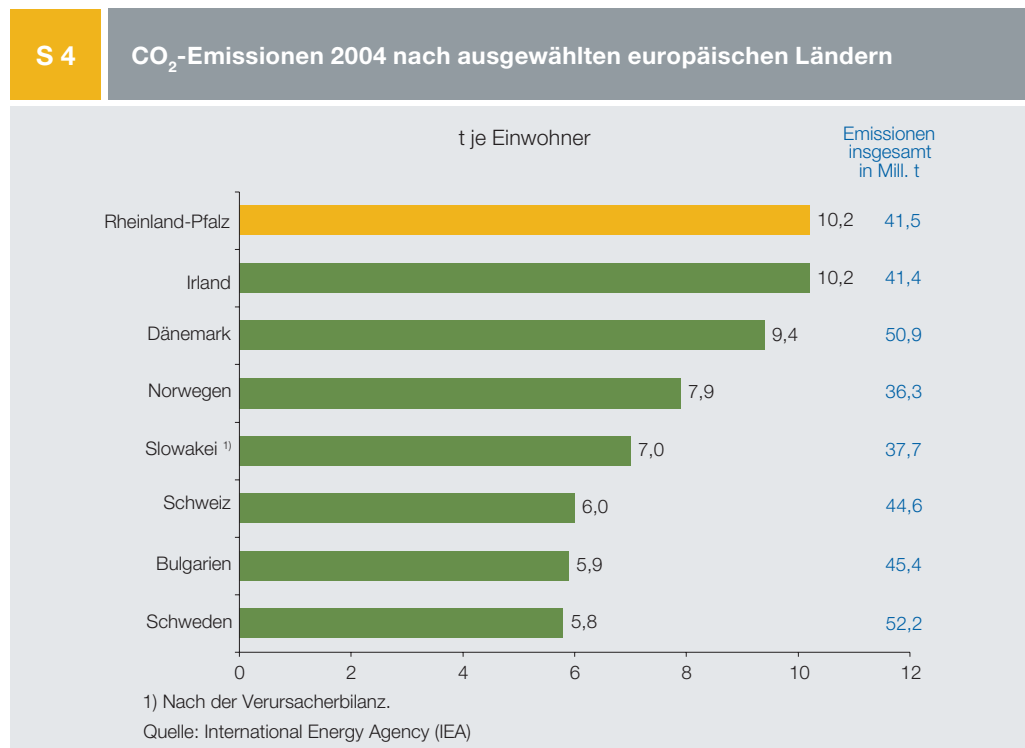
Ländergrenzen hinweg berücksichtigt – den Pro-Kopf-Ausstoß nivelliert.

Rheinland-Pfalz gehörte 2004 mit 6,5 t CO₂ je Einwohner (Quellenbilanz) bzw. 10,2 t je Einwohner (Verursacherbilanz) zu den Ländern mit vergleichsweise geringen Pro-Kopf-Emissionen an CO₂. Der Bundesdurchschnitt von 10,3 t CO₂ je Einwohner wird, auch bei Bezug auf die für Rheinland-Pfalz eher nachteilige Berechnung der Emissionen in der Verursacherbilanz, nicht überschritten. Wird der im vorigen Abschnitt angenommene „Rheinland-Pfalz-Strommix“ zugrunde gelegt, so ergäbe sich ein Pro-Kopf-Ausstoß von 7,8 t CO₂ für das Jahr 2004.

10 t CO₂ pro Kopf auch in Rheinland-Pfalz

„Irische Verhältnisse“ beim CO₂ in Rheinland-Pfalz

Wie die Klimadebatte vor Augen führt, ist es der Problematik durchaus angemessen,



die lokalen Verbrauchsgewohnheiten auch in den globalen Zusammenhang zu stellen. Zur Klärung der Frage, welches Gewicht Rheinland-Pfalz bei den CO₂-Emissionen dabei zukommt, sollen abschließend einige Zahlen beitragen.

Ausgehend vom rheinland-pfälzischen energiebedingten CO₂-Ausstoß nach der Verursacherbilanz 2004 sind in Schaubild 4 diejenigen europäischen Länder angeführt, die ein ähnliches absolutes Emissionsniveau aufweisen. Die Spanne reicht von Norwegen mit gut 36 Mill. t CO₂ bis Schweden mit rund 52 Mill. t CO₂. Das Land Rheinland-Pfalz nimmt im Vergleich zu den ausgewählten Staaten mit 41,5 Mill. t CO₂ einen Mittelplatz ein. Wird neben der emittierten CO₂-Menge auch der Pro-Kopf-Ausstoß betrachtet, so zeigt sich, dass die absoluten und relativen Zahlen von Irland und Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 nahezu übereinstimmen.

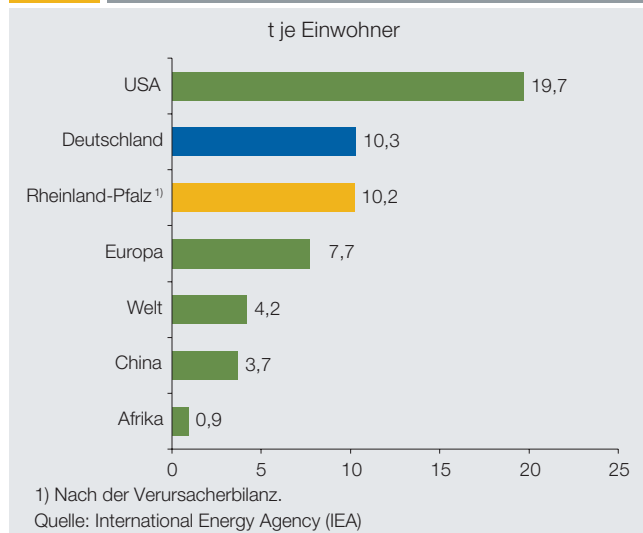
Rheinland-pfälzischen CO₂-Ausstoß im europäischen Maßstab sehen

Die aufgeführten europäischen Staaten – die alle das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben – weisen jeweils mehr Einwohner und eine größere Landesfläche als Rheinland-Pfalz auf. Vor diesem Hintergrund ist dem rheinland-pfälzischen Ausstoß von CO₂ und den daran ansetzenden Bemühungen um eine Reduzierung also durchaus ein gewisses Gewicht beizumessen.

Im globalen Maßstab emittiert ein deutscher bzw. rheinland-pfälzischer Endverbraucher

S 5

CO₂-Emissionen¹⁾ 2004 nach ausgewählten Weltregionen bzw. Ländern



an CO₂ derzeit das Zweieinhalbfache eines Durchschnittsbewohners dieser Erde und immerhin rund ein Drittel mehr als der Durchschnittseuropäer. Andererseits gibt es aber auch Länder, die pro Kopf ihrer Bevölkerung nahezu doppelt so viel an energiebedingten Emissionen freisetzen. Das sollte jedoch kein Hinderungsgrund sein in den rheinland-pfälzischen Bemühungen, den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren.

Gerd Kramer, Diplom-Umweltwissenschaftler, leitet das Sachgebiet „Auswertungen Landwirtschaft und Umwelt“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklimaindex im Oktober weiter leicht gesunken

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex sinkt zum sechsten Mal in Folge

Im Oktober sank der ifo Geschäftsklimaindex von 104,2 auf 103,9 Punkte. Er hat damit zum sechsten Mal in Folge nachgegeben. Üblicherweise werden bereits drei aufeinanderfolgende Rückgänge als Signal für eine bevorstehende konjunkturelle Abkühlung gewertet. Der Rückgang fiel jedoch geringer aus, als von Konjunkturexperten erwartet worden war. Das ifo Institut geht von einer Fortsetzung des Aufschwungs aus, allerdings mit nachlassender Dynamik.

Lagebeurteilung und Erwartungen etwas ungünstiger als im September

Im Vergleich zum September haben sich bei den befragten Unternehmen sowohl die aktuelle Lageeinschätzung als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate geringfügig verschlechtert. Der Lageindex fiel von 109,9 auf 109,6 Punkte, der Erwartungsindex verringerte sich von 98,7 auf 98,6 Punkte.

Nahezu unverändertes Klima im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich im Oktober das Geschäftsklima nach der deutlichen Eintrübung im September kaum verändert. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage fiel zwar erneut etwas ungünstiger aus, dafür haben die deutschen Industrieunternehmen etwas positivere Erwartungen für die kommenden sechs Monate.

Auch das Klima im Bauhauptgewerbe blieb im Vergleich zum Vormonat weitgehend stabil. Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Geschäftserwartungen haben sich kaum verändert.

Im Großhandel war die Stimmung im Vergleich zum Vormonat deutlich schlechter. Bei den befragten Großhändlern fielen die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und auch die Beurteilung der Geschäftsaussichten für die kommenden Monate ungünstiger aus als im Vormonat.

Wesentlich schlechtere Stimmung im Großhandel, deutliche Stimmungsbesserung im Einzelhandel

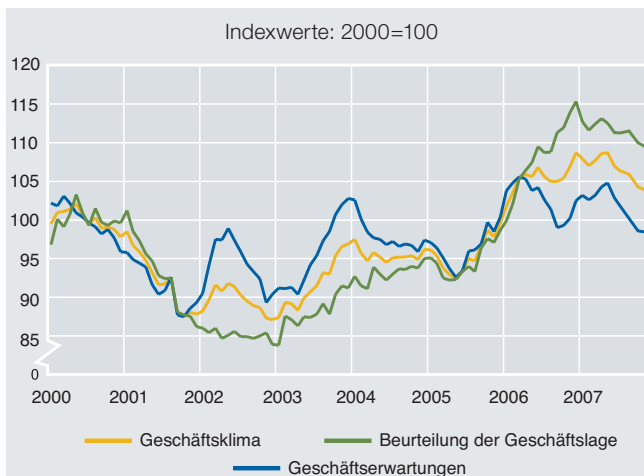
Im Gegensatz dazu verbesserte sich die Stimmung im Einzelhandel. Die Einzelhändler beurteilten im Oktober ihre aktuelle Geschäftslage günstiger und zeigten auch größere Zuversicht für die kommenden sechs Monate als noch im September.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen stärker als in den Vormonaten

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Stand:
November 2007

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Der Anstieg war niedriger als in jedem der vorangegangenen 16 Monate. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatte das Auftragsplus in der chemischen Industrie zwischen 6,2% im April und 9,9% im März gelegen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juli 2007 gegenüber dem Vorjahr um 11,7% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im Juli 2007 fiel die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +11,7% wieder stärker aus als in den drei Vormonaten und lag etwa so hoch wie zum Jahreswechsel 2006/2007.

Die aktuelle Entwicklung wurde von Zuwächsen auf den Märkten im In- und Ausland getragen. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es nur noch zu einem Anstieg von 6,9%. Nach dem Spitzenwert vom Mai (+16,1%) war die Zuwachsrate bereits im Juni auf 9,3% gesunken, nachdem zuvor zehnmal in Folge Zuwachsraten im zweistelligen Bereich zu beobachten waren. Die Zunahme der inländischen Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr ist seit August 2006 stärker als die der ausländischen Bestellungen. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Juli 3,4%, nach 2,4% im Vormonat.

Auslandsaufträge steigen stärker als Inlandsaufträge

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Juli 2007 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Wie schon im Mai und Juni ist die heimische Nachfrage allerdings schwächer gestiegen als die Auslandsnachfrage. Davor war in den Monaten von Februar bis April ein höheres Auftragsplus aus dem Inland zu beobachten. Im Juli wurde mit +6,2% zudem ein ähnlich geringer Anstieg der Inlandsaufträge registriert wie im Juni 2007 mit +6%; dies war in den beiden letzten Jahren der niedrigste Auftragszuwachs gewesen. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland war mit +17% dagegen wieder deutlich höher als in den vorangegangenen zwölf Monaten. Im Juni 2007 hatte die Zuwachsrate der Auslandsbestellungen bei 12,2% gelegen.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, erhöhten sich die Auftragseingänge im Juli 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat mit +30,5% wieder sehr kräftig. Damit war zum zehnten Mal in Folge eine zweistellige Zuwachsrate zu verzeichnen. Nach dem Spitzenwert vom Februar (+30,9%) hatte der Anstieg der Auftragseingänge zuletzt 10,6% im Mai bzw. 20,3% im Juni betragen.

Während im März und April noch das gute Inlandsgeschäft die Entwicklung geprägt hatte, übertrafen die ausländischen Bestellungen im Mai und im Juni den Anstieg der Binnennachfrage deutlich. Im Juli war nun die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion zum ersten Mal seit November 2006 mit -0,3% wieder rückläufig. Bereits im Mai und Juni 2007 war allerdings mit +2% bzw. +0,8% nur noch ein leichter Anstieg zu beobachten. Die Nachfrage aus dem Ausland erreichte im Juli dagegen mit +62,8% einen

Auftragseingänge aus dem Ausland im Fahrzeugbau sehr kräftig gestiegen – Inlandsnachfrage sogar rückläufig

Auftragseingänge in der chemischen Industrie nur noch 4,6% über Vorjahresniveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 33%) erhöhten sich im Juli 2007 die Auftragseingänge nur um 4,6% gegenüber dem Juli des Vorjahres und damit noch einmal geringfügig schwächer als zuletzt im Juni (+4,7%).

Rekordzuwachs, nachdem sie sich im Mai und Juni um 18,6 bzw. 38,8% erhöht hatte.

Nachfrageplus
in der Metaller-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Juli 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,8%. Dies ist in dieser Branche der stärkste Zuwachs seit einem Jahr. Bereits seit März hatte es wieder Auftragszuwächse gegeben, nachdem zuvor fünfmal hintereinander ein Rückgang zu verzeichnen war. Zuletzt hatte der Anstieg im Juni 2,7% betragen.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Juli zu einem Zuwachs um 4,3%, nach einem Plus von 4% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Juli im Vorjahresvergleich um 3,1%, nach einer leichten Verbesserung von 0,7% im Juni.

Auftragseingänge
aus dem Aus-
land steigen im
Maschinenbau
wieder deutlich

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Juli 2007 im Vorjahresvergleich um 14,4% und damit wieder fast so stark wie im Juni (+15,2%). Ähnlich kräftige Auftragssteigerungen hatte es zuletzt von Mai bis Oktober 2006 gegeben. Seit Beginn des Jahres 2007 hatte die Zuwachsrate nicht mehr im zweistelligen Bereich gelegen. Von März bis Mai waren lediglich Steigerungen zwischen 3,4 und 7% zu verzeichnen.

Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsaufträge trugen zu der positiven Entwicklung bei. Die heimische Nachfrage stieg im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,5%. Im Juni war es hier zu einem Auftragsplus von 12,9% gekommen, nachdem im Februar mit +23,8% die höchste Zuwachsrate der letzten Jahre zu verzeichnen war. Die Auftragszahlen aus dem Ausland zogen sogar noch kräftiger an. Der Anstieg der Bestellungen belief sich im Juli im Vorjahresvergleich auf 15,6%, nach 16,7% im Juni.

Hier hatte es noch im März und April zweimal hintereinander Rückgänge um jeweils 2% gegeben.

Sinkende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen weiter stark rückläufig

Auftragseingänge
im Bauhauptge-
werbe gehen um
1,4% zurück

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Juli 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,4% gesunken. Davor war es im Mai und Juni zu einem leichten Plus von 2,6% bzw. 0,8% gekommen – nach einer deutlichen Zunahme um 13,2% im April. Auch in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Im Vorjahresvergleich stark steigende Auftragseingänge im Dezember 2006 und Februar 2007 (+14 bzw. +9,9%) wurden von einem Nachfragerückgang im Januar (-1,2%) unterbrochen. Darauf folgte ein geringfügiger Anstieg um 0,7% im März.

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Obwohl es in den Berichtsmonaten Juli und August zu leichten Steigerungen gegenüber dem Vorjahr kam, führte insbesondere die negative Auftragsentwicklung im Berichtsmonat Juni zu dem aktuellen rückläufigen Drei-Monats-Durchschnitt im Juli.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde auch in den letzten Monaten noch durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zum Januar 2006 beeinflusst. Der dadurch ausgelöste Genehmigungsschub wirkte im Drei-Monats-Durchschnitt vor allem von November 2005 bis März 2006, da viele der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge erst Anfang 2006 bearbeitet wurden. Diese aus steuerlichen Gründen „vorgezogenen“ Baugenehmigungen führten in der Folge als Ba-

Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich deutlich zurückgegangen

siseffekt zu besonders starken prozentualen Rückgängen bei der Zahl der Baugenehmigungen. Vor allem von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt um jeweils mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend im März mit einem Minus von 34% ab. Seither ist eine Stabilisierung der gleichwohl immer noch hohen Abnahmeraten erkennbar. Im April und Mai gab es Rückgänge um 17,3 bzw. 22,4%. Im Juni und Juli 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen um 14,7 bzw. 22,6% gegenüber dem Vorjahreswert.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird – soweit dies in Anbetracht von methodischen Änderungen möglich ist – zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Einzelhandels- und Großhandelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden im Januar 2007 die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Damit ist allerdings die Vergleichbarkeit mit dem alten Berichtskreis nicht mehr gegeben. Durch die rückwirkende Einbeziehung der in den Jahren 2003 und 2004 neu gegründeten Handelsunternehmen ab Januar 2006 können aber die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich seit dem Vorliegen der Ergebnisse des Berichtsmonats März 2007 wieder gebildet werden.

Umsatzrückgang im Einzelhandel

Der Drei-Monats-Durchschnitt der Einzelhandelsumsätze wies im Juli 2007 zum dritten Mal in Folge einen realen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert auf. Nachdem die Umsätze im Mai und Juni schon um 0,9 bzw. 1,6% gesunken waren, kam es

nun im Juli zu einem Minus von 0,7%. Davor hatte es von Februar bis April Umsatzsteigerungen gegeben. Nach dem Zuwachs um 1,7% im März wurde allerdings im April nur noch ein Plus von 0,3% registriert. In den Berichtsmonaten des aktuellen Drei-Monats-Durchschnitts brachte die Umsatzentwicklung im Juni und Juli Rückgänge. Dagegen blieben die Umsätze im Berichtsmonat August gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Umsätze im Großhandel sind im Juli 2007 im Vorjahresvergleich real um 3,7% gesunken. Auch davor waren sie bereits dreimal hintereinander rückläufig. Allerdings war das Minus im bisherigen Jahresverlauf geringer ausgefallen; die Veränderungsraten bewegten sich zwischen –0,8% im Februar und –3,4% im Juni. Zwischenzeitlich hatte es im März eine leichte Umsatzsteigerung um 0,3% gegeben. Im Großhandel verstärkt sich damit die negative Entwicklung des Vorjahres. Für das Jahr 2006 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Umsatzrückgang von 0,8% errechnet.

Stärker sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigte sich bei der Entwicklung der Umsätze von Juni 2005 bis Ende 2006 nur wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; die Veränderungsraten variierten – mit Ausnahme des Mai 2006 (+3%) – nur geringfügig in einem Bereich von –1,8% bis +1,3%. Die Umsatzmesszahlen ließen lediglich den üblichen saisonalen Verlauf mit hohen Umsätzen von Mai bis Oktober und einem deutlichen Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft erkennen. Seit Jahresbeginn 2007 sanken die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. – anders als im Vorjahr – in allen Monaten. Im Juli 2007 belief sich der Umsatzrückgang real auf 2,8% und war damit wieder niedriger als in den beiden Vormonaten. Nachdem es im März und April mit –2,2 bzw. –2,3% zu etwas geringeren Abschwächungen gegenüber dem Vorjahresmonat gekommen war, hatte sich

Umsatzrückgang im Gastgewerbe

der Abwärtstrend im Mai und Juni mit –3,5 bzw. –3,3% verstärkt.

Verbraucherpreisindex im Oktober um 2,5% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Höchster
Verbraucher-
preisanstieg
seit November
2005

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000=100) erreichte im Oktober 2007 einen Wert von 112,8. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte er sich um 0,3%. Gegenüber dem Oktober des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 2,5% gestiegen. Das ist – nach September 2005 (+2,7%) und Mai 2001 (+2,6%) – der dritthöchste Wert seit Januar 2000. Bereits im September 2007 hatte der Preisanstieg 2,3% betragen. Von Januar bis August zeigten sich im laufenden Jahr nur geringe Schwankungen bei der Preisentwicklung. Der niedrigste Anstieg war im Januar (+1,6%), der höchste im März (+1,9%) zu verzeichnen.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleistungs-
gruppen unein-
heitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Oktober 2007 in den Indexhauptgruppen „Verkehr“ (+4,9%), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+4,9%), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+3,4%) sowie „Bildungswesen“ (+2,8%). Schwächer als im Durchschnitt blieben die Preissteigerungen vor allem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+0,7%), „Bekleidung und Schuhe“ (+0,7%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (+0,3%).

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die günstige konjunkturelle Entwicklung sorgt auch in Rheinland-Pfalz für einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im

Oktober verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um rund 3 700 auf 120 100 (–3%). Im Vergleich zum Oktober 2006 ging ihre Zahl um 27 100 zurück (–18,4%). Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank auf 5,8%. Im Vormonat lag die Quote bei 6%; vor einem Jahr hatte sie noch 7,2% betragen. Damit erreichte die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz den niedrigsten Stand in einem Oktober seit 15 Jahren.

Arbeitslosen-
quote sinkt auf
5,8%

Von der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt profitieren nach Informationen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit vor allem jüngere Arbeitslose. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besonders deutlich gesunken. Die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitssuchenden nahm im Oktober 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat überdurchschnittlich um fast 4 500 bzw. 23,7% ab.

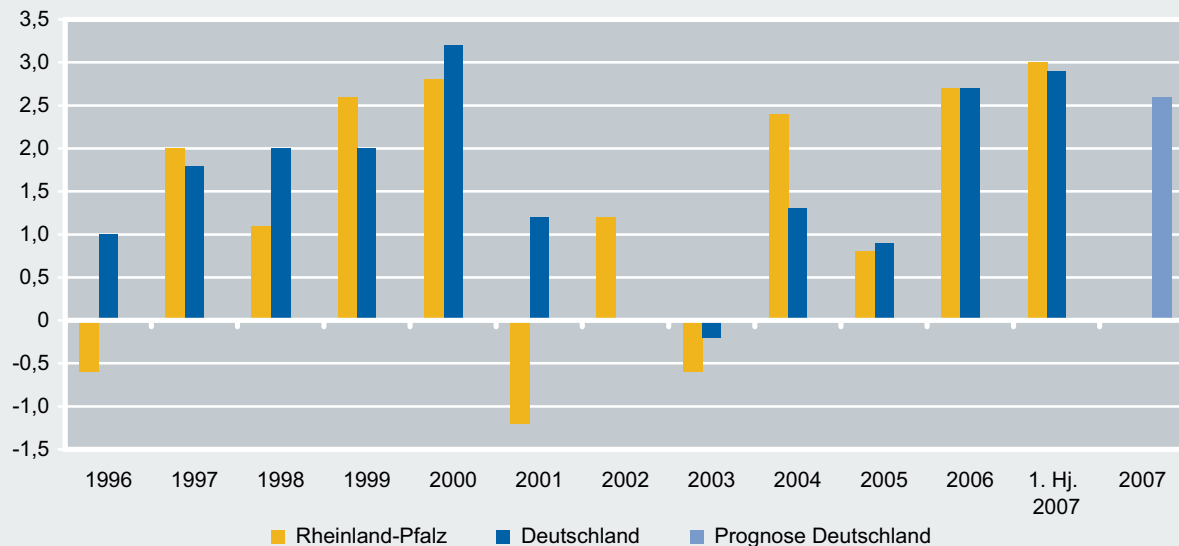
Arbeitslosigkeit
bei den Jüngeren
gesunken

Die positive Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die seit einigen Monaten zu beobachten ist, hält weiter an. Von August 2006 bis August 2007 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – nach vorläufigen Ergebnissen – um 28 100 auf knapp 1,2 Mill. gestiegen (+2,4%). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte vor allem im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (+10 000 Personen; +8,7%), im verarbeitenden Gewerbe (+6 200 Beschäftigte; +2%) und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (2 700 Personen; +4,9%) zu.

Sozialversiche-
rungspflichtige
Beschäftigung
nimmt weiter zu

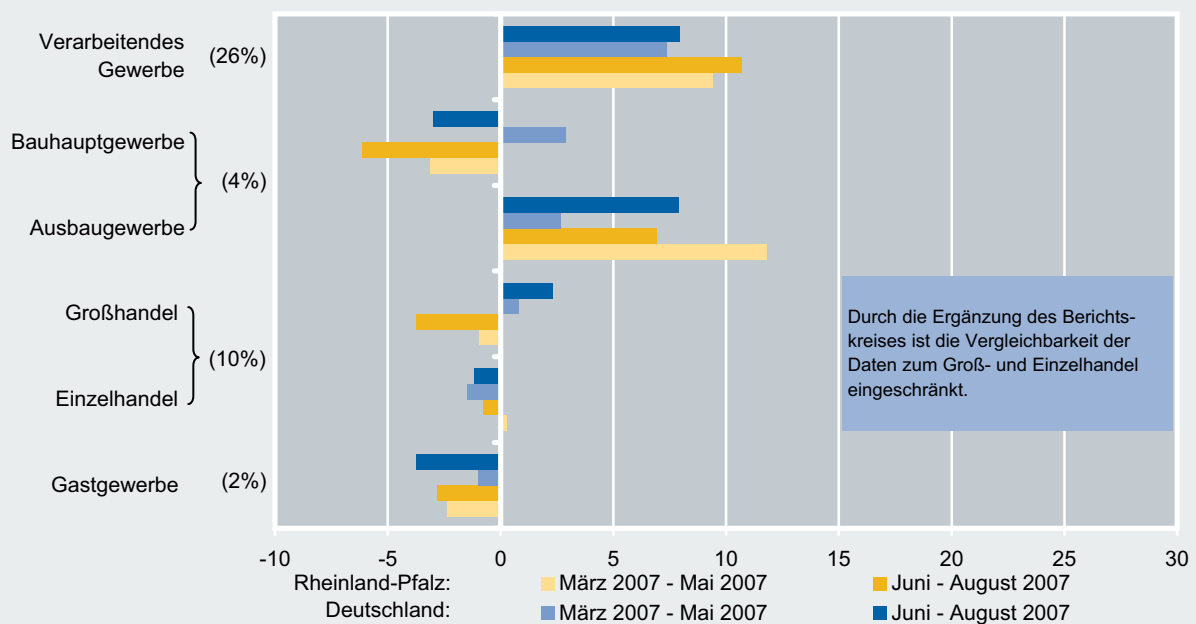
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für die 1. Fortschreibung 2007 im Februar 2008. – Quelle Prognosewert 2007: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



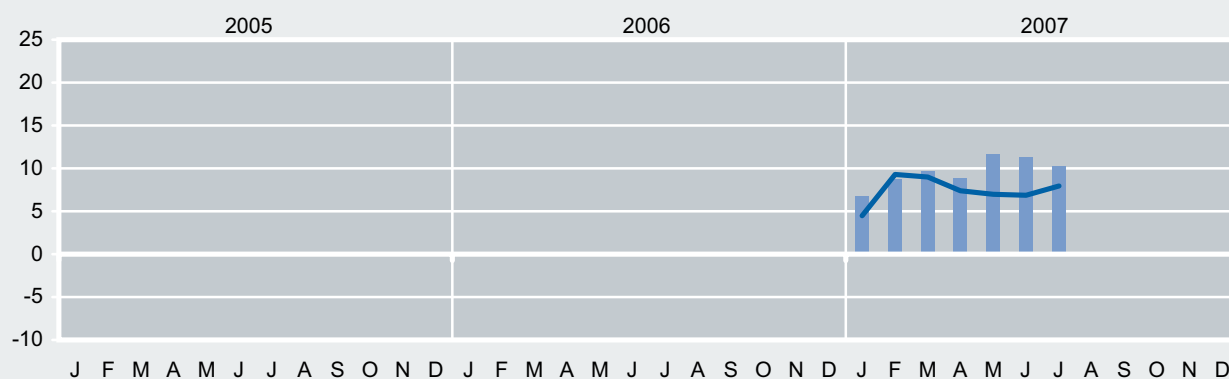
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

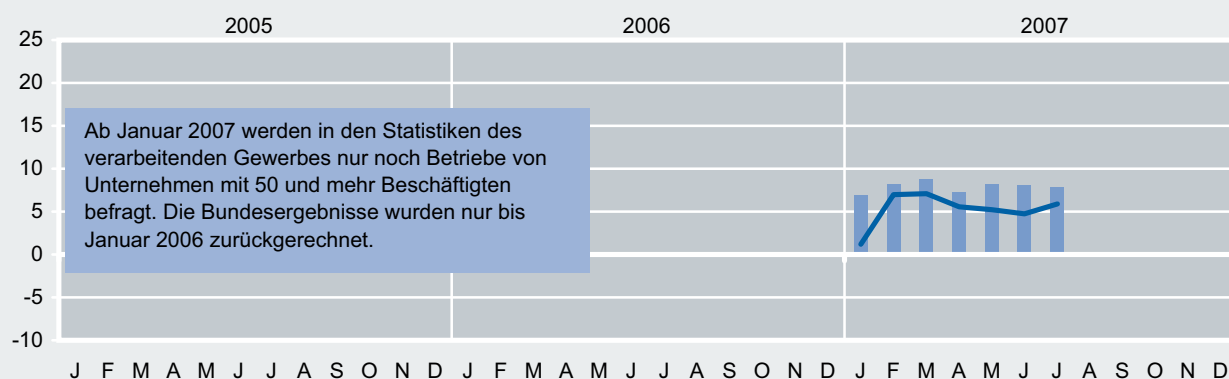
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

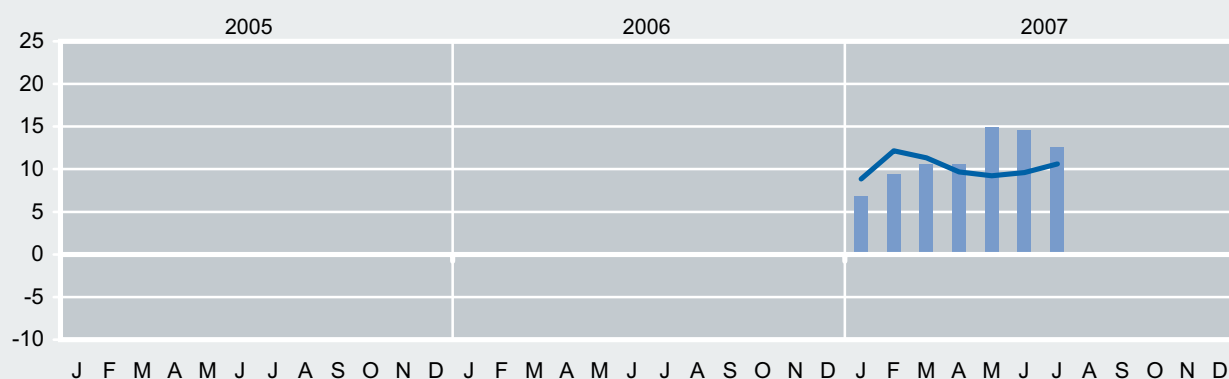
Insgesamt



Inland



Ausland



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

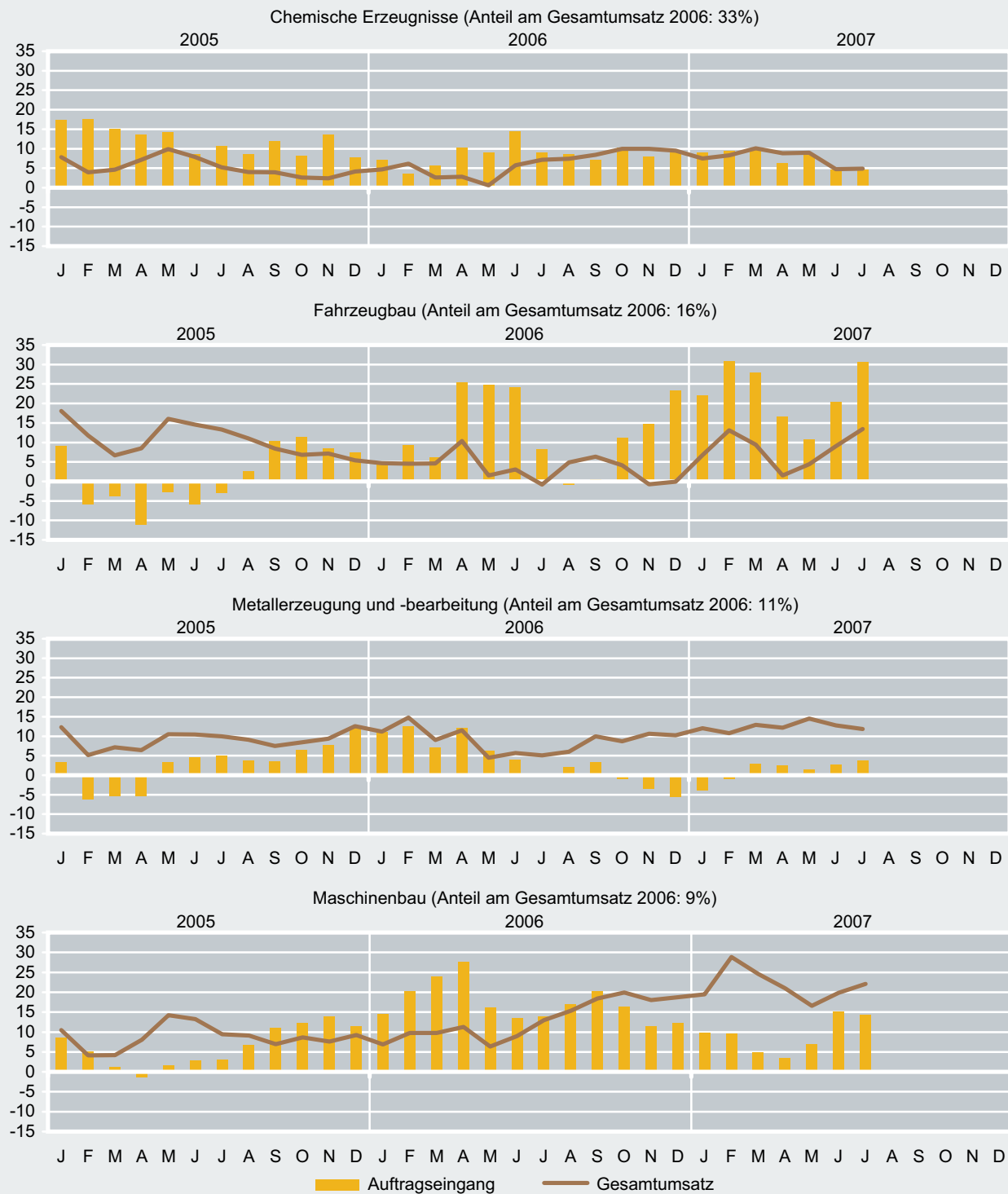
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



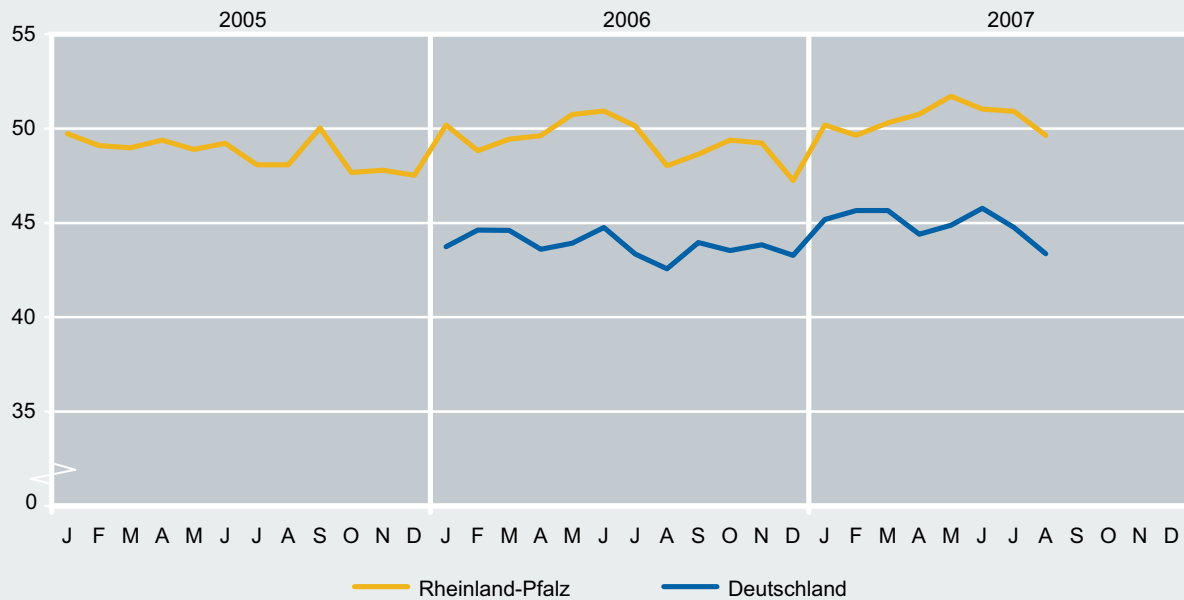
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

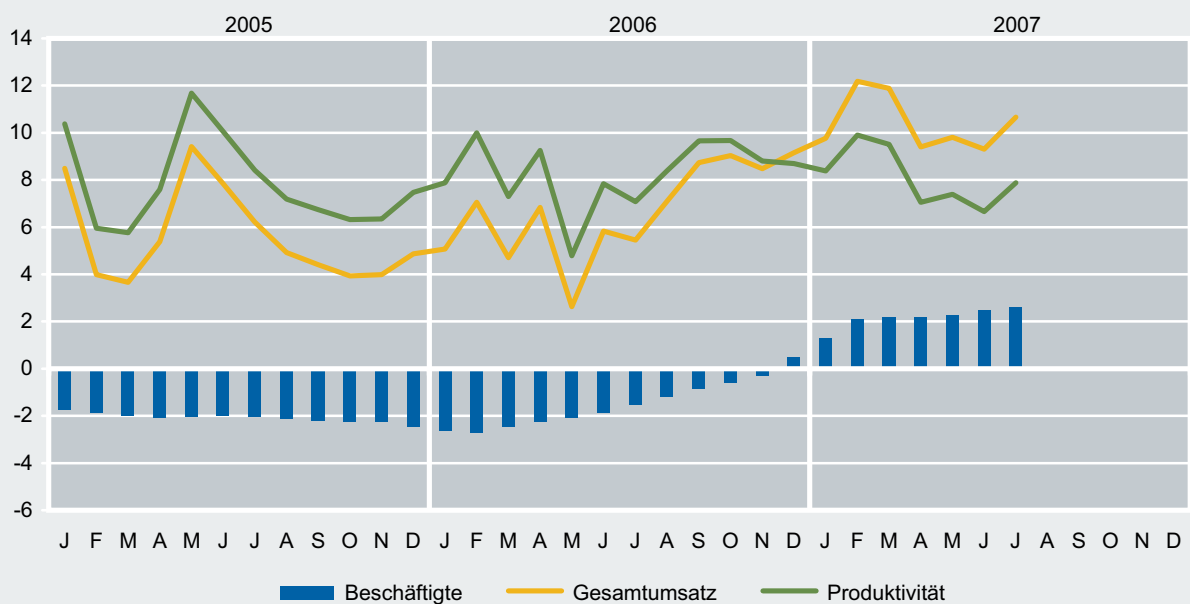
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

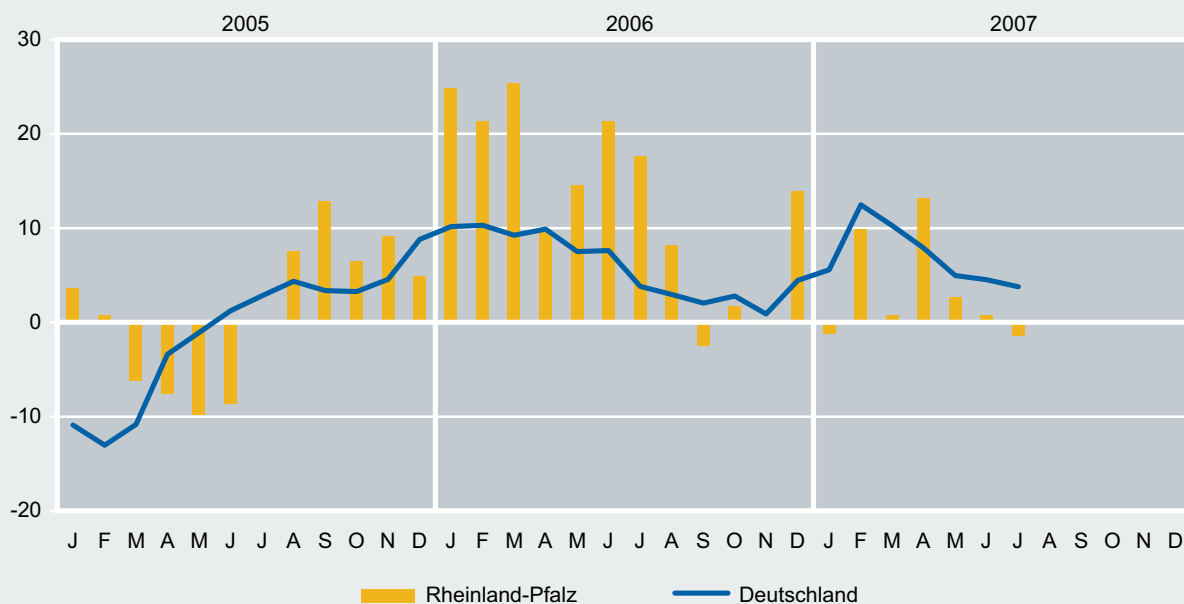
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

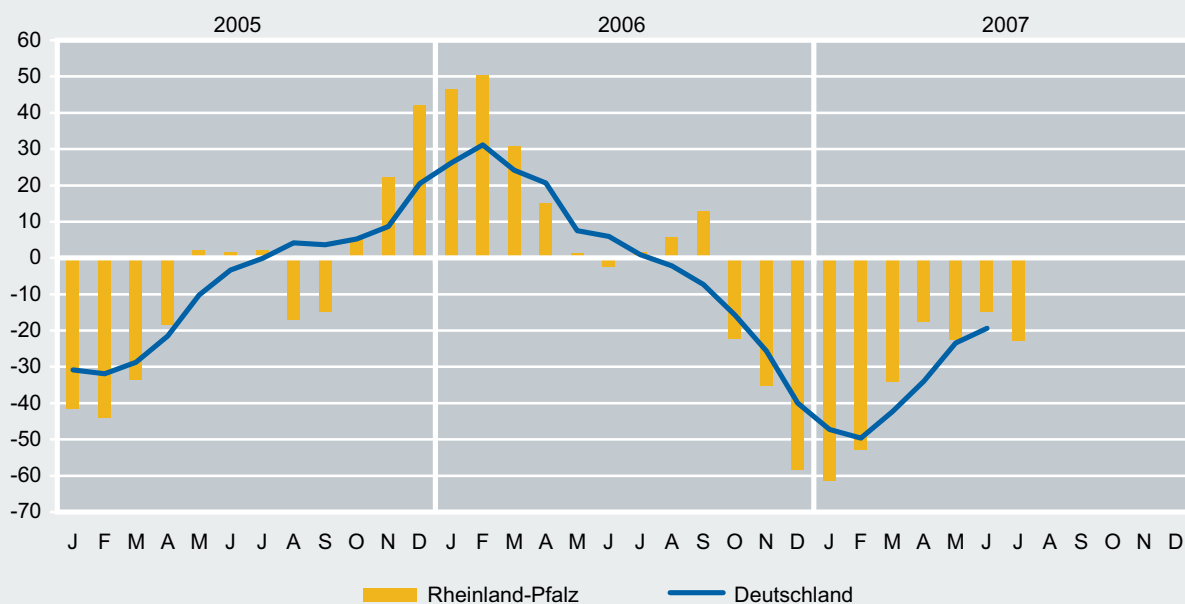
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

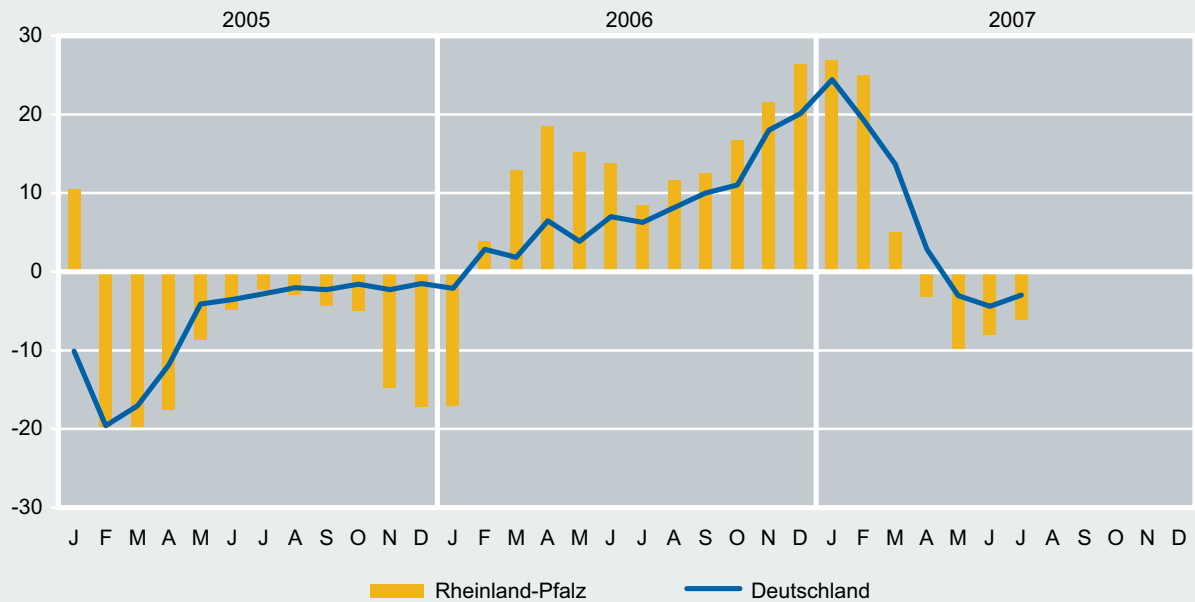
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

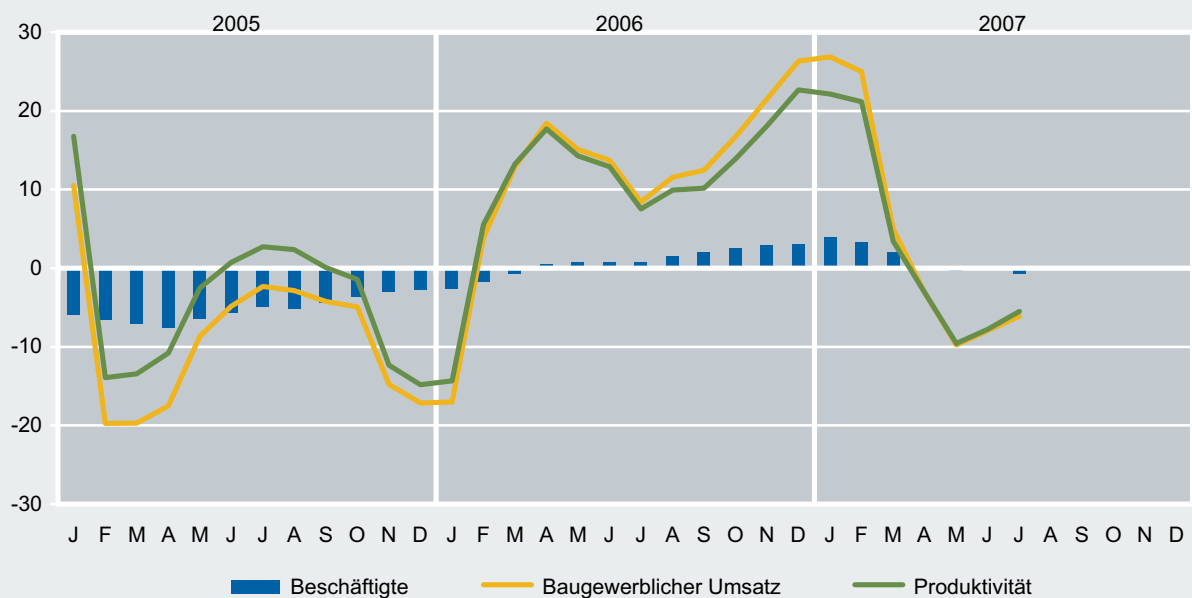
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

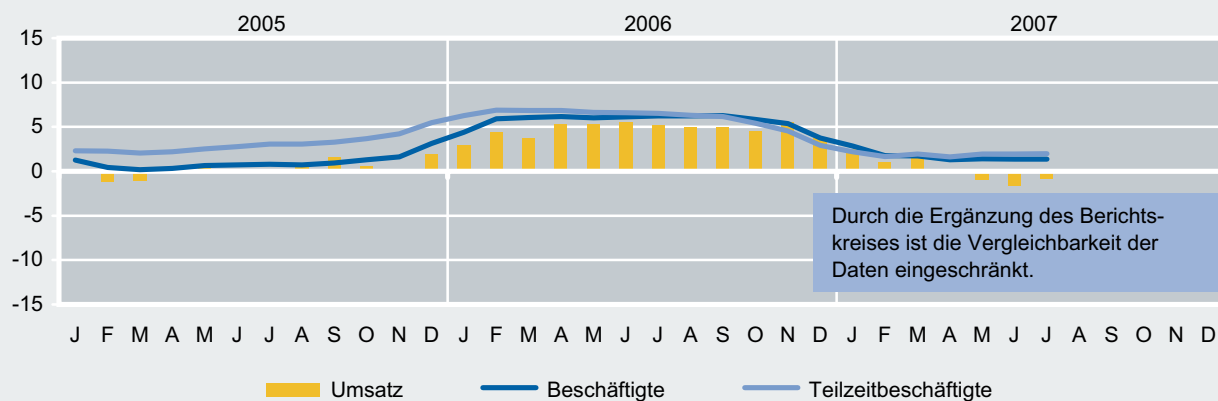
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

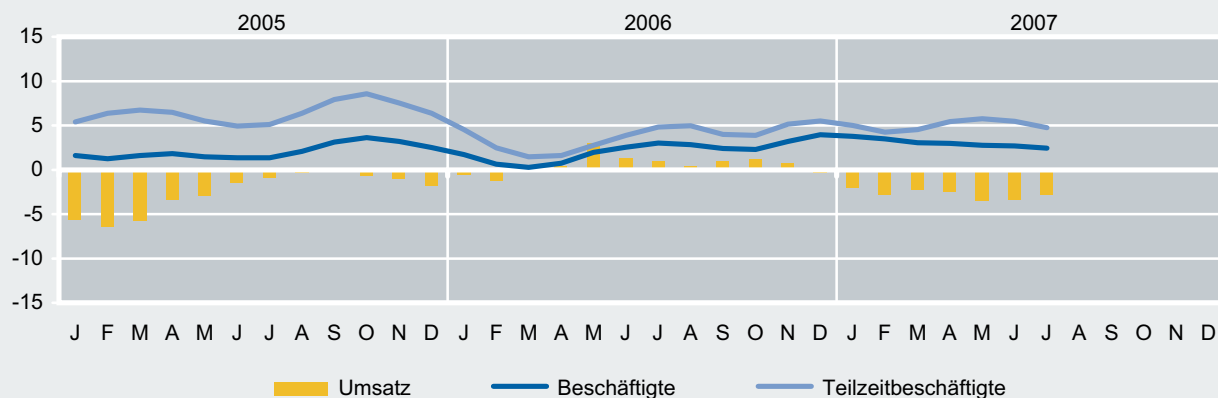
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



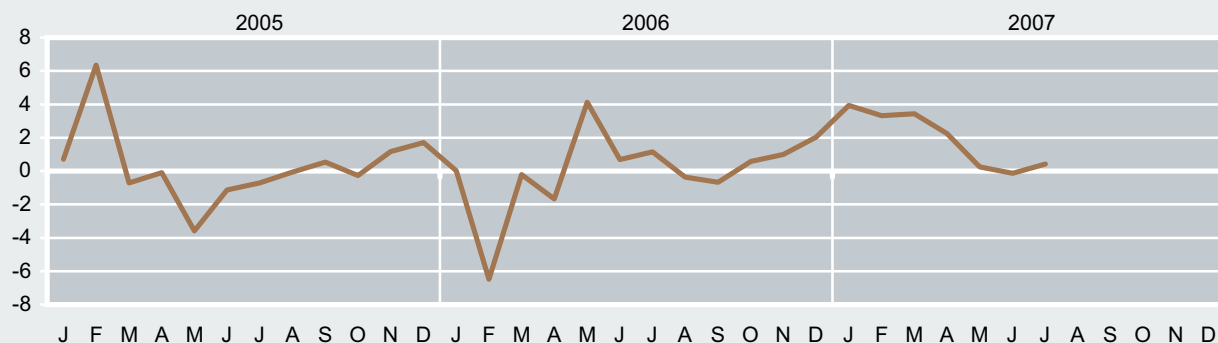
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



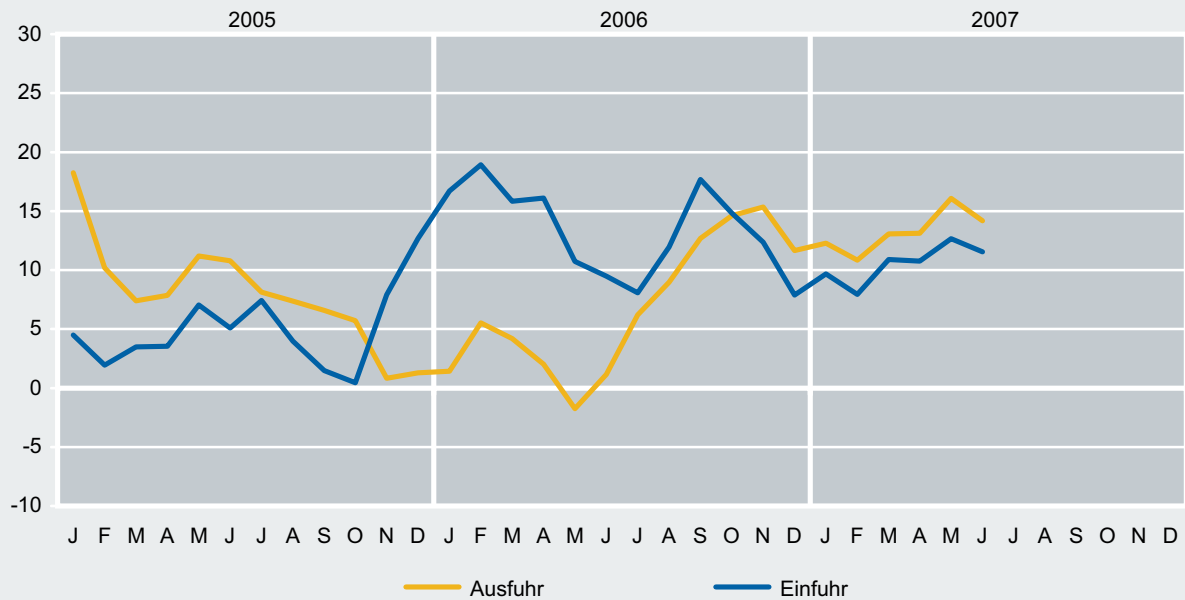
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

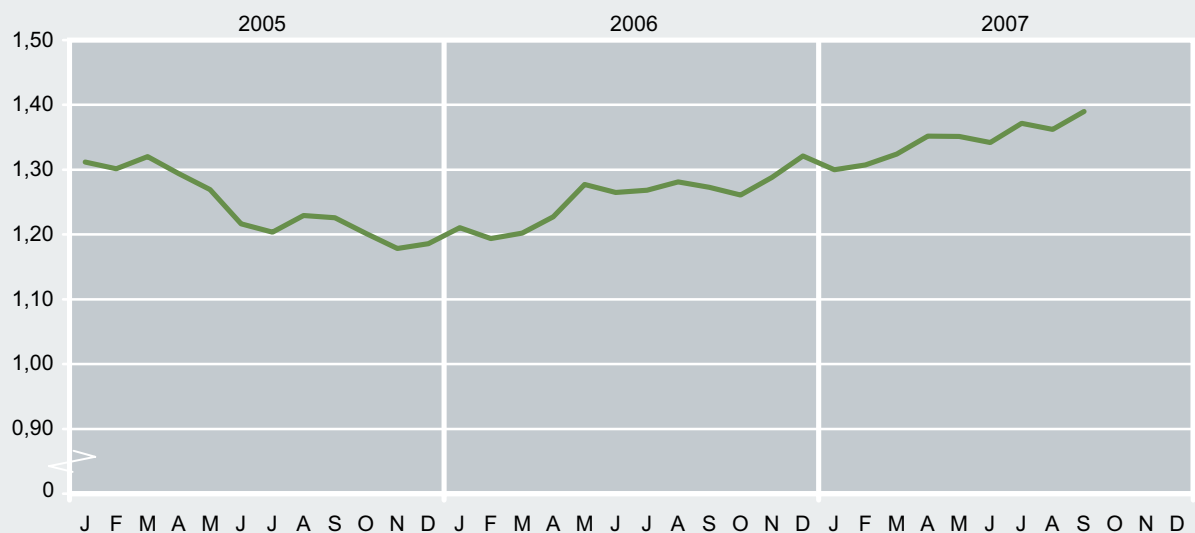
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

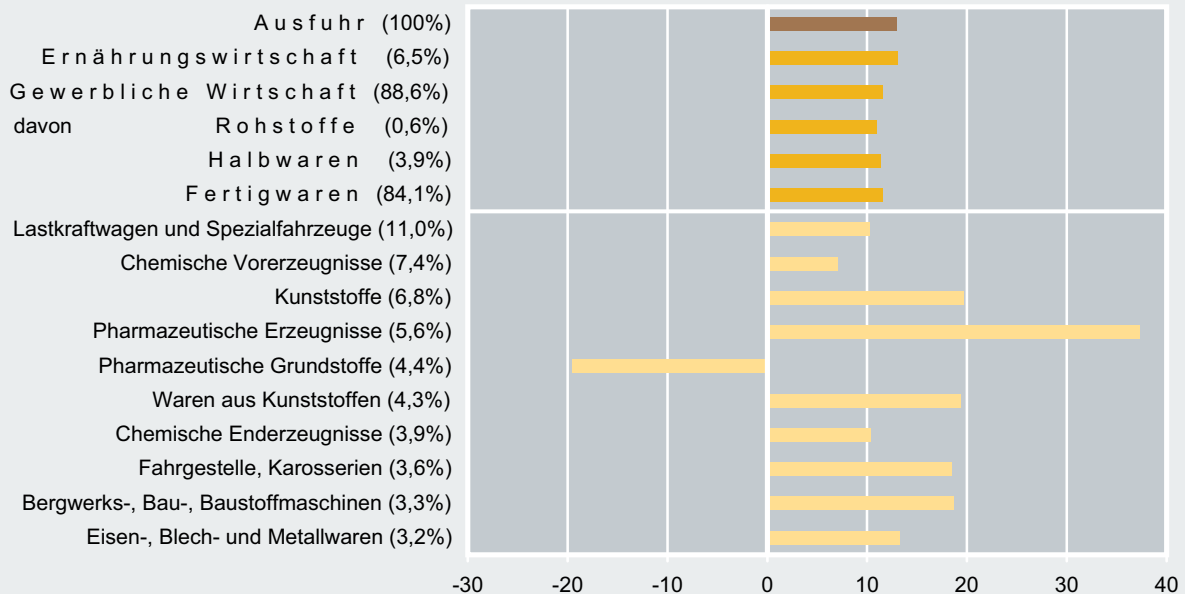
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

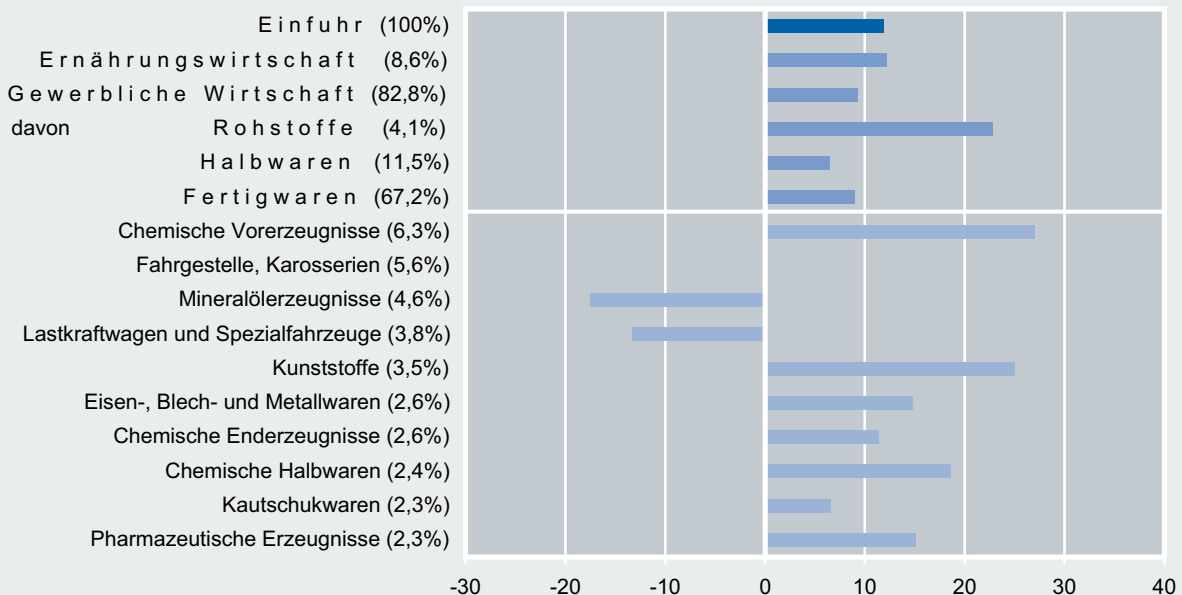
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2006 – Juli 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2006 – Juli 2007 nach Warengruppen¹⁾

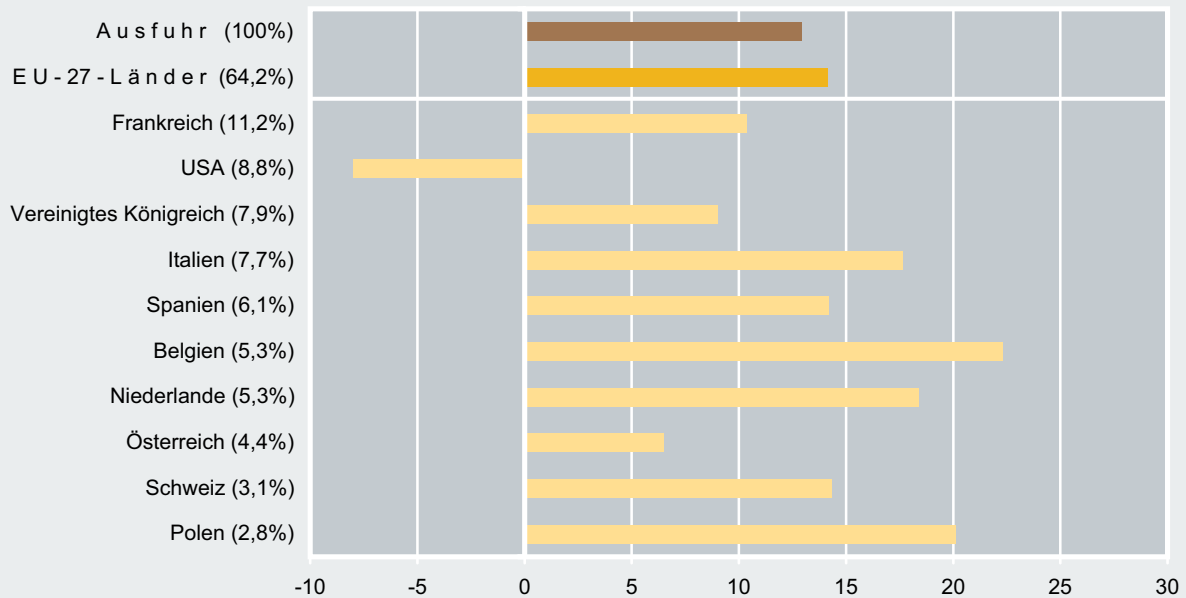
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

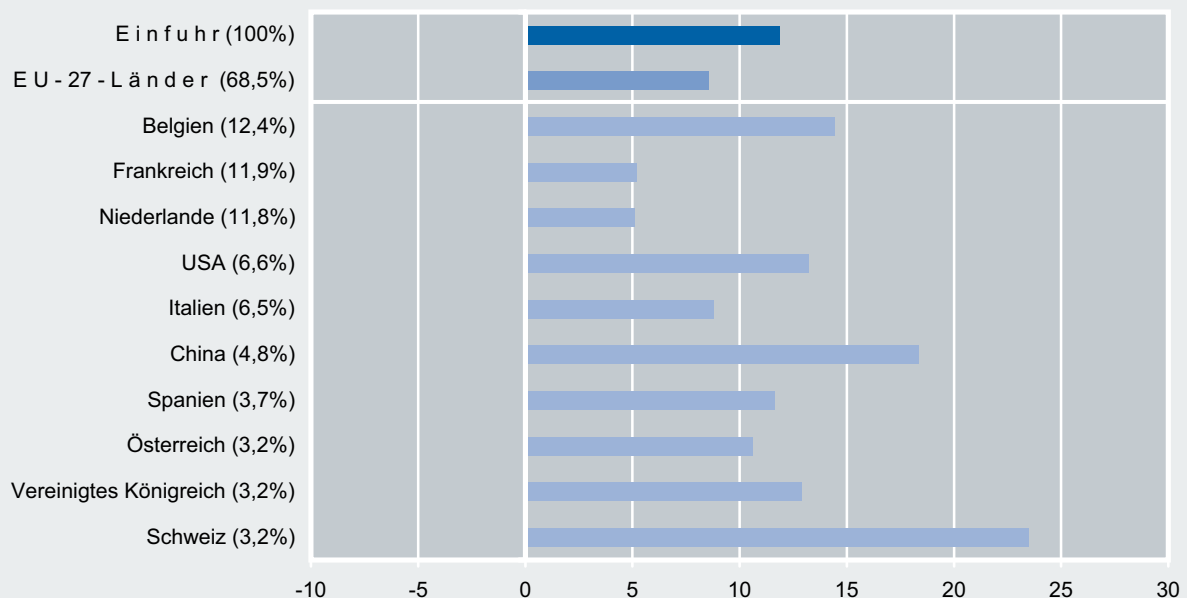
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2006 – Juli 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



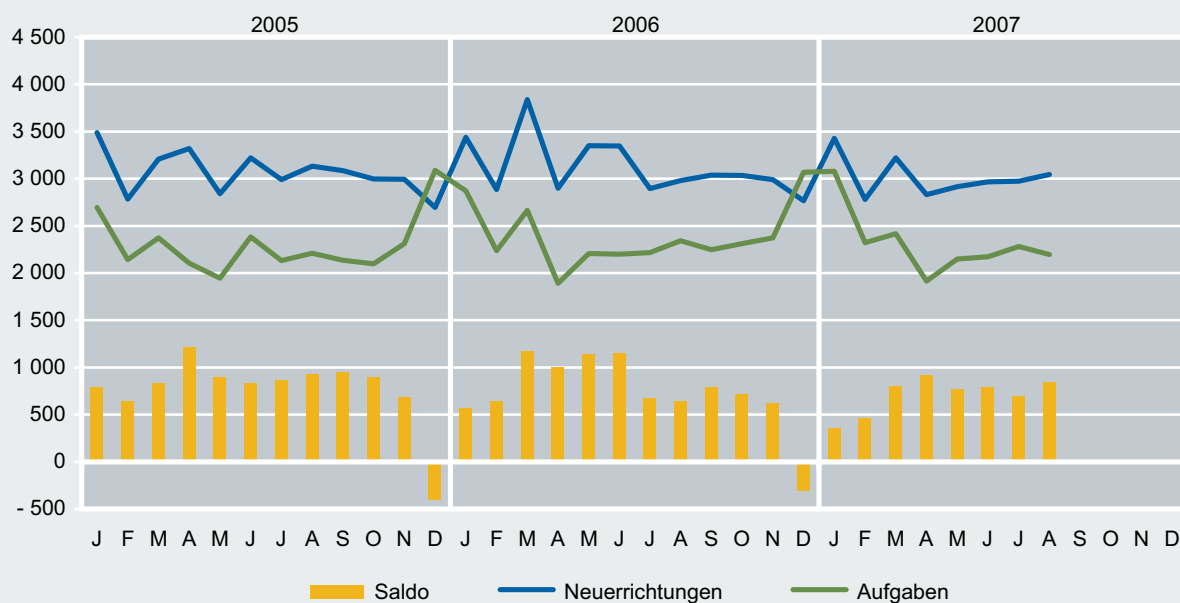
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2006 – Juli 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

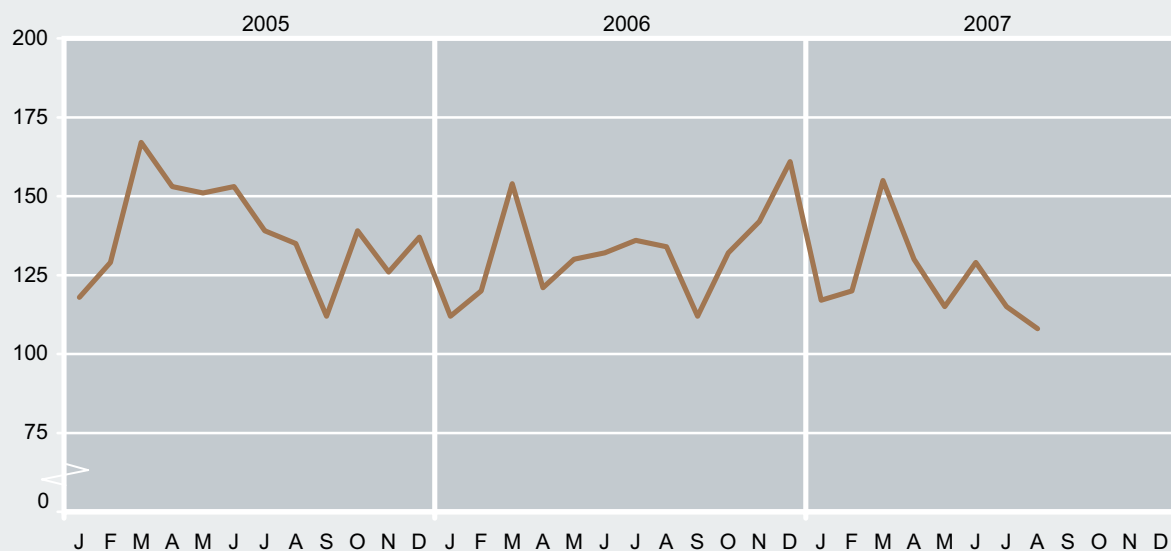


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

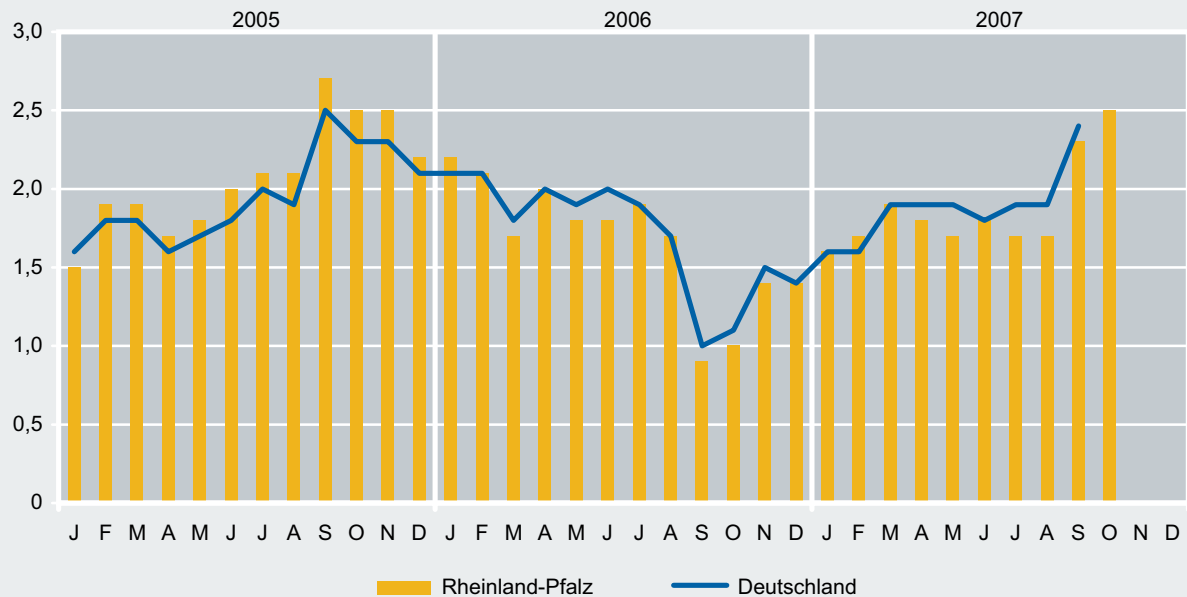


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



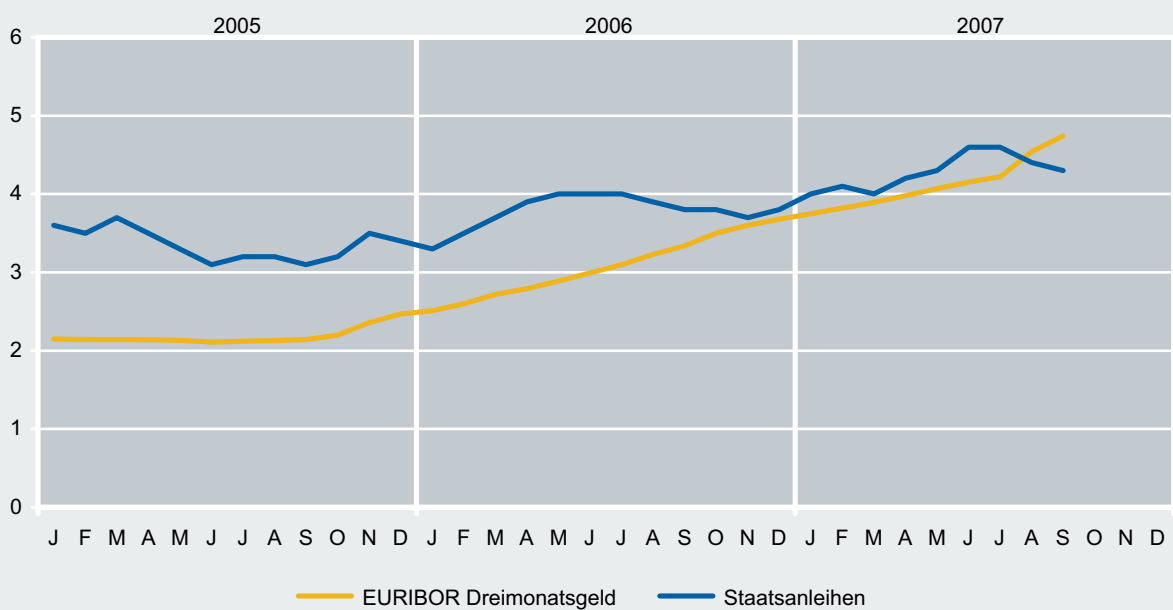
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

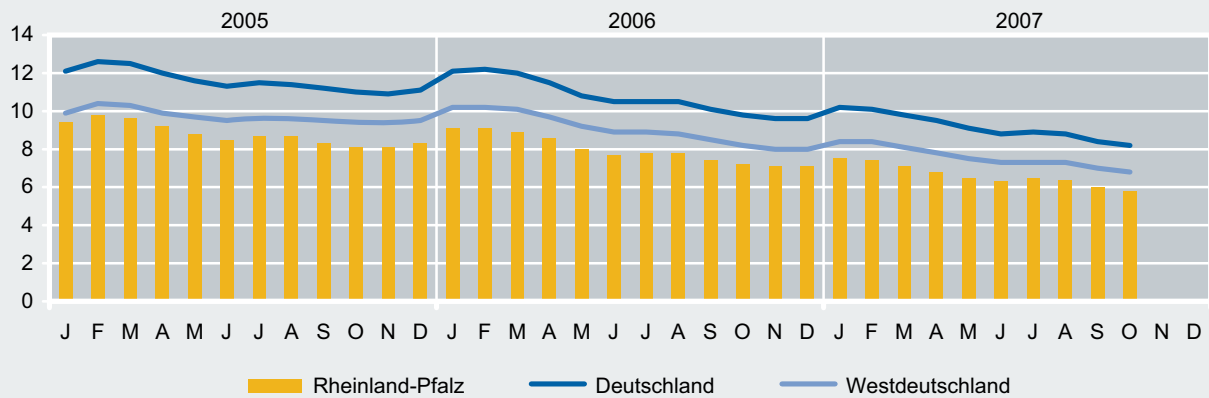
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

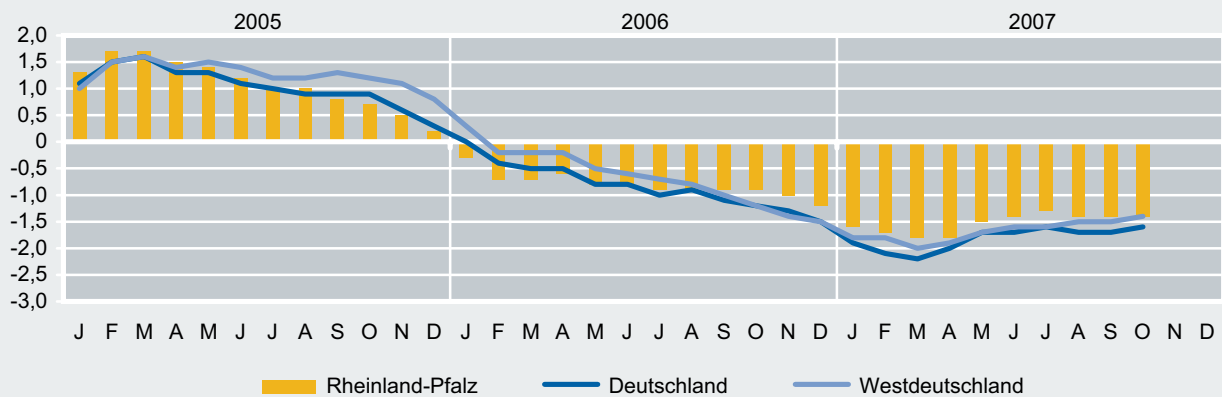
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

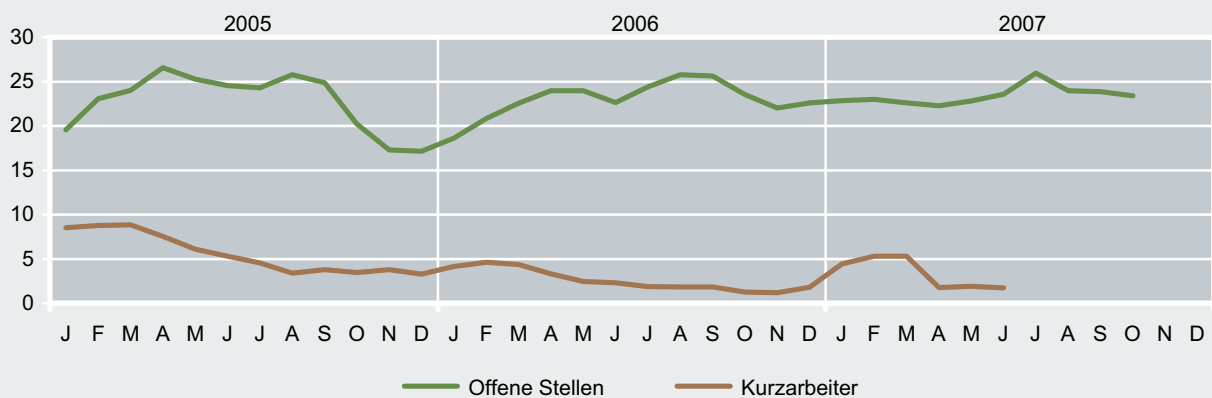
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

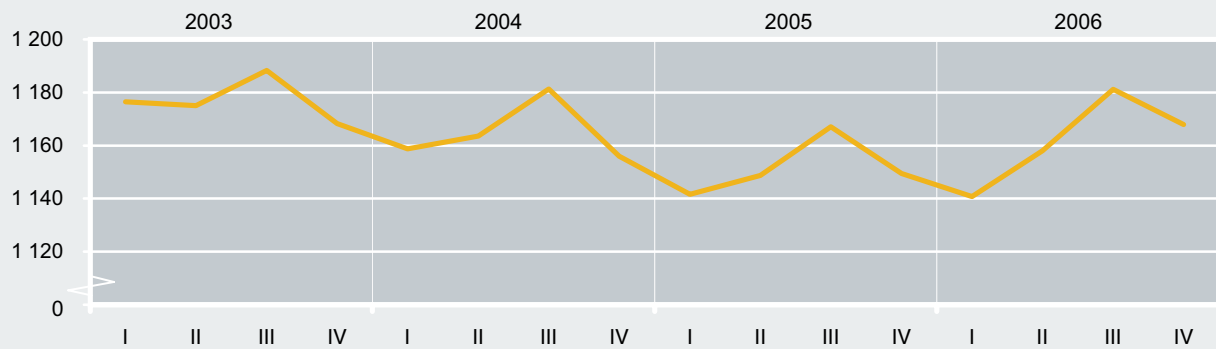
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

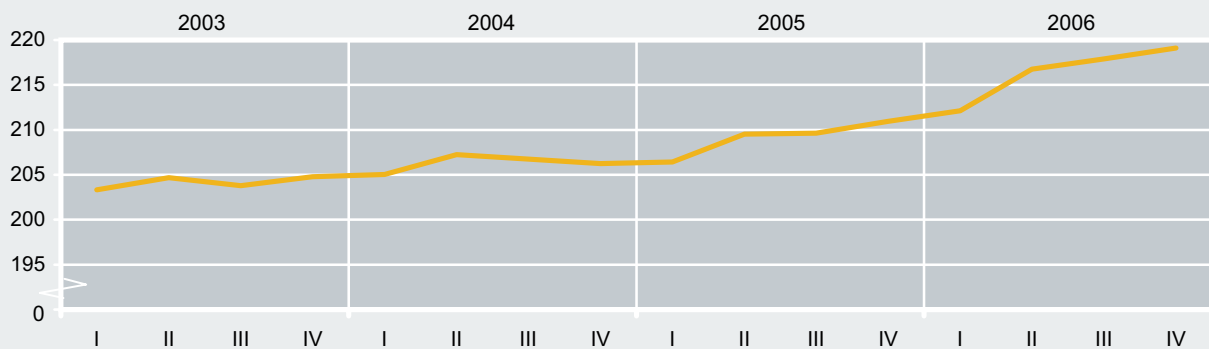
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



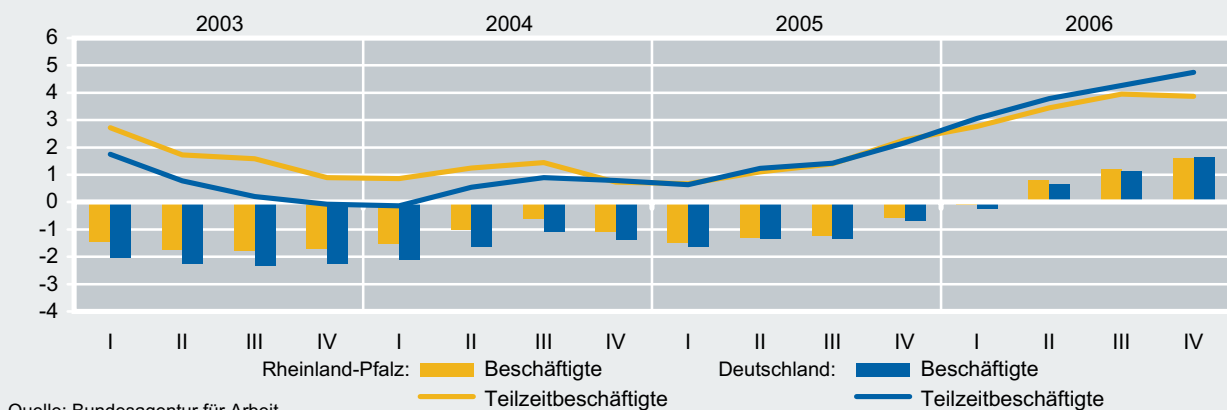
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

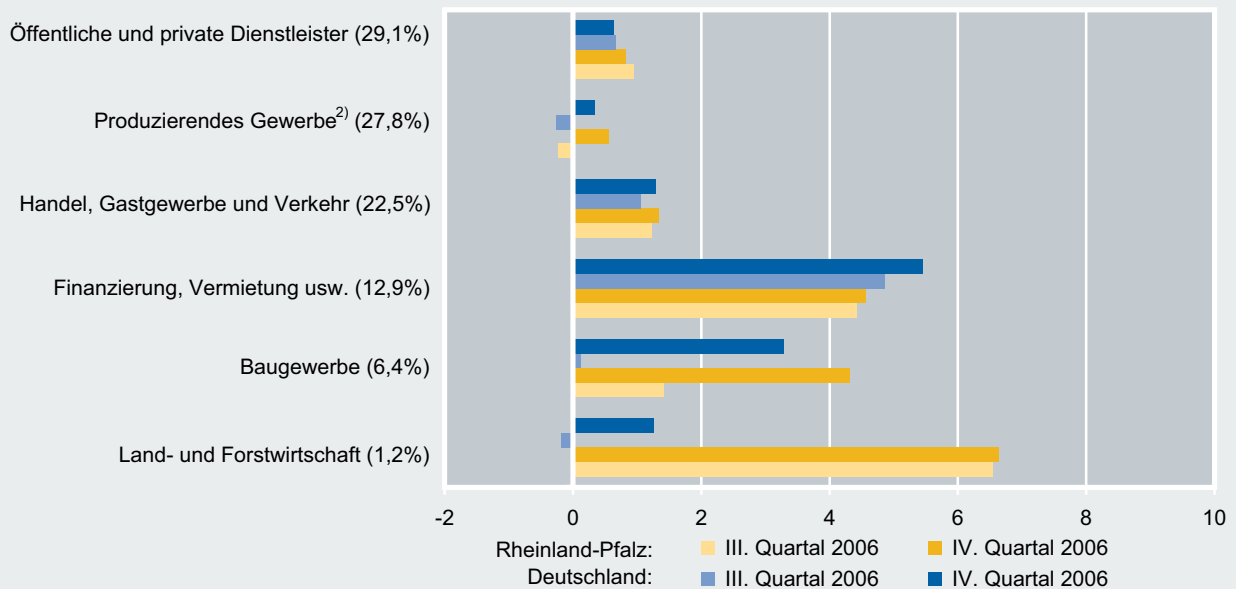
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

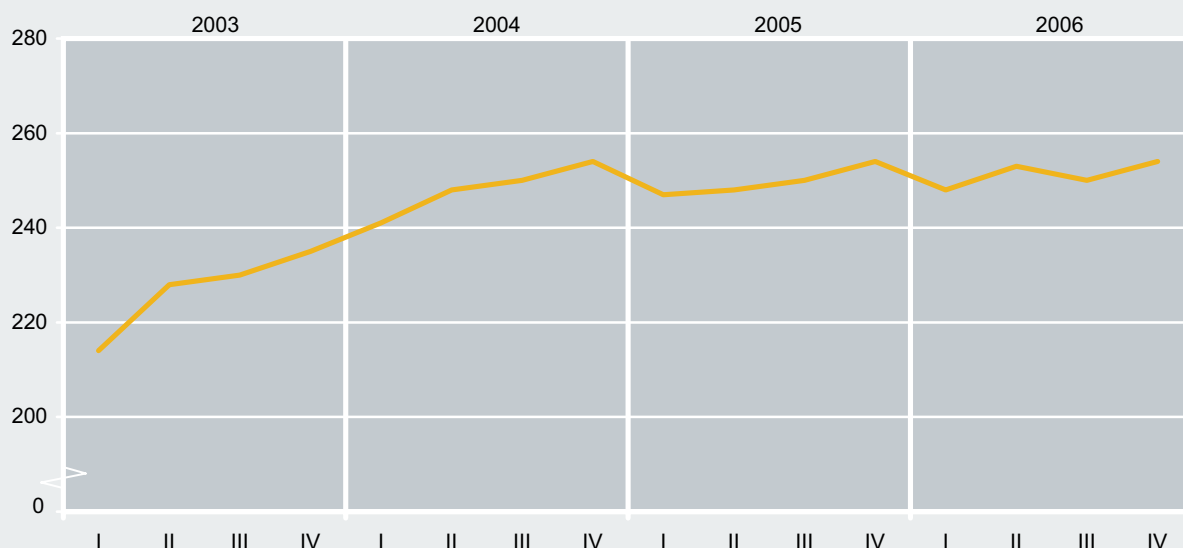
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

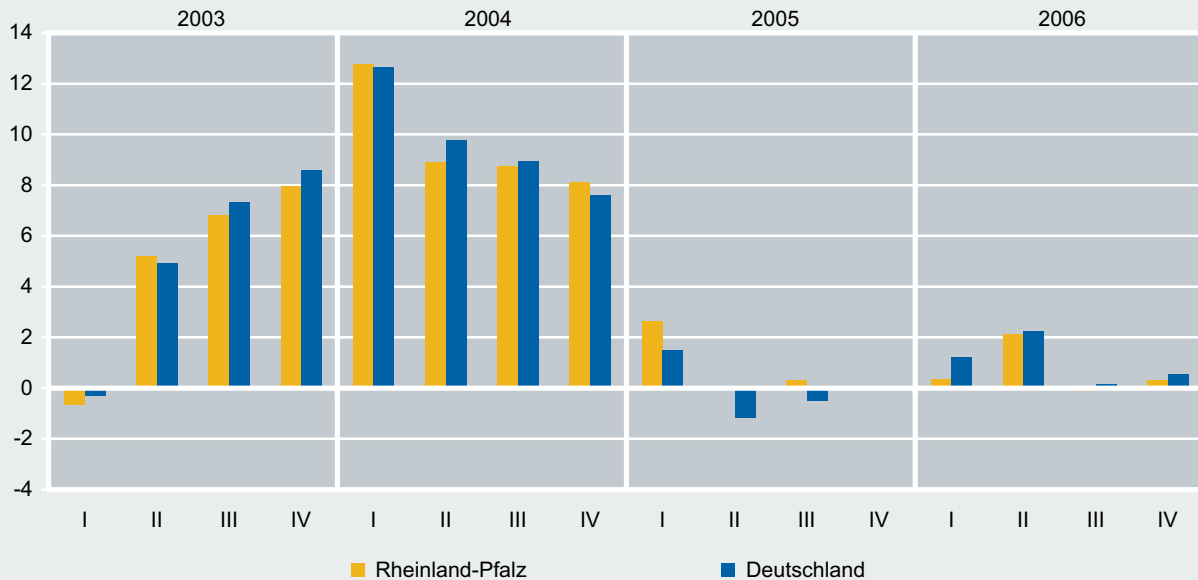


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

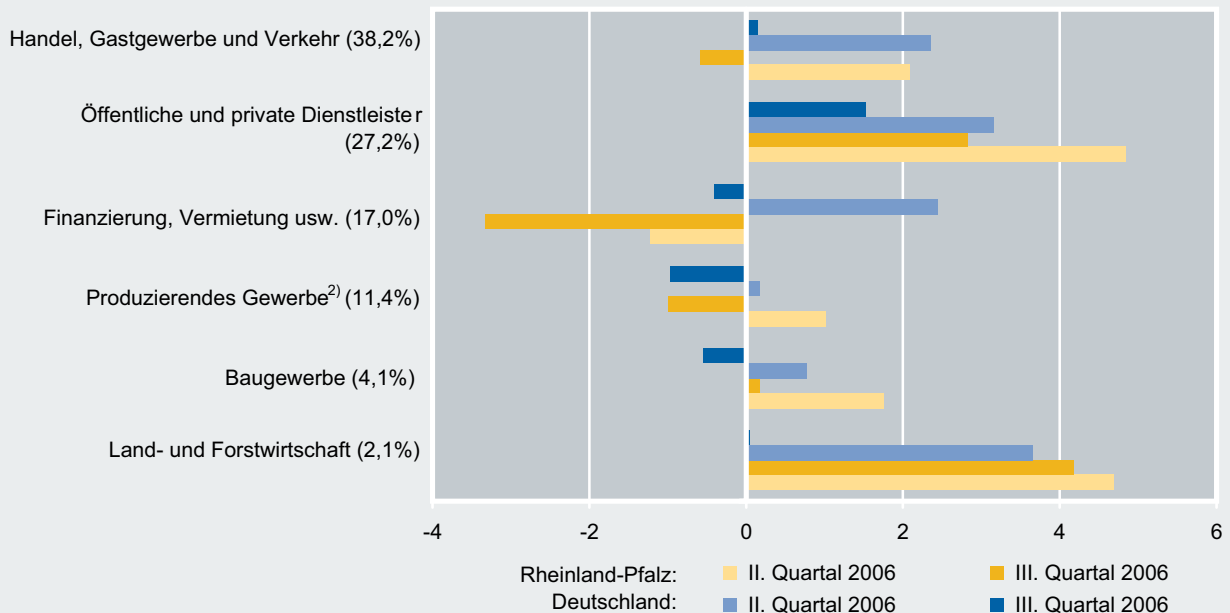
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Oktober 2007.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.789.099	21.687.249	4.004.960

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 053 ¹⁾	4 055	4 055	4 054	4 051	4 050	4 049	4 049
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	313 ¹⁾	315	316	317	315	315	316	316
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 689	1 667	1 066	2 029	2 932	1 097	1 051	1 868	2 229
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 716	2 646	2 461	2 720	2 607	2 649	2 378	2 565	2 669
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,8	7,4	7,9	7,8	7,7	7,1	7,5	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 565	3 498	3 470	3 501	3 308	3 854	3 698	3 536	3 134
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,4	10,4	10,2	9,9	11,2	11,1	10,3	9,4
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	10	12	17	15	18	8	13	15	11
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	3,8	4,3	7,1	5,1	7,2	3,0	5,5	5,8	4,1
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 849	- 852	- 1 009	- 781	- 701	- 1 205	- 1 320	- 971	- 465
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,5	- 3,0	- 2,3	- 2,1	- 3,5	- 4,0	- 2,8	- 1,4
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 347	8 220	7 293	8 138	7 293	7 654	7 894	7 118	7 211
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 337	2 462	2 323	2 640	2 406	2 778	2 631	2 542	2 461
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 693	7 871	6 986	7 305	7 249	7 206	7 317	6 724	7 048
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 073	2 169	1 716	1 894	2 029	2 179	1 992	2 093	2 162
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	655	349	307	833	44	448	577	394	163
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 053	12 477	11 108	12 203	11 366	12 622	12 139	11 709	11 239
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte	Einheit	2003	2004	2005			2006			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort ^{9) 10)}	1 000	1 175	1 164	1 149	1 167	1 149	1 141	1 158	1 181	1 168
* Frauen	1 000	527	522	519	525	522	518	521	530	526
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	68	70	65	67	70	71	68
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	210	210	211	212	217	218	219
* darunter Frauen	1 000	179	181	183	183	184	184	187	188	189
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	12	12	14	15	12
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	340	333	325	328	324	320	322	327	326
* Baugewerbe	1 000	80	77	74	76	72	69	74	77	75
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	265	262	258	263	259	256	260	267	263
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	143	147	145	145	150	154	152
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	335	338	338	337	337	341	341

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2007 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9) Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005	2006			2007			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Arbeitslose	Anzahl	178 512	162 951	159 510	151 763	147 242	133 346	131 917	123 849
* Frauen	Anzahl	82 717	78 698	80 468	76 551	74 596	68 768	68 772	64 236
* Männer	Anzahl	95 795	84 253	79 042	75 212	72 646	64 578	63 145	57 863
darunter									
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	4 670	4 412	4 143	4 300	4 220	3 986
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	36 312	34 948	33 937	32 441	32 397	30 697
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	8,8	8,3	8,1	7,3	7,2	6,8
* Frauen	%	9,7	9,1	9,3	8,8	8,6	7,9	7,9	7,4
* Männer	%	10,0	8,8	8,3	7,9	7,6	6,7	6,6	6,2
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	19,2	18,7	18,2	16,3	15,9	15,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	9,9	8,7	7,7	7,8	8,0	6,8
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 613	2 589	1 837	1 846	1 267
* Gemeldete Stellen	Anzahl	22 720	23 047	25 765	25 621	23 544	25 950	23 968	23 850
darunter									
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 560	1 521	1 340	1 280	1 365	1 529
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	8 240	8 406	8 147	10 459	8 317	7 899
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
	Einheit	2005	2006			2007			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	727	738	611	621	800	537	535	616
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	700	707	573	590	766	518	516	592
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	27	31	38	31	34	19	19	24
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	1	-	-	1	2	-	-
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	116	87	63	68	182	59	76	134
private Haushalte	Anzahl	610	650	548	553	617	476	459	482
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	971	1 011	913	826	1 125	684	671	854
* Umbauter Raum	1 000 m ³	672	717	636	604	734	524	503	597
* Wohnfläche	1 000 m ²	125	132	116	111	136	95	93	109
Wohnräume	Anzahl	5 494	5 701	5 159	4 843	5 970	4 114	3 841	4 656
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	154	167	150	142	169	128	123	146
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	118	126	133	133	144	125	148	178
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	16	11	8	13	10	9	11	20
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	97	107	117	107	128	114	132	154
private Haushalte	Anzahl	5	7	8	13	6	2	5	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	38	14	17	35	15	12	23
* Umbauter Raum	1 000 m ³	597	767	729	574	821	940	786	964
* Nutzfläche	1 000 m ²	90	109	104	94	113	119	118	133
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	64	68	66	55	59	69	67	82
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 099	1 183	1 057	993	1 266	764	775	979
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 276	6 603	6 039	6 035	6 803	4 759	4 497	5 399

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 678	10 757	9 869	9 511	10 686	10 534	10 155	9 670	10 790
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 696	2 630	2 104	1 757	2 372	2 326	2 193	1 914	2 470
* Kälber	t	16	17	11	8	12	15	10	7	14
* Schweine	t	7 865	8 012	7 679	7 666	8 218	8 108	7 880	7 683	8 216
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	10 264	9 968	10 444	10 097	9 262	10 068	9 128	8 948	10 414
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 728	61 736	63 817	64 032	62 096	68 174	64 219	64 956	62 046
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 030	1 000	999	1 000	999	1 026	1 024	1 029	1 026
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	244 447	240 629	239 324	240 636	242 435	244 333	244 974	247 297	248 799
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 155	30 896	30 772	30 291	29 996	31 483	31 035	31 116	31 608
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	809	814	839	761	760	1 067	821	793	805
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 433	5 774	5 903	5 670	5 653	6 491	6 521	6 350	6 193
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 863	3 063	3 157	2 995	2 982	3 499	3 431	3 342	3 264
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 538	1 614	1 671	1 606	1 557	1 851	1 977	1 901	1 781
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	111	105	101	114	91	98	115	108
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	933	986	970	968	999	1 050	1 016	992	1 040
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 912	1 944	1 848	1 830	2 148	2 048	1 933	1 916
Fahrzeugbau	Mill. EUR	914	937	953	919	904	1 046	1 102	1 059	987
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 646	2 851	3 006	2 843	2 715	3 357	3 328	3 233	3 074
Exportquote ⁷⁾	%	48,7	49,4	50,9	50,1	48,0	51,7	51,0	50,9	49,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	112,9	123,9	126,5	117,5	116,6	133,7	138,1	138,6	126,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	110,8	118,2	125,9	114,8	111,9	128,4	130,3	124,3	118,6
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	115,7	130,2	129,9	112,6	119,1	145,1	150,4	162,9	139,1
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	124,1	133,2	142,1	136,3	125,0	143,3	154,1	141,4	126,5
Fahrzeugbau	2000=100	119,6	133,8	139,1	112,4	114,8	152,8	160,6	173,3	144,2
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	87	86	86	86	86	103	103	103	103
* Beschäftigte ^{8) 4)}	Anzahl	10 204	10 058	10 003	9 990	10 053	9 824	9 835	9 786	9 907
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 296	1 264	1 222	1 236	1 214	1 243	1 213	1 197	1 237
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	33	34	32	37	30	33	33	32	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	595	757	514	693	728	615	818	800	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	580	741	500	677	715	602	800	782	...

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl		36 159	36 480	36 751	36 919	37 465	36 509	36 893	36 730
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h		3 435	3 639	4 172	4 193	4 058	3 779	3 787	3 726
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h		1 394	1 547	1 767	1 921	1 718	1 477	1 466	1 390
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h		824	856	961	886	906	886	890	933
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h		1 217	1 194	1 441	1 386	1 434	1 416	1 431	1 403
darunter Straßenbau	1 000 h		587	613	734	718	710	668	700	796
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR		79	81	83	82	88	85	83	87
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR		305	349	360	416	369	324	348	373
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR		98	116	121	153	122	100	100	111
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR		80	94	98	113	99	91	100	100
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR		128	139	141	150	148	133	149	162
darunter Straßenbau	Mill. EUR		56	67	74	78	77	64	69	75
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
		Einheit	2005	2006	2005	2006			2007	
			Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl		319	304	319	307	306	302	302	302
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl		11 350	11 059	11 353	10 880	10 970	11 170	11 215	11 264
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h		3 557	3 524	3 615	3 311	3 465	3 600	3 721	3 583
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR		76	75	81	70	73	74	81	74
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR		251	274	327	193	238	256	410	216
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ^{p 9)}										
		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2003=100		95,8	.	116,5	117,3	118,5	117,9	115,1	116,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		105,4	.	133,0	135,2	138,8	134,1	124,1	128,2
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		104,1	.	125,3	118,7	124,4	125,1	120,7	119,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		99,4	.	115,3	109,3	113,9	113,5	109,5	108,4
Einzelhandel ^{p 11)}										
* Beschäftigte	2003=100		103,8	.	109,3	109,8	110,8	110,4	111,0	111,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		105,8	.	111,5	112,9	113,6	112,9	114,2	115,3
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		103,9	.	109,3	109,5	109,6	110,1	109,6	108,6
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		103,1	.	107,3	107,9	108,1	107,1	106,7	106,1
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 12)}										
* Beschäftigte	2003=100		97,8	.	99,1	99,3	100,3	100,4	100,5	101,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		93,1	.	98,8	99,6	98,5	98,6	98,4	99,5
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		111,6	.	123,2	118,0	108,3	117,9	120,6	118,9
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		109,4	.	118,4	113,4	104,0	110,4	113,0	111,3
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2003=100		108,6	.	114,6	114,9	115,7	116,9	118,2	117,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		115,4	.	123,4	124,5	124,2	130,2	131,0	129,3
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		98,0	.	109,5	108,6	110,3	108,3	107,9	109,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		96,2	.	105,6	104,4	106,4	102,9	101,5	103,1

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gästeankünfte	1 000	595	600	782	777	782	748	778	798	836
* darunter von Auslandsgästen	1 000	137	141	189	240	229	169	173	246	230
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 660	2 117	2 375	2 448	1 999	2 044	2 397	2 462
* darunter von Auslandsgästen	1 000	394	405	517	803	811	470	468	804	787
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 203	2 056	2 145	2 219	2 331	2 175	2 356	2 278	2 201
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 430	1 347	1 465	1 573	1 705	1 638	1 585	1 568	1 510
* Getötete Personen	Anzahl	24	22	22	29	19	17	16	25	19
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	12	7	8	3	6	11	12	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	11	15	10	8	3	8	6
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	1	3	1	1	5	-
Fußgänger	Anzahl	3	2	1	3	1	2	1	-	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 745	1 916	1 971	2 179	2 107	2 050	1 971	1 923
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	362	329	383	419	435	425	421	383	...
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	168	153	182	138	156	153	191	155	165
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	79	105	160	145	161	117	115	113
Radfahrer	Anzahl	50	45	55	77	74	68	59	73	74
Fußgänger	Anzahl	41	37	30	28	31	30	36	32	30
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 674	14 333	15 259	15 100	12 178	14 717	14 680	13 246	12 129
darunter										
Kraftträder	Anzahl	801	797	1 121	1 004	843	1 292	1 025	1 059	882
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 752	12 247	13 058	12 705	10 343	11 994	12 233	10 833	9 903
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	910	793	1 073	712	1 005	1 043	975	966
* Zugmaschinen	Anzahl	268	302	231	262	220	344	331	294	301
Personenbeförderung										
	Einheit	2005	2006	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 432	62 993	63 816	69 273	63 761	54 906	64 030	66 305	63 828
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	574	588	660	612	581	499	658	589	584
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gütereingang	1 000 t	1 183	1 191	1 196	1 201	1 276	1 179	1 098	1 202	1 164
* Güterversand	1 000 t	852	901	1 033	929	918	975	1 067	1 049	1 036
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 832	3 026	2 916	3 063	3 147	3 293	3 457	3 439	3 524
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	185	198	193	191	198	215	226	221	230
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 601	2 681	2 575	2 716	2 808	2 920	3 066	3 051	3 128
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	18	20	17	25	21	19	23	19
* Halbwaren	Mill. EUR	108	119	112	124	105	131	139	145	138
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 476	2 544	2 443	2 575	2 679	2 767	2 909	2 883	2 970
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	719	817	761	831	995	899	897	882	885
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 757	1 727	1 682	1 744	1 684	1 869	2 012	2 001	2 086

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 073	2 222	2 242	2 336	2 141	2 503	2 633	2 649	2 652
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 842	1 941	1 976	2 062	1 860	2 185	2 274	2 304	2 303
Belgien	Mill. EUR	140	160	157	169	139	177	175	190	204
Luxemburg	Mill. EUR	41	47	49	42	49	50	51	46	57
Dänemark	Mill. EUR	38	42	42	37	40	45	55	49	54
Finnland	Mill. EUR	21	23	28	24	21	27	29	31	31
Frankreich	Mill. EUR	356	339	357	356	330	391	402	362	377
Griechenland	Mill. EUR	43	39	40	42	35	43	50	47	32
Großbritannien	Mill. EUR	224	240	229	241	232	245	246	253	240
Irland	Mill. EUR	13	16	18	15	15	17	13	14	15
Italien	Mill. EUR	200	232	241	293	228	276	293	295	279
Niederlande	Mill. EUR	155	159	156	156	152	176	191	209	188
Österreich	Mill. EUR	125	133	139	143	119	141	135	155	160
Schweden	Mill. EUR	59	51	48	50	40	59	66	70	63
Spanien	Mill. EUR	170	183	180	204	182	204	212	224	245
Portugal	Mill. EUR	18	20	20	21	22	23	25	25	21
* Afrika	Mill. EUR	64	72	68	81	82	67	74	72	91
* Amerika	Mill. EUR	333	377	304	325	553	372	350	340	362
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	253	284	219	238	462	277	253	236	244
* Asien	Mill. EUR	333	326	280	297	345	329	371	346	388
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	49	35	43	56	44	60	63	57
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	29	22	24	26	22	30	32	31
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 733	1 965	1 930	1 954	1 879	2 180	2 145	2 192	2 092
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	168	170	177	160	139	190	226	209	166
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 513	1 626	1 589	1 621	1 576	1 804	1 722	1 794	1 745
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	64	80	84	75	90	89	76	89	96
* Halbwaren	Mill. EUR	223	226	179	253	249	220	262	240	240
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 226	1 320	1 326	1 293	1 237	1 495	1 384	1 465	1 410
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	321	347	342	340	331	434	431	420	411
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	905	973	984	954	906	1 062	953	1 046	999
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 347	1 508	1 445	1 533	1 465	1 676	1 674	1 673	1 626
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 249	1 346	1 266	1 383	1 317	1 447	1 499	1 471	1 411
Belgien	Mill. EUR	186	243	226	266	237	264	260	262	251
Luxemburg	Mill. EUR	35	36	35	29	45	45	49	41	44
Dänemark	Mill. EUR	33	29	29	29	31	46	44	38	43
Finnland	Mill. EUR	8	10	10	9	10	10	11	15	12
Frankreich	Mill. EUR	231	234	210	227	253	259	253	257	248
Griechenland	Mill. EUR	4	5	6	5	6	4	9	8	7
Großbritannien	Mill. EUR	64	63	66	54	62	77	74	72	73
Irland	Mill. EUR	16	13	15	28	7	14	17	17	11
Italien	Mill. EUR	112	128	126	135	128	143	144	141	169
Niederlande	Mill. EUR	218	232	206	251	203	205	260	213	187
Österreich	Mill. EUR	53	63	60	65	50	61	67	67	74
Schweden	Mill. EUR	42	50	41	38	39	44	46	49	38
Spanien	Mill. EUR	66	72	77	77	67	102	79	103	78
Portugal	Mill. EUR	10	11	8	13	10	12	13	12	15
* Afrika	Mill. EUR	35	32	34	32	35	26	28	51	36
* Amerika	Mill. EUR	157	204	234	176	176	199	225	222	168
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	116	150	180	133	133	136	137	151	117
* Asien	Mill. EUR	190	216	211	203	197	272	212	239	253
darunter aus Japan	Mill. EUR	28	27	31	27	23	28	29	23	21
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	5	10	6	6	6	7	8
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 630	3 707	3 865	3 449	3 563	3 409	3 483	3 564	3 607
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 883	2 958	2 727	2 785	2 883	2 670	2 707	2 889	2 756

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl		548	611	541	605	661	612	623	692
davon										
* Unternehmen	Anzahl		138	132	132	136	134	115	129	115
* Verbraucher	Anzahl		264	336	289	325	375	363	343	422
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		130	129	111	130	132	116	134	135
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl		15	14	9	14	20	18	17	20
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		116	131	89	170	83	97	124	92
										86
HANDWERK ²⁾		Einheit	2005	2006	2005	2006			2007	
			Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
										2.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾		91,2	91,7	91,1	89,8	90,7	93,6	92,7	92,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾		94,7	101,8	105,2	83,0	99,2	102,6	122,4	84,6
										102,3
PREISE		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex	2000=100		108,2	110,0	110,5	110,0	110,1	112,5	112,4	112,5
										112,8
VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR		2 597	2 666	2 555	2 662	2 683	2 703	.	.
* Männer	EUR		2 667	2 738	2 622	2 734	2 756	2 776	.	.
* Frauen	EUR		1 962	2 004	1 960	1 999	2 011	2 021	.	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR		15,70	15,95	15,78	15,88	15,97	16,04	.	.
* Männer	EUR		16,10	16,34	16,20	16,28	16,35	16,42	.	.
darunter										
Facharbeiter	EUR		17,22	17,43	17,27	17,35	17,46	17,51	.	.
angelernte Arbeiter	EUR		15,51	15,72	15,58	15,65	15,73	15,81	.	.
Hilfsarbeiter	EUR		12,77	13,05	12,85	13,08	13,05	13,13	.	.
* Frauen	EUR		12,06	12,25	12,05	12,20	12,30	12,33	.	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR		11,24	11,45	11,20	11,43	11,50	11,53	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h		38,1	38,5	37,3	38,6	38,7	38,8	.	.
Arbeiter	h		38,1	38,6	37,3	38,7	38,8	38,9	.	.
Arbeiterinnen	h		37,4	37,6	37,4	37,7	37,6	37,7	.	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR		3 833	3 903	3 852	3 891	3 918	3 921	.	.
* Männer	EUR		4 109	4 181	4 123	4 168	4 199	4 200	.	.
* Frauen	EUR		3 024	3 099	3 057	3 081	3 109	3 119	.	.
* kaufmännische Angestellte	EUR		3 552	3 616	3 569	3 606	3 626	3 634	.	.
Männer	EUR		4 051	4 111	4 052	4 102	4 124	4 131	.	.
Frauen	EUR		2 947	3 019	2 980	3 005	3 027	3 039	.	.
* technische Angestellte	EUR		4 058	4 133	4 076	4 117	4 152	4 151	.	.
Männer	EUR		4 137	4 215	4 158	4 200	4 234	4 234	.	.
Frauen	EUR		3 314	3 388	3 335	3 361	3 408	3 410	.	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR		2 930	2 987	2 964	2 978	2 980	3 007	.	.
* Männer	EUR		3 219	3 283	3 261	3 278	3 278	3 300	.	.
* Frauen	EUR		2 527	2 571	2 552	2 563	2 561	2 593	.	.
* kaufmännische Angestellte	EUR		2 952	3 008	2 986	2 999	3 001	3 030	.	.
Männer	EUR		3 300	3 361	3 340	3 356	3 356	3 379	.	.
Frauen	EUR		2 533	2 577	2 559	2 568	2 566	2 599	.	.
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR		3 387	3 454	3 415	3 444	3 459	3 472	.	.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsjahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2004	2005		2006				2007	
		Durchschnitt		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	116 611	117 476	117 418	118 096	118 057	117 898	118 796
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 031	12 876	12 338	12 859	12 396	12 510	12 528
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 188	9 412	9 533	9 390	9 468	9 608	10 105
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	95 392	95 188	95 547	95 847	96 193	95 780	96 163
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 993	111 487	110 960	111 770	111 637	111 323	111 587
davon an										
Unternehmen und										
Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	96 569	97 079	97 326	97 921	97 784	97 677	98 388
Öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 424	14 408	13 634	13 849	13 853	13 646	13 199
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 618	5 989	6 458	6 326	6 420	6 575	7 209
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	95 512	95 741	96 718	97 633	99 307	97 596	99 893
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	28 055	28 003	28 756	27 841	28 752	27 753	29 609
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	30 766	31 267	31 654	33 850	34 559	34 255	35 041
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 293	5 403	5 580	5 775	6 051	6 577	7 086
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 398	31 068	30 728	30 167	29 945	29 011	28 157
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	92 115	92 497	93 232	94 040	96 139	94 595	96 440
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	90 405	90 905	91 409	91 390	93 016	91 950	93 879
Öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 710	1 592	1 823	2 650	3 123	2 645	2 561
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 397	3 244	3 486	3 593	3 168	3 001	3 453

STEUERN

STEUERN	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 208	2 379	2 072	2 394	2 558	3 099	2 467	3 006	3 146
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	753	824	519	882	1 001	1 203	536	930	1 118
Lohnsteuer	Mill. EUR	582	591	484	795	432	573	521	844	451
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	112	-	340	-	-	-	358	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	49	87	- 31	- 11	379	390	- 61	- 10	421
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	39	34	13	8	28	42	20	20
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	27	13	37	9	11	22	67	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	10	1	24	0	-	3	44	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	80	19	47	173	200	12	9	210
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. EUR	10	5	-	36	-	-	-	- 3	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 455	1 554	1 553	1 512	1 557	1 896	1 931	2 077	2 028
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	372	407	368	377	441	453	486	433
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 081	1 183	1 146	1 144	1 180	1 455	1 478	1 591	1 596
Zölle	Mill. EUR	130	150	147	152	167	158	160	182	103
Bundessteuern darunter	Mill. EUR	86	78	67	63	95	98	62	58	92
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	43	32	33	31	37	26	26	21	26
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	34	38	26	23	51	62	26	26	57

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	106	88	76	87	87	95	88
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	14	28	13	14	11	10	14	20
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	19	18	17	17	17	17	25	19
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	39	40	36	31	38	44	38	28
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	10	15	18	6	13	11	15	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	1	0	0	4	4	0	0	4
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	3	4	3	3	4
		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	434	509	477	532	515	527	463	501	579
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	4	4	4	4	6	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	102	103	93	95	109	115	94	94	112
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	319	392	373	423	388	398	359	395	450
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	9	10	8	11	14	9	6	8	12
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	626	716	769	653	680	744	785	635	768
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	250	311	273	376	308	320	242	351	379
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	232	257	354	150	216	267	393	160	229
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	30	38	16	29	28	46	18	32
		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	597	655	581	637	683	983	600	736	753
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	106	88	76	87	87	95	88
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	272	304	166	322	386	458	174	340	439
Lohnsteuer	Mill. EUR	196	199	154	285	133	193	171	305	142
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	21	37	- 13	- 5	161	166	- 26	- 4	179
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	13	16	10	2	1	- 6	14	5	7
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	12	6	16	4	5	9	29	7
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	40	9	24	86	100	6	4	105
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	216	242	251	224	222	438	277	294	226
Umsatzsteuer	Mill. EUR	158	176	179	162	153	370	203	217	142
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	57	66	72	63	69	68	74	77	84
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	16	1	-	-	18	2	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	3	7	0	-	-	7	1	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	11	29	1	-	-	32	3	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	6	0	-	-	7	1	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 189	1 252	1 110	1 225	1 381	1 628	1 331	1 554	1 659
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	67	63	95	98	62	58	92
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	359	224	379	439	528	231	398	492
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	761	809	803	783	847	1 002	1 020	1 097	1 075
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	16	1	-	-	18	2	-

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Oktober

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2007 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200742

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2006
Bestellnr.: B4013 200600

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2006/2007 und Sommersemester 2007
Bestellnr.: B3053 200700

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinbestände am 31. Juli 2007
Bestellnr.: C4023 200700

Obstanbauerhebung 2007 – Flächen der Obstanlagen und Obstbaumbestände
Bestellnr.: C1103 200700

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Oktober 2007
Bestellnr.: C2013 200703

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im August 2007
Bestellnr.: C2033 200703

Wachstumstand der Reben im September 2007
Bestellnr.: C2063 200703

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen August 2007
Bestellnr.: D1023 200708

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im August 2007
Bestellnr.: E1033 200708

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2007
Bestellnr.: E1023 200708

Bauhauptgewerbe im August 2007 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200708

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung 2005
Bestellnr.: E4033 200500

Gasabsatz und Erlöse 2005
Bestellnr.: E4063 200500

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im August 2007
Bestellnr.: G1023 200708

Verkehr

Binnenschifffahrt im Juli 2007
Bestellnr.: H2023 200707

Straßenverkehrsunfälle im August 2007
Bestellnr.: H1023 200708

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2005 – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1013 200500

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staatsfinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2006
Bestellnr.: L1023 200600

Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2005
Bestellnr.: L5013 200500

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im September 2007
Bestellnr.: M1013 200709

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2007
Bestellnr.: M1043 200743

Umwelt

Daten zur Abfallwirtschaft 2005
Bestellnr.: Q2023 200500

Klimawirksame Stoffe 2006
Bestellnr.: Q4013 200600

Querschnittsveröffentlichungen, Analysen und Prognosen

Daten zur Konjunktur
im August 2007
Bestellnr.: Z1013 200708

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz
Ausgabe Oktober 2007
Bestellnr.: Z2201 200710

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Erwerbstätige in den Ländern der
Bundesrepublik Deutschland
1991 bis 2006 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1
Bestellnr.: A6215E 200600

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Erwerbstätige in den Ländern der
Bundesrepublik Deutschland
2001 bis 2. Vierteljahr 2007 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3
Bestellnr.: A6235E 200700

Die Veröffentlichungen können
beim Statistischen Landesamt,
Vertrieb der Veröffentlichungen,
56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: BASF AG und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.